

**Die Herner
und Wanne-Eickeler
SPD
in der Nachkriegszeit**



Herausgeber:
SPD Unterbezirk Herne
Herne 1988
Satz: Eigensatz
Bildnachweis:
Bildarchiv der Stadt Herne, privat
Druck: Blömeke Druck, Herne

Dank freundlicher Unterstützung der **Herner Sparkasse** kann ein Teil der Auflage dieser Schrift den **Herner Schulen** kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Vorwort

"Eine junge Partei im 125. Jahr",

so hat unser Vorsitzender, Hans-Jochen Vogel, das Jubiläum der SPD umschrieben.

Seit 125 Jahren kämpft unsere Partei unablässig für politischen, sozialen und kulturellen Fortschritt. Die 1983 herausgegebene vielbeachtete Broschüre

"Sozialdemokratie in Herne - von den Anfängen bis zum Verbot 1933"

hat den Kampf der Herner Sozialdemokratie erfaßt, beschrieben und der Öffentlichkeit in Ausschnitten transparent gemacht. Nunmehr sollen die Nachkriegsjahre in unserer Stadt, vor allem der Anteil der SPD am Aufbau unseres Gemeinwesens sowie der Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, eine ausführliche Darstellung finden. Wie schwer und kräftezehrend die Aufgabenerfüllung der Herner Sozialdemokraten in dieser Zeit nach dem Kriege war, läßt sich heute nur noch erahnen, wenn man diesen Abschnitt selbst nicht miterlebt hat.

Es wird auch deutlich, daß bei aller Eigenständigkeit der SPD als Partei der Erfolg des Wiederaufbaues nur durch eine enge Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Sozialdemokraten möglich war. Neben vielen Erfolgen gab es auch Enttäuschungen, wenn ich an bestimmte Wahlergebnisse denke.

Denjenigen, die eine Abhandlung der Geschehnisse von 1933 bis 1945 vermissen, sei gesagt, daß sich in einer besonderen Schrift die Herner SPD auch mit diesem Zeitabschnitt befassen wird. Unsere Jungsozialisten haben sich dankenswerterweise bereiterklärt, über den Widerstand von Sozialdemokraten gegenüber der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten zu berichten.

Doch zunächst möchte ich mich bei allen, die an der Erstellung der vorliegenden Geschichtsbroschüre beteiligt waren, herzlich bedanken. Ich hoffe sehr, daß die Schrift viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erreicht und auf kritisches und reges Interesse stößt.

Herne, im Februar 1988



Willi Pohlmann

Vorsitzender des

SPD-Unterbezirks Herne

Vorbemerkung

Die vorliegende Schrift will in Text und Bild die Nachkriegsgeschichte in Herne dokumentieren. Für den Arbeitskreis Geschichte war es selbstverständlich, die zu dieser Zeit noch selbstständigen Städte Herne und Wanne-Eickel gleichermaßen bei der Darstellung zu berücksichtigen. Trotzdem sind Lücken geblieben, in stärkerem Maße bei der Darstellung von Wanne-Eickel. Während bei den Herner Parteiunterlagen sämtlicher Schriftverkehr mit der Militärregierung erhalten und entsprechend dokumentiert und archiviert ist, muß man für den Wanner-Eickeler Bereich nach den vorliegenden Informationen davon ausgehen, daß diese Akten vernichtet sind. Insgesamt stützt sich diese Dokumentation auf das persönliche Erleben dieser Zeit durch die Autoren. Es bilden sich dadurch naturgemäß Schwerpunkte, die auch in dieser Breite der Darstellung beabsichtigt sind. Dies gilt auch für die Schilderungen die sich nicht direkt auf Herne oder Wanne-Eickel beziehen. Über die damaligen Sozialisierungsbestrebungen der Bergbauindustrie konnte ebenfalls aus den persönlichen Erfahrungen aus den damaligen Gremien berichtet werden. Auch dies ein Stück erlebter Zeitgeschichte.

Herne, im Februar 1988

Der Arbeitskreis Geschichte

Edwin Ostendorf

*26.2.1909

Oberstadtdirektor a.D.

Else Drenseck

*24. 12. 1912

Bürgermeisterin a.D.

Robert Brauner

*12. 4. 1907

Oberbürgermeister a.D.

Erich Schönewolf

*23. 8. 1905

Parteisekretär, MdL a.D.

Friedrich Steffen

*17. 3. 1919

Stadtkämmerer a. D.

Willi Dörr

*2. 2. 1907

SPD Mitglied seit 1927

Ulrich Gorcitza

*10. 12. 1951

Koordinator des SPD

Arbeitskreises Geschichte

Inhalt**Seiten**

| | |
|---|-------|
| Die Nachkriegsjahre in Herne und Wanne-Eickel - der Neuaufbau von Wirtschaft und Gesellschaft | 4-5 |
| Die Herner und Wanne-Eickler Bevölkerung zwischen Befreiung und Besetzung | 5-6 |
| Die Zukunft im Sinn der Atlantik-Charta | 6 |
| Neubeginn nach dem Morgenthau-Plan? | 7 |
| Die Bildung der Besetzungszonen..... | 8 |
| Die Situation in der britischen Zone | 8-10 |
| Herne und Wanne-Eickel unter der britischen Besatzungsmacht..... | 10-11 |
| Not und Elend in der Bevölkerung..... | 11-12 |
| Gesundheitspolitik auf unterster Stufe..... | 12-13 |
| Die Sorge um die Arbeitsplätze | 13-14 |
| Das Potsdamer Abkommen | 14-15 |
| Die Gründung der Herner und Wanne-Eickler SPD und der organisatorische Neuaufbau..... | 16-17 |
| Möglichkeiten und Grenzen kommunalpolitischer Verantwortung..... | 17-19 |
| Die Rückbesinnung auf alte Traditionen..... | 19 |
| Die Stadtverordnetenversammlung unter Oberaufsicht der Besatzung | 19-22 |
| Der SPD-Parteitag in Hannover mit Herner Beteiligung | 22 |
| Freie Kommunalwahlen - der erste Schritt zur Demokratie | 23-25 |
| Ernüchternde Wahlergebnisse für die Herner und Wanne-Eickeler SPD..... | 25-27 |
| Keine Selbstständigkeit nach den Wahlen..... | 27-28 |
| Die Gewerkschaftsbewegung in den Bergbaustädten Herne und Wanne-Eickel..... | 28-29 |
| Die Zielsetzung der Gewerkschaftsbewegung | 29-30 |
| Breiter gesellschaftspolitischer Konsens..... | 30-31 |
| Anfänge betrieblicher Mitbestimmung..... | 32-33 |
| Mißtrauen gegen Eisen- und Stahlindustrie verzögert Gewerkschaftsbildung | 33-34 |
| Aufbau der Gewerkschaftsorganisationen..... | 34-35 |
| Das Verhältnis Gewerkschaft - Besatzungsmacht..... | 35-36 |
| Gewerkschaftsarbeit in Herne und Wanne-Eickel..... | 36-38 |
| Die Diskussion über die Sozialisierung der Grundstoffindustrien | 38-40 |
| Der ernannte Landtag in Nordrhein-Westfalen | 40-42 |
| Wirtschaftspolitische Theoriediskussion in Herne | 42-44 |
| Einigkeit über Sozialisierung des Bergbaues | 44-46 |
| Das Scheitern der Sozialisierungspläne | 46 |
| Überraschende Meinungsänderung der englischen Besatzungsmacht..... | 46-47 |
| Die amerikanische Auffassung setzt sich durch..... | 47-48 |
| Anlagen..... | 49-72 |

Die Nachkriegsjahre in Herne und Wanne-Eickel - der Neuaufbau von Wirtschaft und Gesellschaft

Die Entwicklung Westdeutschlands hin zur Demokratie hat nach dem Ende des zweiten Weltkrieges zu einem Staat geführt, der in sich gesellschaftlich gefestigt ist. Aus dem Wachsen einer eigenständigen deutschen Verantwortung von der gemeindlichen Ebene über die Länder bis hin zur Bundesrepublik Deutschland ist eine grundlegende demokratische Verantwortung entstanden.

Diese Entwicklung erstreckte sich allerdings von einer totalen Abhängigkeit durch die Militärregierungen der Alliierten über eine stufenweise Zulassung deutscher Mitverantwortung bis hin zur politischen Eigenverantwortung über die Neubildung demokratischer Parteien. Wahlen zu den Parlamenten auf Stadt- und Kreisebene gab es ab Oktober 1946 und auf der Länderebene ab 1947. Bis dahin wurden von den Besatzungsmächten die Vertreter der Bevölkerung für die jeweiligen Stadtparlamente und Landesparlamente eingesetzt. Die gleiche stufenweise Entwicklung folgte auf der Bundesebene ab 1949. Im Besatzungsstatut vom 21. September 1949 räumten die Westmächte dem Bund und den Ländern zwar die volle gesetzgebende, vollziehende und rechtsprechende Gewalt ein, davon ausgenommen waren allerdings "Entwaffnung - Entmilitarisierung, Ruhrkontrolle, Restitution (Zurückerstattung) und Dekartellierung (Entflechtung)". Alles stand unter dem Vorbehalt, der Besatzungsmächte jederzeit wieder die volle "oberste Gewalt" zu übernehmen. Außerdem blieb die auswärtige Gewalt des Bundes von vornherein suspendiert und alle Gesetze waren einem Einspruchsrecht der Besatzungsmächte unterworfen. Erst im Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952 wird das Besatzungsstatut aufgehoben und die Bundesrepublik gewinnt erst zu diesem Zeitpunkt die volle Verantwortung für ihre inneren und äußeren Angelegenheiten. Die Jahre dieses Wegs zur Eigenverantwortung waren beherrscht von Sorgen um die existentiellen Nöte der Bürger: Härteste Entbehrungen, schlechte Ernährung, wachsender Krankheitsstand und mangelhafte Unterbringung vieler Flüchtlinge. Hinzu kamen schwie-



Am 9. April bot Wanne-Eickel den einrückenden alliierten Truppen das Bild eines vom totalen Krieg gezeichneten Gemeinwesens: 92 vorwiegend auf Industrie- und Verkehrsanlagen gerichtete Luftangriffe hatten 5.760 Gebäude vernichtet oder beschädigt, 41,6 v. H. des vorhandenen Wohnraums waren unbenutzbar, die Brücken waren gesprengt, der öffentliche Verkehr ruhte. Im Bild der Glückaufplatz.

Wanne-Eickel baut auf

Unter den schwierigsten Voraussetzungen wird heute Hand angelegt, um das durch den Krieg stark beschädigte Stadtbild wieder einigermaßen klar zu machen. Es wird noch viele Jahre dauern, bis das Ziel erreicht ist. Trostlos sieht es in der Schulstraße aus. Es gibt faktisch nur Trümmer, wie überhaupt Wanne-Süd stark gelitten hat. Hier hat die Stadtverwaltung mit der Trümmerbeseitigung den Anfang gemacht. Mit Teckeln werden die Trümmer abtransportiert. Männer und Frauen arbeiten hier gemeinsam. In der Märkischen Straße ist der Egger bei der Trümmerbeseitigung eingesetzt. Wohin man auch im Stadtgebiet blickt, überall sind die Handwerker bei der Arbeit. Beschädigte Wohnungen werden wieder benutzbar gemacht. Aus Ruinen erstehen neue Wohnstätten. Bergleute, die ihre Eigenheime verloren haben, errichten neue Behelfsheime. Die Eisenbahn führt in ihrem Bereich zahlreiche Bauvorhaben aus. Zahlreiche Geschäftsleute legen selbst mit Hand an, um Wirtschafts- und Geschäftslokale sowie Wohnungen wieder benutzbar zu machen. Die Zahl der Schaufenster wird ständig größer. Selbst die Straßenbeleuchtung wird umfangreicher. Das Gaswerk bringt an verkehrsreichen Punkten und Kurven Beleuchtungsstellen wieder in Ordnung bzw. stellt neue Gaslaternen auf.

Westfälische Rundschau vom 18. Mai 1946

rige Bedingungen für den Aufbau und Erhalt von Arbeitsplätzen aufgrund von Demontagen und Wirtschaftsbeschränkungen und die Furcht um die deutschen Kriegsgefangenen im Ausland. Größte Ungewißheit bestand auch über die Möglichkeiten, die eigene politische Entwicklung verantwortlich mitzugestalten.

Die Auffassungen der Besatzungsmächte über die deutsche Zukunft wurden von deren eigenen inneren Spannungen beeinflusst und galten als unsicher. Insbesondere gingen von der UdSSR Bestrebungen aus, ihre Besetzung - im Gegensatz zu ihrer Haltung in den Alliiertenverhandlungen während des Krieges - der eigenen Gesellschafts- und Staatsauffassung zu unterwerfen.

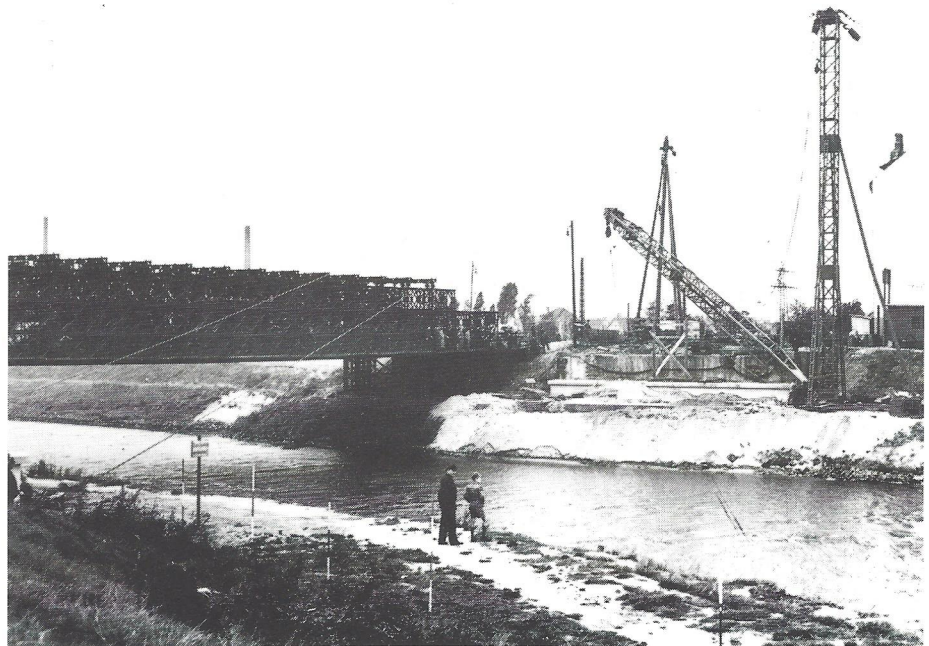
Die Herner und Wanne-Eickeler Bevölkerung zwischen Befreiung und Besetzung

Das Ende des Nazi-Regimes mit der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945 (**Anlage 1**) und der ausdrücklichen Übernahme der Staatsgewalt durch die Alliierten hatte in der deutschen Bevölkerung auch ein Gefühl der Befreiung vom Gesinnungsterror der Nationalsozialisten entstehen lassen. Bald erkannte man jedoch, daß die Alliierten nicht nur Befreier, sondern vor allem die Sieger waren, die wegen der von diesem Land verkündeten totalen Kriegsführung den Deutschen für alle Zukunft die Möglichkeiten einer gefährdenden Machtentfaltung nehmen wollten.

Diese durch leidvolle Erfahrungen begründete Politik mißachtete auf der anderen Seite die Teile der deutschen Bevölkerung, die dem Nationalsozialismus nicht angehangen hatten und die für den Neuaufbau die ersten und wichtigsten Helfer waren. Wie hart die "Siegerhaltung" gegenüber der Bevölkerung war, verdeutlicht der Aufruf von Montgomery für die britische Zone vom 10. Juni 1945, in dem den britischen Soldaten jede persönliche Fühlungnahme mit der Bevölkerung verboten wurde (**Anlage 2**). Im Ausland hatten die zahllosen Mißachtungen der menschlichen Würde durch die Naziverbrechen das Ansehen Deutschlands ruiniert und man setzte allgemein "die Deutschen" mit den "Nazis" gleich. Die formulierten Kriegsziele der



Herne, Bochumer Straße 125 - 131. Eine Minenbombe hat die Häuserzeile zerstört und dabei einen Menschen getötet.



In Wanne-Eickel war die Kanalisation an 650 Stellen unterbrochen, das Gasnetz zu 50 v. H. zerstört, die Versorgung der Bevölkerung in jeder Hinsicht unzureichend. Von den 87.500 Einwohnern bei Kriegsbeginn lebten im April 1945 nur noch 44.327 in der Stadt, 1.074 Angehörige der Zivilbevölkerung hatten durch Kriegseinwirkung den Tod gefunden. In Herne mußte die Verbindung nach Recklinghausen durch eine Notbrücke über den Kanal hergestellt werden (Foto).



Herne Nachrichten vom 26. Mai 1945



Bei der Beseitigung der Trümmer mußten alle mit anpacken. Die Handkarren waren die wichtigsten Transportmittel.

Dringende Gemeindeaufgaben in Herne

Programm des neuen Oberbürgermeisters Crämer

Entnazifizierungsausschuß gebildet

In der letzten Sitzung der Stadtvertretung umriß der neugewählte Oberbürgermeister Crämer sein Programm, das die zu bewältigenden gemeindlichen Schwierigkeiten mit aller Deutlichkeit aufzeigte. Wohnungs- und Nahrungsmittelmangel, Fragen der Schulgestaltung, Jugend- und Gesundheitsfürsorge, die energische Durchführung der Entnazifizierung harren der Lösung. Hierzu führte Oberbürgermeister Crämer folgendes aus:

Meine ganze Kraft wird darauf eingestellt sein, das fluchwürdige Hitler-Erbe für die Herne Bevölkerung so schnell wie möglich vergessen zu machen. Hierzu bedarf es größter gemeinsamer Anstrengungen, um zum Erfolg zu kommen. Als Sozialist und Demokrat erachte ich als selbstverständlich, daß in unserer Arbeiterstadt

die Belange der Arbeiterschaft

an erster Stelle stehen, ohne deshalb den übrigen Teil der Herne Bevölkerung als zweitrangig zu erklären. Die derzeitige Bedrängnis fordert, daß das Wohl und Wehe aller Bürgerkreise beachtet wird. Wichtig ist die Inangahaltung der industriellen Betriebe, da sie

die elazige Kapitalkraft

unserer Stadt darstellen.

Die Ernährungslage hat Ausmaße angenommen, die in ihren Auswirkungen verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen können. Diese Verschlechterung kann zur Ernährungs-krise führen, die auch eine Krise der Demokratie bedeuten würde. Neben der Hilfe der Militärregierung — ohne die wir schon längst festgefahren wären — müssen eigene Anstrengungen treten

durch aktiven Eingriff in Reservebildungen gewisser landwirtschaftlicher Kreise.

Die Wohnraumfrage bereitet ernste Sorgen. Die Jugendfürsorge, die Gesundheitsfürsorge und die Wohlfahrtspflege stehen im engen Zusammenhang mit dem neuen organisatorischen Aufbau der Wohlfahrtspflegebezirke.

Die Schule muß eine demokratische Gemeinschaftsschule werden,

in welcher die Jugend über die Enge der Heimat hinaus auch andere Völker verstehen lernen soll.

Im Zuge der demokratischen Erneuerung ist die Entnazifizierung ein vordringliches Problem.

Alsdann führte der Oberbürgermeister die neuernannten Stadtverordneten Schramma (SPD.) und Frau Wenzel (KPD.) durch verpflichtenden Hand-schlag ein.

In den Entnazifizierungsausschuß wurden gewählt: Brauner, Pilmann, Wagner, Schröder, Hampel, Weiß. Für die zu bildenden Unterausschüsse sollen Bürger benannt werden. Oberstadtdirektor Meyerhoff gab auf Befragen eingehende Erläuterungen über den Grundausschuß. Bei der Konstituierung des Finanzausschusses beklagte sich Stadtv. Weiß (CDU.) über den geringen Anteil seiner Fraktion an den einzelnen Ausschüssen. Stadtv. Bö-nisch (KPD.) beantragte die Einsetzung von Unterausschüssen für Ernährung und Preiskontrolle mit Beschlagnahmerecht. Stadtv. Weiß empfahl, die Kontrolle mit einem Beamten des Wirtschaftsamtes durchzuführen.

Die Festsetzung der Bezüge für die aus der Bevölkerung gewählten Ausschlußmitglieder sowie die Beschlußfassung über die Urkunden und den Beitritt zur deutschen Hilfsgemeinschaft fander nach einigen Ergänzungen Annahme.

Alliierten machen die Zusammenhänge deutlich, die in Deutschland aufgrund der Nazi-propaganda kaum erkannt wurden. Sie blieben auch in den Anfangszeiten des deutschen Wiederaufbaus maßgebend.

Die Zukunft im Sinn der Atlantik-Charta

Die Atlantik-Charta vom 14. August 1941 führt neben dem Hauptziel "die endgültige Vernichtung der Nazityrannei" weitere Ziele an, die als Ausdruck allgemeiner Wertüberzeugungen für alle Völker festgestellt werden (Anlage 3). Zum Verpflichtungsgehalt der Atlantik-Charta bezogen auf Deutschland sind zwei Erklärungen aufschlußreich. In einer Rede vor dem Unterhaus am 23. Februar 1944 sagte Anthony Eden:

"Gewisse Teile der Atlantik-Charta beziehen sich sowohl auf Sieger als auch Besiegte, so zum Beispiel Artikel IV. Wir können aber nicht zugeben, daß Deutschland von Rechts wegen einen Anspruch erheben kann, daß irgendein Teil der Charta auf Deutschland Anwendung finde."

Zum gleichen Thema Churchill am 24. Mai 1944: "Die Atlantik-Charta bindet uns in keiner Weise hinsichtlich der Zukunft Deutschlands, noch stellt sie ein Geschäft oder einen Kontrakt mit unseren Feinden dar."

Neben der Atlantik-Charta ist auch die von Roosevelt am 24. Januar 1943 in Casablanca erhobene Forderung zu sehen, daß die Feindmächte bedingungslos kapitulieren mußten. Nach den Worten Roosevelts war diese Forderung darauf gerichtet, "einer vernünftigen Sicherung des zukünftigen Friedens in der Welt" zu dienen. Er fügte hinzu, daß die bedingungslose Kapitulation nicht die Vernichtung der deutschen, italienischen und japanischen Bevölkerung bedeute, sondern nur die Zerstörung einer Weltanschauung, die auf Eroberung und Unterjochung anderer Völker ziele. Ergänzend dazu aus der Erklärung Churchills vom 20. Mai 1944: "die unbedingte Unterwerfung auf Gnade und Ungnade" sei nicht "eine grausame Behandlung ganzer Volksteile" und eine "Versklavung aus bloßer Rachsucht". Die Siegermächte seien gebunden durch ihre "Verpflichtungen gegenüber der Menschlichkeit" und ihre "Pflichten als christliche Kulturvölker".

Neubeginn nach dem Morgenthau-Plan?

Ein Plan der deutschen Zukunft nach der bedingungslosen Unterwerfung wurde in der Nacht vom 15. auf den 16. September 1944 nach einem Entwurf des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau jr. von den beiden Regierungschefs Roosevelt und Churchill unterzeichnet. Dieser Morgenthau-Plan ist in den ersten Jahren der militärischen Besetzung Deutschlands für das Denken und Handeln der Besatzungsmächte kennzeichnend, auch wenn er letztlich nicht zum tragen kam (Anlage 4).

Ergänzend zum Morgenthau-Plan die Quebec-Vereinbarung über Deutschland zwischen Roosevelt und Churchill vom 11./16. September 1944:

"... zur Verhinderung einer neuen Wiederaufrüstung Deutschlands kam man überein, daß die vordringliche Frage die Zukunft der Ruhr und des Saargebietes sei. Eine noch nicht lange zurückliegende und bittere Erfahrung hat uns gelehrt, wie leicht die chemische, Metall- und Elektroindustrie Deutschlands in Kriegsarsenale umgewandelt werden können. Man darf nicht vergessen, daß die Deutschen einen großen Teil der Industrien der Sowjetunion und anderer benachbarter Alliierten verwüstet haben und daß es nicht mehr als billig ist, daß diese Länder das Recht erhalten, die Maschinen abzubauen, die für ihre Wiederaufrüstung erforderlich sind. Die vorgenannten Industrien der Ruhr und des Saargebietes würden dadurch außer Betrieb gesetzt und geschlossen werden. Es würde erforderlich sein, die Verwaltung dieser beiden Gebiete einem Organ der Vereinten Nationen anzuvertrauen, das die Demontage dieser Industrien überwachen und sich vergewissern würde, daß sie nicht unter irgendeinem Vorwand heimlich reorganisiert würden. Dieses Programm, das im Hinblick auf die Ausschaltung der Kriegsindustrien der Ruhr und des Saargebietes aufgestellt wurde, hat die Umwandlung Deutschlands in ein Land zum Ziel, das in erster Linie den Charakter des Ackerbaus und der Weidewirtschaft trägt."



Die Bundesrepublik ein Agrarstaat? Trotz Scheiterns des Morgenthau-Planes waren auf der ersten Cranger Kirmes nach dem Krieg die Ferkel offenbar doch noch wichtiger als die Lose.

500 Jahre alter Pferdemarkt

Seit Freitag findet in Alt-Crange der Stadt Wanna-Eickel, der über 500 Jahre alte Pferdemarkt, der wie vor dem Kriege mit der traditionellen „Laurentius- und Hechtsträsser“ verbunden ist, statt. Tausende und abertausende aus dem Köhlenpott werden wieder beim „Heimatfest des Emscherbruchs“ zu Gast sein ... der Mittelpunkt der westfälischen Pferdezucht. Im Wanna-Eickeler Heimatmuseum befinden sich eine Reihe interessanter Bilder, die den letzten „Pferdestriker“ und „Emscherbrücker“, wie überhaupt

die Wildpferdezucht im Emscherbruch veranschaulichen. Unsere Zeit schießt unauffällig vorwärts, und wer denkt heute noch daran, daß vor 100 Jahren der letzte Emscherbrucher gefangen und damit eine geschichtliche Epoche der Wildpferdezucht abgeschlossen wurde. In dem Emschergebiet in einer Länge von 25 und einer Breite von 6 Kilometern zog sich die Wildbahn hin, in der Wildpferde frei umherzogen. Zu dieser Wildbahn gehörten die Gebiete der heutigen Städte Recklinghausen, Herne, Buer, Wanna-Eickel, Gelsenkirchen und Bottrop. Wie das Rotwild waren die Wildpferde in Rudeln



Cranger Kirmes — Schweinemarkt



Beim Pferdehandel in Alt-Crange

anzutreffen. Es waren schön gebaute Tiere, die fähig, braun aussehend, Schimmel waren eine große Seltenheit, Kavallerieschulen aller Herren Länder holten sich Wildpferde aus dem Emscherbruch: Ja, selbst der Reitergeneral Murat (Napoleons Schwager) bevorzugte in hohem Maße die Emscherpferde. Obwohl die Wildpferde frei im Emscherbruch herumjagten, hatte niemand das Recht, sie zu fangen.

Das Einfangen der Wildpferde besorgten die „Pferdestriker“

die ähnlich den Indianern große Fertigkeiten im Lassowerten besaßen und mit dieser Kunst die Pferde auf die Knie zwangen. Alt-Cranges früherer Ortsvorsteher Koch erzählte einmal von einem Pferdestriker, daß dieser den Wurf geschickt ausgeführt, aber das Schlingen der Schnur um einen Baum verpaßt hatte. Der Pferdestriker wurde in wilder Jagd über Baum und Strauch mitgeschleift, Schließlich aber festsitzend der Pferdestriker fest zu, bekam einen Halt und zwang den „Dickkopf“, wie die Leute des Emscherbruchs die Wildpferde nannten, auf die Knie und tat dabei den Ausspruch: „Du Oos, eck wußt jo, dat, eck de kreg!“ Bernhard Großfeld hieß übrigens der letzte Cranger Pferdestriker. Am 10. August (St. Laurentiusfest) fand alljährlich das hohe Fest der Pferdestriker und Wildfänger in Form einer Treibjagd statt. Zwanzig Reiter und ebensoviel Treiber machten sich auf die wildbewegte Wildpferdejagd. Das war immer ein großes Fest des Emscherbruchs. Schon damals war die ganze Nachbarschaft zu Gast. Die gefangenen Tiere wurden in einem Fangstall in Crange getrieben und durch Lasso und Keppraum gehängt. Aus Frankfurt, Köln, Wessel, aus Holland usw. kamen die Käufer, denn die „Emscherbrücker“ standen einzeln hoch im Kurs.

Westfälische Rundschau vom 10. August 1946



„Wir wollen aufbauen aber nicht verhungern“ heißt es auf dem Transparent. Eine große „Hungerdemonstration“ treibt am 3. April 1947 die Menschen auf den Herner Rathausplatz.



Wilhelm Schädel (SPD) redet zu der Menge und schildert die Bemühungen der Herner Stadtverordneten um Abhilfe.

Die Bildung der Besatzungszonen

Am 5. Juni 1945 bildeten vor diesem Hintergrund die vier Oberbefehlshaber den Kontrollrat (**Anlage 5**). Von jedem Oberbefehlshaber sollte auf Anweisung seiner Regierung in seiner Besatzungszone die oberste Gewalt ausgeübt werden. In allen Deutschland als Ganzes betreffende Angelegenheiten sollten sie gemeinsam die Entscheidungen treffen. Deutschland wurde - innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden - für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt, die jeweils einer der vier Mächte wie folgt zugeteilt wurde:

eine östliche Zone der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

eine nordwestliche Zone dem Vereinigten Königreich,

eine südwestliche Zone den Vereinigten Staaten von Amerika,

eine westliche Zone Frankreich (**Anlage 6**).

Die Formulierung der "Kriegsziele" und die alliierte Erklärung vom 5. Juni 1945 zur Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland machen deutlich, daß eine eigenständige deutsche Handlungsmöglichkeit für die Heranbildung einer eigenen öffentlichen Verantwortung nicht bestand und zunächst auch nicht zugelassen werden sollte. Die Ordnungsbedingungen der Besatzung ließen lediglich eine - jederzeit kontrollierbare - deutsche Mitwirkung zu.

Die Situation in der britischen Zone

Die schwierige Lage der Bevölkerung hinsichtlich des Unterkommens bei den weitgreifenden Kriegszerstörungen und auch hinsichtlich der Verpflegung bei großen Zulieferungsausfällen sind der Anlaß zum Aufruf des britischen Oberkommandierenden vom 30. Mai 1945. Die großen Sorgen um die praktischen Erfordernisse des Lebensnotwendigen, und die Fortsetzung des Wirtschaftslebens im Lande werden hier angesprochen.

Aufruf des Feldmarschalls Bernhard Law Montgomery vom 30. Mai 1945:

"Die englische Regierung hat mir den Oberbefehl und die Führung der Regierungsgeschäfte in der von der englischen Armee besetzten Zone Deutschlands übertragen. Diese Zone wird zur Zeit von der mir unterstellten Militärregierung verwaltet. Mein Ziel ist zunächst, die Vorbedingungen für ein einfaches, aber geordnetes Leben der ganzen Bevölkerung zu schaffen. Ich werde daher zunächst dafür sorgen, daß die Bevölkerung bekommt:

a) Nahrungsmittel, b) Unterkunft, c) Seuchenschutz. Die Ernte muß eingebracht werden. Die Verkehrsmittel müssen wieder hergestellt werden. Die Postbeförderung und Zustellung muß wieder in Gang kommen. Gewisse Industriewerke müssen wieder in Betrieb gesetzt werden. All dies wird viele und schwere Arbeit für jeden bringen. Wer nach internationalem Recht Kriegsverbrechen begangen hat, wird in gebührender Form abgeurteilt werden. Die deutsche Bevölkerung hat nach meinen Anweisungen zu arbeiten, um zunächst für die Allgemeinheit das Lebensnotwendige zu beschaffen und das Wirtschaftsleben des Landes wieder aufzubauen. Die deutsche Wehrmacht und alle anderen bewaffneten Verbände werden entwaffnet und aufgelöst. Alle deutschen Soldaten des Heeres, der Marine und der Luftwaffe werden nach Beruf und Stellung eingeteilt werden. In den nächsten Tagen wird damit begonnen, sie aus der Wehrmacht zu entlassen, damit sie wieder an ihre Arbeit gehen können. Da die Einbringung der Ernte zur Zeit das Wichtigste ist, werden die Bauern und Landarbeiter zuerst entlassen. Männer aus anderen Berufen werden folgen, sobald Arbeitsmöglichkeiten für sie geschaffen werden können. Ich werde dafür sorgen, daß alle deutschen Soldaten und Zivilisten durch Radio und Zeitungen auf dem laufenden gehalten werden, wie die Arbeit vorangeht. Die Bevölkerung wird Anweisung erhalten, was sie machen soll, und ich erwarte, daß es bereitwillig und gut gemacht wird."

Jede deutsche Beteiligung an den Vorsorgemaßnahmen für die Bevölkerung bezog ihre Legitimation lediglich aus der



Die Kohle war knapp zu dieser Zeit und wurde an allen Ecken und Enden benötigt.



Auch der Linienverkehr auf der Bahnhofstraße wurde mit einer kohlebeheizten Eisenbahnlok aufrechterhalten.

Nicht mit Gas oder Strom heizen!

Auch Schaufensterbeleuchtung verboten.

Mit Einbruch der kalten Jahreszeit wird nochmals darauf hingewiesen, daß es nach einem Verbot der Militärregierung bei Strafe untersagt ist, Räume mit Gas oder Strom zu beheizen, ganz gleich, ob es sich um Privat- oder Geschäftsräume handelt. In letzter Zeit mußte auch festgestellt werden, daß in einigen Fällen das Verbot der Schaufensterbeleuchtung nicht beachtet worden ist. Die Anordnungen der Militärregierung über Strom- und Gaseinschränkung sind genauestens zu befolgen, falls sich der Abnehmer nicht einer Bestrafung aussetzen will.

Amtliche Bekanntmachungen herausgegeben von der Militärregierung vom 8. Dezember 1945.



Verkehrsberuhigung durch Knappheit. Die Herner Fußgängerzone zeigte sich fußgängerfreundlich - allerdings aus ganz anderen Gründen.

Änderung der Sperrzeit.

Sperrstunde vom 16. Juni 1945 ab
von 22.45 Uhr bis 5.00 Uhr.

Herne Nachrichten vom 16. Juni 1945

Ausübung der Staatssouveränität durch die Besatzungsmacht.

Die von den Deutschen erwarteten politischen Formen von Mitverantwortung blieben vorerst Erwartungen unter Vorbehalt. Die Orientierung an den Parteien der Weimarer Zeit war in den Anschauungen der Bevölkerung durchaus lebendig. Sie verlangte nach der Zeit der Unterdrückung durch die Nazis nach aktiver Mitwirkung an einer Ordnung von Staat und Gesellschaft. Es war daher selbstverständlich, daß aus der Weimarer Zeit örtlich bekannte und angesehene Politiker, die nicht aus der Nazizeit belastet waren, sich während der Besatzungszeit um die Sorgen der Bevölkerung kümmerten. Sie verfochten gegenüber den Besatzungsmächten eine eigene Berufung zur Vertretung der Bevölkerung.

Den Ortskommandanten boten sie zur Aufrechterhaltung der Versorgung und Ordnung ihr Wissen und ihren Einfluß an; so entstand lange vor den Anordnungen der Besatzung über die Zulassung politischer Parteien eine Tuchfühlung und Zusammenarbeit. Die Eigendynamik dieser Art der Zusammenarbeit, die lange vor dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 einsetzte, war für die Entwicklung hin zur Demokratie und für die Programmatik der zu erwartenden neu zu gründenden Parteien besonders bedeutsam.

Die Zusammenarbeit unter den örtlichen Gegebenheiten führte zwangsläufig zu einer gegenseitigen Abstimmung über das konkret Machbare.

Herne und Wanne-Eickel unter der britischen Besatzungsmacht

In Herne, das am 10. April 1945 besetzt wurde, sicherte die englische Besatzungsmacht sogleich die Fortführung der Versorgung für die Bevölkerung und die notwendige Verwaltung der Bürgeranliegen. Nach eigenen Vorprüfungen setzte die Kommandantur den früheren Bürgermeister Meyerhoff, als ersten Bürgermeister ein und als zweiten Bürgermeister Karl Hölkeskamp, einen angesehenen Sozialdemokraten, in der Weimarer Zeit Beigeordneter für das Sozialwesen. Außerdem wurde das frühere Magistratsmitglied Kuhn von der

alten KPD eingesetzt. Wanne-Eickel wurde bereits einen Tag früher besetzt. Am 9. April bot die Stadt den einrückenden alliierten Truppen das Bild eines vom totalen Krieg gezeichneten Gemeinwesens.

Der englische Militärkommandant hatte nach weiterer Prüfung und Entnazifizierung des gesamten Stadtpersonals den Einsatz der ganzen Verwaltung angeordnet, zu der anfänglich auch eine neu ernannte Polizei gehörte.

In der täglichen Auseinandersetzung mit den örtlichen Gegebenheiten und im direkten Kontakt mit den vordringlichen Bedürfnissen der Bevölkerung wurde in Herne bald schon als unmittelbarer Ausdruck für Bürgerinteressen ein sogenannter "advisory council" ins Leben gerufen. In diesem Gremium stellte der Kommandant mit früheren Mitgliedern des Zentrums, der SPD und der KPD in gleicher Zahl und zwei unabhängigen Bürgern als Vertreter der Wirtschaft alle Bürgeranliegen zur Diskussion.

Dieser "advisory council" amtierte als Stadtausschuß vom 20. Juni 1945 bis zum 14. November 1945. Eine ernannte Stadtverordnetenversammlung von zunächst 20 und später 38 Mitgliedern löste ihn am 12. Dezember 1945 ab. Aus dem Protokollbuch dieses sogenannten Stadtausschusses ergeben sich in allen bedrückenden Einzelheiten die großen Sorgen um die Not der Bürger.

Not und Elend in der Bevölkerung

Da heute die damaligen Entbehrungen kaum mehr vorstellbar sind, sollen die Hauptanliegen wiedergegeben werden, zumal Not und Entbehrungen noch lange vorherrschten und die ernannte Stadtverordnetenversammlung und die später geheim gewählten Stadtverordneten noch lange befaßte.

Im Vordergrund stand die Ernährungslage. Eine Zusammenfassung hierzu gab in der Sitzung des Stadtausschusses vom 5. November 1945 der Leiter des Herner Stadternährungsamtes Hoppe:

Insgesamt waren 88 099 Verpflegungsempfänger zu versorgen. Im Mai 1945 waren es 65 500 gewesen. Zu Beginn der Besetzung machte die Normalverpflegung pro Kopf 825 Kalorien aus, im November 1945 1478 Kalorien. Unter den aufge-



Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln war eine der ersten Aufgaben nach dem Krieg. Sie erfolgte über Lebensmittelkarten, deren Ausgabe auch organisiert werden mußte (Foto).

Herner Stadtverordnete gegen Fettration-Kürzung

Die unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Cramer abgehaltene Stadtverordnetensitzung stimmte neben der Wahl eines Entnazifizierungsgrundausschusses für die Polizei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben zum Haushaltsplan 1946 zu. Die von der SPD-Fraktion beantragte Bildung eines Ausschusses für Handel, Gewerbe und Industrie wurde mit 20 zu 16 Stimmen angenommen.

Westfälische Rundschau vom 27. Juli 1946



"Hamsterfahrten" auf's Land gehörten zum Alltag. Durch Tauschgeschäfte versuchte man, die Grundversorgung sicherzustellen.

fürten Verpflegungsempfängern erhielten 18 459 Personen zusätzliche Verpflegung. Besonders hervorzuheben sind folgende Gruppen:

| | |
|------------------|----------------|
| Schwerstarbeiter | 5.622 Personen |
| Schwerarbeiter | 5.569 Personen |
| Werdende Mütter | 1.111 Personen |

Die zusätzliche Verpflegung macht bei 6 Arbeitstagen aus: für Schwerstarbeiter 1.461 Kalorien täglich, für Schwerarbeiter 819,8 Kalorien. Für werdende und stillende Mütter beträgt die Zulage wöchentlich 17.989 Kalorien gleich täglich 2.570 Kalorien. Die Versorgung mit den in Kalorien bewerteten Lebensmitteln machte besondere Schwierigkeiten. Eine Bevorratung stieß fortlaufend auf Beeinträchtigungen.

Eine Bevorratung auf sechs Wochen, wie sie das Landesernährungsamt anstrebte, war nicht möglich; es gab auch Transport-schwierigkeiten (Reparaturen, Reifenmangel, Treibstoffmangel). Größte Sorgen bereitete die Winterversorgung, insbesondere der Mangel an Einkellerungskartoffeln; es fehlten etwa 2000 Tonnen, davon 500 Tonnen für die Mittagküche der Bergleute in den Bergbaubetrieben. Die im Stadtausschuß gegebene Anregung, Volksspeisungen durchzuführen, wurde von übergeordneten Stellen der Militärregierung geprüft, aber schließlich fallen gelassen. Die Speisung von alten und kranken Leuten, und von besonders Bedürftigen sollte über einen Ausschuß der freien Wohlfahrtsorganisationen organisiert werden.

Gesundheitspolitik auf unterster Stufe

Die gesundheitliche Situation in der Bevölkerung wurde in der ersten wie in der letzten Sitzung des Stadtausschusses eingehend diskutiert: Generell stellte der Herner Stadtarzt Dr. Meyer dazu fest, "daß sich infolge der durch jahrelange Unterernährung herabgesetzten Widerstandskraft gegen Krankheiten der Gesundheitszustand der Bevölkerung stark verschlechtert hat, daß durch die Notwendigkeit des Aufenthaltes der Menschen in unzureichenden, überbevölkerten, ungenü-

Wanne-Eickel gegen Zentralwirtschaftsamt

SPD-Stadtverordnete stellen 11 Anträge im Stadtparlament

Behelfsbrückenbau über Rhein-Herne-Kanal

Im wiederhergestellten großen Sitzungssaal des Rathauses fand die erste diesjährige Stadtvertreterversammlung Wanne-Eickels unter lebhafter Anteilnahme der Bevölkerung statt. Nach der Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Rechnungsjahr 1946 in Höhe von 558.540,- RM und des Verwaltungskostenvoranschlags der Stadtparkasse für das Geschäftsjahr 1947 in Höhe von 274.300 RM wurde dem Bau einer Behelfsbrücke über den Rhein-Herne-Kanal zugestimmt.

Stadtvertreter Flesch (SPD) begründete die Notwendigkeit einer Verbindung zwischen „Insel“ Dannekamp und dem übrigen Stadtgebiet.

Im Mittelpunkt der Debatten standen die Anträge der SPD zu der außerordentlich kritischen Versorgungslage, Forderung nach Einschaltung der kommunalen Wirtschaftsräte und Verbraucherkreise bei der Nahrungsmittelversorgung und Verbesserung der Versorgung für die Bauarbeiter durch Angleichung an die Ernährungslage der Bergarbeiter. Stadtvertreter Eckardt (SPD) brachte zum Ausdruck,

daß sämtliche für die Versorgungslage zuständigen zentralen Organe restlos versagt haben

und zeigte an Beispielen des täglichen Lebens die Notwendigkeit einer Umgestaltung der höheren Dienststellen auf. Daraufhin sprach die Stadtvertretung dem Zentralwirtschaftsamt und den Landeswirtschaftsämtern einstimmig ihr Mißtrauen aus.

Ein weiterer, vom Stadtv. Hruska begründeter Antrag der SPD befaßte sich mit der Erfassung des vorhandenen Wohnraums, zu dem Stadtdirektor Kapala in längeren, eindeutigen und klaren Ausführungen Stellung nahm, die Schwierigkeiten darlegte und als einzig wirkungsvollen Ausweg auf die Wiederinstandsetzung wenig beschädigter Häuser verwies. Damit deckte sich ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der als wichtigste Vor-

aussetzung des Wiederbewohnens leicht beschädigter Häuser

die Erfassung und Lenkung der Baustoffe durch die Landesregierung und die Herstellung des notwendigen Bedachungsmaterials zum Schutz gegen die dem Verfall ausgesetzten Dachstühle forderte.

Lebhafte Spannung rief der vom Stadtv. Peter begründete Antrag der SPD auf Annahme einer Entscheidung zur Einleitung aller zur Sozialisierung notwendigen Maßnahmen

und deren Weitergeben an den Landtag hervor. Auch diesem Antrag wurde, wie allen vorhergegangenen, einstimmig zugestimmt. Weitere SPD-Anträge forderten die Errichtung von Jugendheimen, die Wiedererrichtung eines Sol- und Thermalbades und des Sport- und Schwimmgeländes der Badeanstalt am Osthafen, und gerade in der heutigen Zeit und in Anbetracht des Mangels an ausreichenden Arzneimitteln der Gesundheit und der Erhaltung der Arbeitskraft eine erhöhte Bedeutung zufällt. Für den großen Teil der wasser-sporttreibenden Bevölkerung und vor allem für die Jugend sei, so sagte Stadtv. Samorra (SPD), die Wiederinstandsetzung der Badeanstalt auch mit den geringsten Mitteln als Erholungs- und Körperpflegestätte unbedingt erforderlich. Den Abschluß der Anträge bildete die in die Zukunft schauende Forderung der sozialdemokratischen Fraktion auf

Heranziehung von Kleinindustriebetrieben nach Wanne-Eickel

und den weiteren Ausbau bereits bestehender Kleinbetriebe. In diesem Zusammenhang wies Stadtv. Hruska (SPD) auf Erfolge der Nachbarstädte hin und forderte die sofortige Einleitung entsprechender Maßnahmen, um Schwerbeschädigten und den auf den Verdienst durch ihrer Hände Arbeit angewiesenen Frauen Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen. Auch diese Anträge fanden einstimmig Billigung.

gend erwärmbaren und erwärmten Wohnungen und bei leider mangelnder Sauberkeit an Körper und Wäsche, sowie bei dem Fehlen geeigneter Medikamente der Gesundheitszustand der Bevölkerung im höchsten Grad gefährdet ist und daß damit die Gefahr einer Ausbreitung von Seuchen im kommenden Winter nicht von der Hand zu weisen ist".

Diese Ausführungen macht er, nachdem er eingehend den ständigen Rückgang der allgemeinen Leistungsfähigkeit und eine erhöhte Krankheitsbereitschaft dargestellt hat. Nach seinen Darlegungen hatte sich die Todesziffer nahezu verdoppelt (in der Woche von 15 auf 27). Zur Frage der Flüchtlinge wird festgestellt, daß "in steigendem Maße Herne von Flüchtlingen überschwemmt wird, die sich zum Teil in furchtbarem Zustand" befänden, die aber nicht aufgenommen werden könnten und abgewiesen werden müßten. Von übergeordneten Stellen wurde vorbeugend die Errichtung von Auffanglagern vorgeschlagen. Unabhängig davon wurde für die Aufnahme von zu erwartenden Ostflüchtlingen bereits ein Lager in dem heizbaren Bunker an der Hermann-Löns-Straße vorbereitet.

Die Sorge um die Arbeitsplätze

Sorgen der Arbeitsplatzhaltung führten gegenüber dem Vorhaben der Alliierten, deutsches Kriegspotential zu vernichten, in der Herner Bevölkerung zu Beunruhigungen.

Viele Werke der Maschinen- und Eisenindustrie waren für Kriegszwecke genutzt worden. Im Ausblick auf die seit Anfang August 1945 geplante Neuzulassung von Gewerkschaften und politischen Parteien spielte die Frage der Demontagen auf deutscher Seite eine wichtige Rolle. Am 5. September 1945 vermerkt der Stadtausschuß, daß in der Frage der Zulassung von Betrieben

"in letzter Zeit die Politik der Militärregierung immer undurchsichtiger geworden sei. Es seien eine ganze Reihe von Betrieben noch nicht zugelassen. Bei der Militärregierung sei festgestellt, daß in erster Linie jetzt die Kohlenfrage im Vordergrund stehe. Es sei zu befürchten, daß schon zugelassene Betriebe wieder stillgelegt würden. Außerdem bestünden Erschwerungen bei der Zulassung neuer Betriebe..."



Als Notunterkünfte wurden in Herne "Nissenhütten" aufgestellt. Eine Garage gehörte zu dieser Zeit nicht zum Standard.

Die Flüchtlingslager in Herne

Es fehlt an Strohsäcken und Kochgelegenheiten / Im allgemeinen keine Klagen über das Essen

Die Art der Unterbringung der Flüchtlinge in verschiedenen Schulen der Stadt Herne ist in der letzten Zeit Gegenstand publizistischer Erörterungen gewesen, wobei festzustellen war, daß die Ansichten über die Verhältnisse, unter denen die Flüchtlinge zu leben gezwungen sind, weit auseinandergehen. Wenn einerseits die Meinung geäußert wurde, daß es den Flüchtlingen den Verhältnissen entsprechend gut gehe, wurden andererseits Klagen vorgebracht, aus denen das Gegenteil zu entnehmen war. Ein Vertreter der "Westfälischen Rundschau" hat die beiden in Flüchtlingslager umgewandelten Schulen in der Schul- und Bismarckstraße besichtigt und versucht, sich ein objektives Bild von den dortigen Zuständen zu verschaffen, wobei er auch die Lagerleiter und Flüchtlinge befragte. Wie meistens, scheint zwischen den beiden voneinander so abweichenden Ansichten die Wahrheit in der Mitte zu liegen.

Während ein Teil der Flüchtlinge mit der Art der Unterbringung und ihrer Betreuung zufrieden ist, und den Wunsch äußert, solange in den Lagern verbleiben zu können, bis eine ihnen auch ausgedehnte Wohnung bereitstünde, drängen wiederum andere auf ein möglichst schnelles Herauskommen aus den Lagerunterkünften. Die verschiedenen Temperamente, eine geringere oder größere oder auch garricht vorhandene Anpassungsfähigkeit und die früheren Lebensumstände sind zweifellos bei diesen Einstellungen bestimmend.

Wenn für die Flüchtlinge auch viel getan wird, so soll damit nicht gesagt sein, daß nicht noch mehr getan werden könnte und man muß sich darüber wundern, daß einige der zweifellos vorhandenen Mibstände nicht schon längst beseitigt worden sind.

Es fehlt in den Schulen z. B. an einer ausreichenden Zahl von Strohsäcken, um jedem Flüchtling ein einigermaßen erträgliches Lager zu verschaffen. Sie müssen z. T. auf den Brettern des Bettgestelles schlafen, die sie mit Decken — soweit diese überhaupt vorhanden sind — oder mit anderen Stoffen zu polstern versuchen. Wenn es richtig ist, daß in den Bunkern noch Strohsäcke unbenutzt herumliegen, so ist es jetzt an der Zeit, daß hier-endlich Abhilfe geschaffen wird. Es ist weiter auch absolut nicht notwendig, daß den Flüchtlingen in der Schule an der Schulstraße nur ein winzig kleiner Herd und zudem in einem nicht beleuchteten Raum zur Verfügung gestellt wird. In jedem Stockwerk kann ohne Schwierigkeit ein Herd untergebracht werden, der den Flüchtlingen die Bereitstellung des Kaffeewassers, und das Aufwärmen ihrer Mahlzeiten ermöglichen würde.

Durch die Aufstellung dieser weiteren Kochgelegenheiten würden die vorhandenen Schwierigkeiten zwar nicht beseitigt, aber doch gemildert werden. In der Schule sind 238 Flüchtlinge (meistens Frauen und Kinder) mit 100 Haushaltungen untergebracht, und man kann sich vorstellen, wie oft ein Herd täglich von ihnen in Anspruch genommen wird. Den Flüchtlingen stehen 8 Schulklassen zur Verfügung, die jedoch nicht gleichmäßig belegt sind. Während manche Familien von ihrer Habe noch etwas hat retten können und mit in das Flüchtlingslager gebracht hat, stehen andere vor dem glatten Nichts. Die Gemeinden sind bei der Schnelligkeit des Abtransportes mehr oder weniger überbracht worden. Während in der einen Gemeinde die Gemeindeglieder von ihrem wertvollsten Hausrat noch einiges zusammenraffen konnten, mußten die Bewohner der anderen Gemeinde den Ort Hals über Kopf verlassen, ohne etwas mit sich nehmen zu können. Da in den Schulen die Flüchtlinge nach der Gemeinde untergebracht sind, zeigt sich in der Belegung der Unterkunftsräume mit Hausrat und sonstigen Gebrauchsgegenständen sinnfällig der den einzelnen Gemeinden noch verbliebene Besitz.

Ueber das Essen wurden im allgemeinen keine Klagen geführt. Man hörte sogar zufriedene Stimmen über die Zubereitung und das Ausmaß der zugeteilten Portionen. Einstimmigkeit des Urteils wurde in dieser Frage zwar nicht erzielt. Die Räume waren durchweg gut geheizt, die Flüchtlinge brauchen also nicht zu frieren. Nach einigen in Anfang vorhandenen Schwierigkeiten sind auch die Toilettenverhältnisse in Ordnung gebracht worden. In der Schule an der Schulstraße ist ein Krankenrevier eingerichtet worden, das auch für die anderweitig untergebrachten Flüchtlinge bestimmt ist. Hier ist eine Rotes-Kreuz-Schwester tätig. In allen Räumen brennt bis 22 Uhr Licht.

Es muß nun erwartet werden, daß berechtigten Klagen — und solche liegen, wie oben ausgeführt, vor — möglichst schnell nachgekommen wird, und es wäre zu wünschen, daß es dem Wohnungsamt durch Unterbringung der Flüchtlinge in geeigneten Wohnungen bald gelingen möge, die Flüchtlingslager überhaupt aufzulösen.

Westfälische Rundschau vom 14. Dezember 1946



Die Wiederherstellung der Eisenbahnverbindung Wanne-Eickel - Herne wurde zügig in Angriff genommen. Der öffentliche Personen Nah- und Fernverkehr hatte in der Nachkriegszeit einen ganz anderen Stellenwert als heute.

Wanne-Eickel
Die Lebensmittelversorgung
Wanne-Eickels

Der Gesamtverbrauch in Wanne-Eickel an Waren, die nur auf die Lebensmittelkarte zu beziehen sind, beträgt für eine Zuteilungsperiode 20 351 Ztr. Diese verteilen sich auf die einzelnen Waren wie folgt: Dauerbackwaren für Kleinkinder 20 Ztr., Quark 107 Ztr., Pudding 122 Ztr., Käse 26 Ztr., Margarine 200 Ztr., Butter 300 Ztr., Kaffee-Ersatz 207 Ztr., Zucker 826 Ztr., Eiweiß 868 Ztr., Nahrungsmittel 1206 Ztr., Mehl 17 836 Ztr. und etwa 3000 Ztr. Gemüse. Hinzu kommen 150 000 Liter Milch.

In Eisenbahnwaggons, der Warenart entsprechend verpackt, sind für diese Mengen erforderlich sechs Güterzüge von je 40 Waggons, die sich wie folgt verteilen: Fleisch 5 Waggons, Fisch zehn Waggons, Käse ein Waggon, Quark ein Waggon, Butter drei Waggons, Margarine ein Waggon, Mehl 90 Waggons, Dauerbackwaren vier Waggons, Pudding ein Waggon, Nahrungsmittel zehn Waggons, Zucker sieben Waggons, Kaffee zwei Waggons und der Rest für Gemüse und Milch. In Fachreisen zählt man die durch Hamsterer herangeholten Lebensmittel in einer Zuteilungsperiode auf etwa 25-30 Waggons, die Mengen der Werks-Küchenverpflegung auf 40 Waggons, womit die Zahl der monatlich in Wanne-Eickel zu beschaffenden Lebensmitteln etwa 310 Eisenbahnwagen füllt.

Wenig bekannt ist, daß Wanne-Eickel an achter Stelle unter allen deutschen Städten in der Broterstellung steht. Wanne-Eickel ist also nicht nur eine Kohlen- und Hafenstadt, sondern auch eine Bäckerstadt. Weit über die Grenzen der Nachbarstädte hinaus wird Brot geliefert. Der Broterstellung dienen fünf Brotfabriken, zwölf Großbäckereien und eine große Zahl Kleinbäckbetriebe.

Einen eigenen Großmarkt besitzt Wanne-Eickel nicht. Jedoch steht für die Gemüseerzeugung vornehmlich der Großmarkt in Gelsenkirchen zur Verfügung und für die Fischlieferung Herne. Eine nicht unbedeutende Rolle in der schnellen Anlieferung der Lebensmittel spielen beide Häfen mit den großen Lagerhäusern und der Umschlagbahn der Reichsbahn.

Ruhrzeitung vom 24. April 1946

Die sich hier ankündigenden Probleme der Arbeitsbeschaffung sowie der Arbeitsplatzhaltung sollten die Gewerkschaften wie die Parteien noch lange Zeit fordern. Wie berechtigt die deutschen Sorgen über die angeführten Hauptschwierigkeiten einer deutschen Mitwirkung waren, seien zur Veranschaulichung breiter Bedenken Ausführungen des englischen Sozialpolitikers Lord Beveridge wiedergegeben. Beveridge erklärte (nach dem Europa-Archiv 1946 S. 176 ff) zur Verarmung der britischen Zone:

"In praktisch jeder Stadt der britischen Zone... herrscht eine hoffnungslose Materialknappheit.. (Anlage 7).

Das Potsdamer Abkommen

Für die damalige Zeit steht das Potsdamer Abkommen für Deutschland im konstitutiven Rang einer gemeinsamen Verwaltung durch die Alliierten mit dem Ziel einer durchgreifenden Demokratisierung. In den "Politischen Grundsätzen" des Abkommens heißt es:

"...wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberkommandierenden ...nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt und zwar von jedem in seiner Besatzungszone, sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen. Soweit dies praktisch durchführbar ist, muß die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein."

Weiter wird in den "Grundsätzen" festgelegt:

"Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine evtl. friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten". (Anlage 8)

Aus den Vorarbeiten zum Potsdamer Abkommen und aus dem Verlauf der Verhandlungen vom 17. Juli 1945 bis zum Abschluß am 2. August 1945 zeigt sich bereits im Verhältnis der Alliierten zueinander ein gegenseitiges Spannungsfeld aus ihren großräumigen außenpolitischen Interessenslagen. Die dadurch bestimmten Voraussetzungen ihrer Verhandlungen haben damals schon zu Vorbehalten geführt, die anhielten und aus heutiger Sicht

bis zu den bekannten Ost-West Spannungen und ihren Gefahren des kalten Krieges führten.

Für den deutschen Raum von 1945 war die im Potsdamer Abkommen noch vorgesehene deutsche Verwaltungseinheit bereits in Frage gestellt worden. Das setzte der Entwicklung deutscher politischer Parteien für die östliche Besatzungszone bald offenkundige Grenzen. Die Folge war, daß im deutschen Raum Parteien mit Programmen die über den eigenen Wirkungsbereich reichten, nicht entstehen konnten.

Die Demokratisierung des deutschen Raumes über seine Besatzungszonen führte somit notwendig zu Ost- und Westauffassungen. Auch unter den Voraussetzungen und Bedingungen der wirtschaftlichen Dezentralisation des Potsdamer Abkommens waren die Gesamtinteressen des deutschen Raumes nicht faßbar. Bei der Zulassung politischer Parteien auf Orts- und Kreisebene dürfte das aus der Weimarer Zeit bekannte Parteienbild nach den in Parteiprogrammen ausgedrückten Zielen vorgeherrscht haben. Die Ausgangslage der ersten Besatzungsjahre hat aber notwendig die Entwicklung der neuen deutschen Parteien auf die eingeschränkten Handlungsfelder der örtlichen Lebensbedürfnisse begrenzt. Ihre Großkonzeptionen wurden nur in den dort sich anbietenden Situationen der ortsmittelbaren Aufrechterhaltung der Industrien und der Arbeitsplätze erkennbar.

Erst mit der Zulassung der neu gebildeten Länder konnten sich weitgehende parteipolitische Programmatiken entwickeln und auf die Meinungsbildung der Wähler wirken.

Aus heutiger Sicht bleibt festzustellen, daß das Potsdamer Abkommen eine innere Ordnung für das zusammengebrochene Land in ersten Grundlegungen entwickeln wollte. Zur Tragweite dieses Abkommens muß allerdings darauf verwiesen werden, daß die Alliierten sich später gegenseitig vorgeworfen haben, das Abkommen gebrochen zu haben. Es ist aber bis heute von keiner Seite aufgekündigt worden.



Die Röhlinghauser Straße in der Nachkriegszeit. Für Kinder waren die Straßen in dieser Zeit beliebte Plätze für Ballspiele. Eine Gefährdung durch den Autoverkehr gab es noch nicht.

Frauen helfen mit in Wanne-Eickel

Scharfe Warenüberwachung gefordert / Feierschichten nehmen zu

In Anwesenheit des Stadtkommandanten wurde der durch die Mil.-Regierung nunmehr bestätigte Oberbürgermeister Heimüller durch den Oberstadtdirektor Jacobi eingeführt.

Auf der Tagesordnung der Stadtvertretersitzung stand u. a. die Beschlussfassung über die Verfassung der Stadt Wanne-Eickel, die im Hauptausschuß vorberaten worden war. Sie wurde unter Annahme zweier Abänderungsanträge der sozialdemokratischen Fraktion einstimmig genehmigt. In den Wohnungsausschuß wurde Hruska (SPD) gewählt. Die Fraktion der SPD hatte einen Antrag eingebracht, der bezweckt, eine schärfere Überwachung aller preisgebundenen Waren durchzuführen und festzustellen, ob die periodischen oder unperiodischen Meldung unterliegenden Warenbestände, mit den bei den zuständigen Stellen gemeldeten übereinstimmen. Zu diesem Zweck soll eine sechsgliedrige Kommission eingesetzt werden, deren Aufgabe es ist, unter Hinzuziehung von erfahrenen Beamten der Preisüberwachung Preiskontrollen und Gewichtsüberprüfungen in Geschäften, Verkaufsstellen und auf Märkten durchzuführen. Ferner sollen in Zusammenarbeit mit dem Ernährungs- und Wirtschaftsamt in Geschäften und Lagern unter Vorlage der Wareneingangsbücher, sowie anderer Unterlagen alle der Meldepflicht unterliegenden Waren (Lebensmittel, Textilien, Schuhwaren, Möbel, Hausrat usw.) überprüft werden zwecks Feststellung etwaiger Schwarz- oder Ueberbestände, die bei den zuständigen Stellen nicht ausgewiesen sind. Nach eingehender Begründung durch Stadtvertreter Hruska (SPD) wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Die kommunistische Fraktion wünschte schärfere Maßnahmen zur Bekämpfung des Schwarzhandels und Erfassung aller Kräfte, die sich heute noch einer geregelten Arbeit entziehen. Weiter kritisiert ein Antrag das Heranziehen weiblicher Kräfte zu der Schutt-

beseitigung in der Schulstraße. Stadtverordneter Bürschinger (SPD) wies auf die Dringlichkeit der Trümmerbeseitigung im Gebiet der Schulstraße hin und betonte, daß die Gefahr von Epidemien bestände, da in jener Gegend durch die unter den Trümmern liegenden Lebensmittel eine große Rattenplage sich ausgebreitet hat. So ungern man weibliche Arbeitskräfte im Baugewerbe einsetzen möchte,

die Notlage ließe keinen anderen Weg offen.

Wenn wieder aufgebaut werden sollte, müßten dem Arbeitsmarkt auch die erforderlichen Kräfte zugeführt werden. In anderen Zonen sei das eine Selbstverständlichkeit. So sei nach einem Bericht des Arbeitsamtes Berlin

das Beschäftigungsverhältnis der männlichen zu den weiblichen Arbeitskräften 1:1.

Voraussetzung ist die notwendige Arbeitskleidung. Dem Oberbürgermeister wurde nahegelegt, sich um die Freigabe der Arbeitskleidung zu bemühen.

Stadtvertreter Stratenhof (KPD) bemängelte

die zunehmende Anzahl der Feierschichten

unter den Bergarbeitern und führte als Beispiel die Feierschichten der Schachtanlage Königsgruben an, wo die Zahl der Feierschichten eines Monats den Ausfall einer Wochenproduktion an Kohlen bedeute. Ähnlich seien die Verhältnisse auf den übrigen Zechen im Stadtgebiet.

Anträge der CDU auf Beschleunigung der Instandsetzungsarbeiten in den Straßen und Sicherstellung der Lebensmittelversorgung, wurden angenommen. Eine Entschließung der SPD, in welcher gegen die beabsichtigte Unterstellung der Straßenverkehrsämter unter staatliche Aufsicht protestiert wurde, wurde einstimmig angenommen.

Sozialdemokratische Partei

Stadtverband Herne.

**Trotz 12 Jahre Verbot
Nicht tot**

**Die Sozialdemokratische Partei
wieder frei!**

**Stadtverband Herne
Auskunft bei allen Funktionären.
Das Sekretariat.**

Plakate waren in der Nachkriegszeit die wichtigsten Werbeträger. Allerdings war auch das Papier knapp und mußte beantragt werden.

Generalversammlung der SPD Herne

Im Hotel Schlenkhoff fand die Generalversammlung der SPD statt, die von 154 Delegierten aus allen Ortsgruppen besetzt war. Aus dem Jahresbericht des Parteisekretärs Schönewolf ist regste Arbeit auf allen Gebieten erkennbar. Die Mitgliederzahl nahm ständig zu. Schulungsabende, Wochenendkurse und andere Bildungseinrichtungen wurden unter guter Beteiligung durchgeführt. Der Kassierer Püllmann gab einen Einblick in die Finanzlage des Stadtverbandes. Ueber die vielfältigen Aufgabengebiete der Arbeiterwohlfahrt wurde ein anschaulicher Ueberblick gegeben. Von der Tätigkeit in der Jugendbewegung berichtete Leis. Zäher, unermüdlicher Kleinarbeit sei es zu verdanken, daß heute ein guter Stamm einsatzbereiter Mitglieder vorhanden sei. In ausführlichen Darlegungen skizzierte Heinrich Crämer die Lage der Volkshausgesellschaft, die immer noch der restlosen Klärung bedürfe. In einer Entschloßung wurde gefordert, daß sich die Militärregierung entscheiden möge, der Volkshausgesellschaft das der Arbeiterorganisation gehörende Vermögen zurückzugeben. Antragsgemäß wurde diese Entschloßung der Landesregierung zugeleitet. Eine ausgiebige Aussprache nahm zu den Berichten Stellung. Starkes politisches Leben spiegelte sich in den zahlreichen Anträgen wider, die der Generalversammlung zur Beschlußfassung vorlagen. Unbedingte Durchführung des Kölner Beschlusses des Parteivorstandes wurde gefordert. Für die Entnazifizierung wurde ein abschließender Termin verlangt. Die Einrichtung eines Beschwerde- und Schlichtungsausschusses sowie einer dreiköpfigen Pressekommission wurde dem Vorstand übertragen. Der neugewählte Vorstand setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: 1. Vorsitzender Heinrich Crämer, 2. Vorsitzender Robert Brauner, Kassierer Josef Püllmann, Schriftführer Josef Böckenhüser. Als Beisitzer gehören dem Vorstand an: Alfred Deffke, Kurt Schmidt und Frau Auguste Sindermann.

Westfälische Rundschau vom 25. Januar 1947

Die Gründung der Herner und Wanne-Eickeler SPD und der organisatorische Neuaufbau

In der britischen Zone wurden am 23. August 1946 neue Länder, darunter auch Nordrhein-Westfalen gebildet (Anlage 9). Die Zulassung und Bildung neuer politischer Parteien wurde am 15. September 1945 durch Verordnung der Militärregierung geregelt. Die SPD in Herne wurde am 2. Januar 1946 durch den Military Government Officer zugelassen. Grundlage hierfür war eine Verordnung der Militärregierung vom 15. September 1945 (Anlage 10). Die Zulassung der SPD für Herne bedeutete zunächst, daß sie sich in der Öffentlichkeit organisatorisch als politische Kraft für die zu dieser Zeit mögliche Umsetzung deutscher Mitverantwortung darstellte.

Sie war - wie die anderen zugelassenen Parteien - ständig der Aufsicht der örtlichen Militärregierung unterworfen. Selbst ihre Versammlungen bedurften der Genehmigung. Ihre erste große Parteiveranstaltung fand am 13. Januar 1946 in Koopmann's Gaststätten, dem früheren eigenen Volkshaus, statt. Die Genehmigung der Militärregierung führte als Grund der Versammlung an: "Wiederaufbau der Partei" (Anlage 11).

Ausdrücklich wurde allen Vertretern der Militärregierung ein jederzeit freier Zutritt zu der Versammlung vorbehalten. Redner war der aus der Weimarer Zeit bekannte Landrat a. D. Wilhelm Hanssmann aus Dortmund. Ein Werbeplakat, das auf die Mißhandlungen Hanssmanns durch die Nazis und auf seine Rückkehr aus der Emigration hinwies, mußte ebenfalls genehmigt werden.

Der Pflichtbericht der Herner SPD an die Militärregierung ist ein zeitgeschichtliches Dokument über die breite Beunruhigung der Bevölkerung und ihre Sorgen und Hoffnungen. Der Militärregierung waren die auferlegten Berichterstattungen nicht schnell genug und nicht umfassend genug gegeben. Sie verlangte daher, von allen politischen Veranstaltungen innerhalb von 3 Tagen Protokolle in englischer Sprache eingereicht zu bekommen (Anlage 12).

In der Generalversammlung des Stadtverbandes, die am 27. Januar 1946 stattfand, wurde nach einem Organisations-

bericht durch den Genossen Erich Schönewolf der Vorstand des Stadtverbandes gewählt - und zwar einstimmig: Heinrich Crämer, Josef Pillmann, Erich Schönewolf. In einem anschließenden Referat des Genossen Geldmacher aus Bochum wurde Stellung genommen zu den herrschenden Auffassungen über gesellschaftliche Kämpfe in der Vergangenheit, zu den deutschen Bildungseinrichtungen und zu den Zielen einer organisierten Wirtschaft (Anlage 13).

Aus diesen Beispielen zur politischen Meinungsbildung der Herner SPD nach ihrer Zulassung als "Kreispartei" geht hervor, daß die traditionellen Grundauffassungen der Sozialdemokraten von der Militärregierung nicht beeinflusst waren.

Das Gründungsdatum für die Wanne-Eickeler SPD und das Eintritts- oder Wiedereintrittsdatum neuer oder früherer Mitglieder war im allgemeinen der 1. August 1945. Der Vorstand des SPD Stadtverbandes Wanne-Eickel setzte sich nach der Funktionärssitzung am 19. August im Stöckmannshof zusammen aus: Franz Hruska (Vorsitzender), Gustav Blum (Kassierer) und Friedrich Steffen (Schriftführer). In der Delegiertenversammlung vom 13. Juni 1946 trat an die Stelle von Franz Hruska, der inzwischen das Amt des Parteisekretärs übernommen hatte, Wilhelm Peter; zweiter Vorsitzender wurde Wilhelm Birkelbach.

Möglichkeiten und Grenzen kommunalpolitischer Verantwortung

Die kommunalpolitische Arbeit der SPD blieb zu dieser Zeit den in den Räten der Städte eingesetzten Sozialdemokraten überlassen, die allerdings die in den Stadtorganen erörterten und getroffenen Entscheidungen nicht zur Diskussion in Parteiveranstaltungen stellen durften.

Die geistigen und programmatischen Ausrichtungen der SPD auf politische und gesellschaftliche Ziele waren damit in eine parteiinterne Grundorientierung gerückt, die Möglichkeit einer Verwirklichung war schon aus der fraglichen deutschen Zukunft heraus ungewiß.

In einer Industriestadt wie Herne mit den großen Fragen ihrer Bürger zum wirtschaftlichen Fortgang der Kohleförderung und der eisenverarbeitenden Industrie standen aber täglich hinter allen Ord-



Die SPD ehrt ihre Jubilare. Mitglieder des Ortsvereins Eickel; darunter namentlich bekannt: Oblak, Hruska, Beckmann, Wenderoth, Heitkämper.

WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU

5400000 Mark Fehlbetrag in Wanne-Eickel CDU wählt langjähriges Nazi-Parteimitglied zum Stadtkämmerer Dr. Elbers wurde Oberstadtdirektor

Mittwochnachmittag fand die von der Bevölkerung mit großer Spannung erwartete Sitzung der Stadtvertreter im Sitzungssaal des Rathauses statt. Nach der Eröffnung versprach der zum Landtagsabgeordneten gewählte Stadtvertreter Hruska (SPD) alles in seiner Macht liegende für alle Bevölkerungskreise tun zu wollen, um die Lage der schwergeprüften Wanne-Eickeler zu verbessern.

Nachdem die CDU-Fraktion die Wahl der leitenden Verwaltungsbeamten in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt wissen wollte und sowohl die Vertreter der SPD als auch die der KPD darauf verwiesen hatten, daß die Zeit der Verhandlungen hinter verschlossenen Türen über derartige, die Öffentlichkeit interessierende Fragen vorbei sei, wurde Dr. Elbers gegen die Stimmen der KPD zum Oberstadtdirektor gewählt, während der bisherige Stadtdirektor Kapala einstimmig in seinem Amt bestätigt wurde.

Gegen den von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Bewerber für die Stadtkämmererstelle, Dr. Wiesner, machten die Vertreter der SPD und KPD schwere Bedenken dahingehend geltend, daß W. 10 Jahre lang der Nazi-Partei angehört habe.

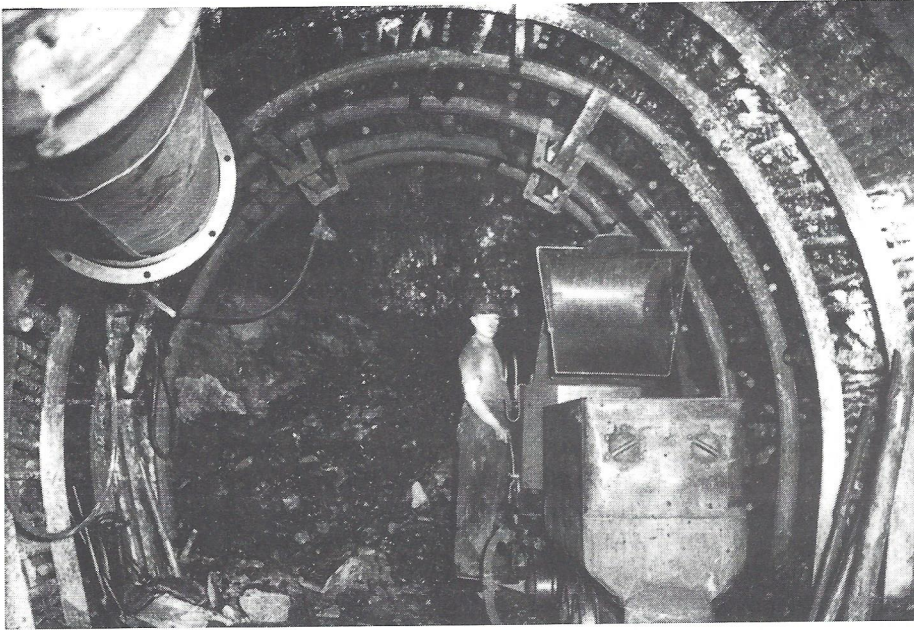
und daß im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die Beamte in weniger einflußreichen Stellen auf Grund ihrer NSDAP-Zugehörigkeit auf sich nehmen müssen, diesen CDU-Vorschlag nicht zugestimmt werden könne. Außerdem fehlte W. nach eingezogenen Erkundigungen das fachliche Können. Stadtvertreter Hruska (SPD) schlug daraufhin den derzeitigen Kulturamtsleiter Steffen als Stadtkämmerer vor und betonte, ebenso wie Stadtvertreter Zumdick (KPD),

daß die augenblickliche Zusammensetzung der Stadtvertretung nicht dem wirklichen Willen der Bevölkerung

entspreche, die sich zu 52 Prozent für eine sozialistische Politik entschieden habe, während die CDU nicht einmal ein Drittel der Stimmen für sich verbuchen könne. Bei der darauffolgenden geheimen Abstimmung erhielt Steffen 14 Stimmen der SPD und KPD, während Dr. Wiesner mit 18 Stimmen der CDU zum Stadtkämmerer gewählt wurde.

Der Haushaltsplan für 1947, in dem sich die kritische Lage der Stadt widerspiegelt, wurde vom Verwaltungsdirektor Henkst in seinen einzelnen Abschnitten erläutert; den Ausgaben in Höhe von 16 548 000 RM. stehen 11 150 000 RM. an Einnahmen gegenüber, so daß ein Fehlbetrag von 5 398 000 RM. verbleibt.

Stadtvertreter Hruska (SPD) wies auf die mannigfachen Enttäuschungen des letzten Jahres hin und stellte fest, daß die Aufgaben noch viel schwerer seien als im Vorjahre. Die Probleme der Ernährung, der Wohnung, der Bautätigkeit und der Flüchtlinge seien noch ungelebt, Tausende unserer Mitbürger dem Hungertode nahe, während ein Teil unseres Volkes gar nicht daran denke, die Lasten des verlorenen Krieges mittragen zu helfen. Mit den Worten: „Wenn schon gehungert wird, wollen wir alle hungern und es darf niemand ungerade Wege gehen.“ legte er den Standpunkt der SPD dar und wies, auf die Wohnraumlage übergehend, darauf hin, daß zwei Jahre nach Beendigung des Krieges viele Familien ihr Leben in völlig unzureichenden und menschenunwürdigen Räumen fristen müßten. Stadtvertr. Eckardt (SPD) führte, die Worte seines Vorredners unterstreichend, die schwierige Ernährungslage in erster Linie auf den Mangel an Erfassung, Planung und Lenkung zurück. Nach mehr als dreistündiger Dauer wurde die Sitzung mit dem Beschluß, künftig alle zwei Monate eine ordentliche Versammlung der Stadtvertreter stattfinden zu lassen, geschlossen.



Die harte Arbeit unter Tage schweißt zusammen. Die Industriegewerkschaft Bergbau erreichte recht bald einen hohen Organisationsgrad unter den Beschäftigten der Herner und Wanne-Eickler Zechen.

Wanne-Eickel

Um die Einheit der Arbeiterklasse

Unter diesem Thema standen am Sonntag, dem 2. Juni, die Ausführungen des Bezirksvorsitzenden der SPD, Fritz Henßler, in einer öffentlichen Versammlung in Wanne-Eickel. Die Versammlung war so gut besucht, daß der Saal überfüllt war. Von dem Gedanken ausgehend, daß Einheit immer Vergewaltigung und Herrschaft durch Terror bedeutet, wolle die SPD nicht eine politische Zwangsjacke mit einer anderen vertauschen, denn eine Ein-Partei-Demokratie sei nichts anderes als Diktatur. Unser Volk darf kein politisch gläubiges Volk sein, es muß sich politisch besinnen, es muß lernen, eine politische Aussprache zu führen und die Sozialdemokratie will nicht außerhalb jeder Kritik stehen. Gesinnungen lassen sich nicht mit Gewalt kommandieren und Demokratie ist ein Elementarrecht und eine Verpflichtung jedes Deutschen. Mit einem Aufruf an die Jugend, sich politisch zu betätigen und aufzuhören, Landsknecht zu sein, schloß der Redner seine begeistert aufgenommenen Ausführungen. Der Stadtverbandsvorsitzende Hruska führte aus, die Sozialdemokratie, als die stärkste Partei in Deutschland, hätte ihr Programm klar herausgestellt und man hoffe und wolle auch in Wanne-Eickel bei den kommenden Wahlen die stärkste Partei werden.

Westfälische Rundschau vom 5. Juni 1946

nungsfragen und Versorgungsaufgaben die Grundprobleme der alten, politischen und gesellschaftlichen Orientierung der SPD-Tradition. In der internen Parteiarbeit fand die von Dr. Kurt Schumacher aus Hannover entwickelte Programmatik schon früh Beachtung. Aus dem Antrag Schumachers vom 20. 8. 1945 auf Zulassung der SPD an die Militärregierung Hannover:

"Das Programm der Sozialdemokratischen Partei entspricht dem Programm der zweiten Internationale einschließlich der Labour Party in England und konzentriert sich in folgenden Punkten: Überwindung des Nazismus und Militarismus durch Änderung der gesellschaftlichen, ökonomischen und geistigen Grundlagen im Sinne des Sozialismus. Konsequente Demokratie auf allen Gebieten des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Wiedererweckung der im deutschen Volk geschwundenen Achtung vor der großen Idee der Menschheit und der menschlichen Persönlichkeit. Pflege der großen Tradition der deutschen Geisteskultur im Zusammenleben mit den Kulturen der anderen Nationen. Erziehung der Jugend im Geiste des Friedens, der Demokratie und der internationalen Zusammenarbeit. Toleranz gegenüber allen Religionen und Weltanschauungen. Vergesellschaftung aller sozialisierungsreifen Zweige der Wirtschaft. Planmäßige Lenkung der Wirtschaft beim Werke des Wiederaufbaus. Tatkräftige Hilfe für alle Opfer der Politik der letzten zwölf Jahre, für alle Schwachen und Hilfsbedürftigen. Beschleunigte Instandsetzung der Produktionsstätten und Wohnungen, der lebensnotwendigen Gegenstände. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands, als die stärkste Partei Deutschlands, bekennt sich zur Zusammenarbeit mit allen unbelasteten Aufbauwilligen für ein anderes besseres Deutschland, das die Achtung und das Vertrauen der Welt genießt."

Diese geistigen und programmatischen Postulate waren in der Herner SPD lebendig und führten schon in der von der örtlichen Militärregierung eingesetzten Stadtverordnetenversammlung nach der Wahl des Sozialdemokraten Heinrich Crämer am 25. 2. 1946 zum Oberbürgermeister, daß dieser in der Sitzung vom 21. 3. 1946 eine pro-

grammatische Erklärung abgab (Anlage 14).

Angesichts der "Oberhoheit" der Besatzungsmächte, vor allem des örtlichen Vorranges der Militärregierung in allen lebenspraktischen Bedürfnissen der Bevölkerung, blieb den neuen Parteien zunächst die Aufgabe, an der Grundlegung einer demokratischen Haltung der Deutschen zu arbeiten.

Für die Vorformung zukünftiger Einflußnahme boten sich besonders die ersten freien und geheimen Wahlen nach dem Nationalsozialismus an, die im Herbst 1946 in den Gemeinden abgehalten wurden.

Die Rückbesinnung auf alte Traditionen

Der Erste Mai, der Feiertag der Arbeit, der in der Weimarer Zeit im wesentlichen nur die Parteien demokratischer Grundhaltung angesprochen hatte, wurde 1946 - nach den "Maifeiern" der Nazis - wieder in seiner alten Form begangen. Die Militärregierung bereitete entsprechend dieser Bedeutung besondere "Maßnahmen" für ihn vor.

Eine Empfehlung des Deutschen Zonenbeirates, eine ihm entsprechende Entscheidung der Kontrollkommission und die praktischen Ausführungsanweisungen der Militärregierung wurden allen zugelassenen Parteien und den Gewerkschaften bekanntgegeben. In Herne wurden in Sodingen in der Wirtschaft Kramer, in Baukau in der Wirtschaft Mallwitz und in Herne Mitte im Volkshaus am Abend öffentliche Feiern abgehalten mit Musik, Gesang, Rezitationen und Ansprachen (Anlage 15).

Die Stadtverordnetenversammlung unter Oberaufsicht der Besatzung

Die erste öffentliche Betätigung der von der Militärregierung zugelassenen Parteien gestaltete sich in den Ratsversammlungen der Städte als Beteiligung an der Verantwortung der Militärregierung. Bereits am 10. April 1945, einen Tag nach der Besetzung Wanne-Eickels, hatte die örtliche Militärregierung zunächst Karl Neuhaus und nach dessen Rücktritt am 24. Juli Wilhelm Jacobi zum Oberbürgermeister und im Juni Mathias Kapala zum

Stadtvertretung Wanne-Eickel verpflichtet

In der ersten Sitzung wurden noch keine Beschlüsse gefaßt

Am 4. Dezember wurde in Wanne-Eickel die erste Stadtvertreterversammlung eröffnet. Anwesend waren Major Fox, Stadtkommandant, Oberbürgermeister Jacobi, Regierungspräsident Fries, Bürgermeister Kapala, Wohlfahrtsdirektor Hockerts, Dolmetscher Rado.

Die Stadtverordneten: Karl Neuhaus, Dr. Wilhelm Schäfer, Dr. Alfons Ostermann, Alois Lüning, Karl Rösener, Willi Stimm, Fritz Stratenhoff, Franz Hruska, Heinrich Bögel, Bernhard Hackforth, Wilhelm Kappellen, Paul Nickel, Gustav Drosdat, Wilhelm Heimüller, Johann Hüppmeier, Fritz Sauer, Edmund Weber, Fritz Brader, Viktoria Cieslack, Elisabeth Abraham, Wilhelm Mackenbrock, Wilhelm Heitkamp, Franz Rzeznik, Nikolaus Bürschinger.

In einer Ansprache zählte Major Fox u. a. die Ziele einer Anweisung auf, die der Oberstkommandierende bezüglich der Selbstverwaltung gab: Die Demokratisierung der örtlichen Selbstverwaltungen und aller Kräfte von den höchsten Stellen bis auf die niederen, um dem einfachen deutschen Staatsbürger das größtmögliche Recht zu Mitsprache bei der Selbstverwaltung zu geben. Dabei müssen allerdings einige Einschränkungen gemacht werden, um die Sicherheit der alliierten Besatzungstruppen

zu garantieren, alle Spuren des nazistischen Regimes oder eines anderen artverwandten Regimes zu entfernen, und die Sicherheit unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Die Stadtvertreter müssen ferner ohne einen Gedanken an ihre Parteien oder sonstige selbsttätige Zwecke zu den Sitzungen erscheinen.

Dann stellte Oberbürgermeister Jacobi die Entwicklung der heutigen Zeit unter das Motto: „Gemeindearbeit im Zeichen der Demokratie.“ Um das Fundament zu dieser Demokratie zu setzen, sei Zeit und guter Wille erforderlich.

Regierungspräsident Fries stellte zwei Aufgaben der neuen Stadtvertretung heraus: Das Recht, zu beschließen und Wissen-äußerungen kundzutun. Daneben müssen jedoch an erster Stelle die Befehle der Militärregierung zur Ausführung gebracht werden.

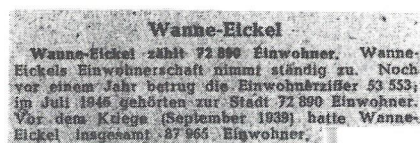
Dann verpflichteten sich alle Mitglieder der Stadtvertretung geschlossen durch Handschlag dem Oberbürgermeister.

Nach einer weiteren Ansprache des Herrn Majors Fox wurde die Versammlung auf Vorschlag des Regierungspräsidenten geschlossen, ohne weitere Beschlüsse zu fassen. Dies wurde für die nächste Sitzung vorgesehen.

Ruhrzeitung vom 12. Dezember 1945



Westfälische Rundschau vom 4. Mai 1946



Westfälische Rundschau vom 3. August 1946



Auch die politische Jugend organisierte sich. Eine Bundeskonferenz der Falken fand im Jahre 1948 in Herne statt. Mit dabei Heinz Westphal (obere Tischreihe, dritter von links). Der langjährige Herner Bundestagsabgeordnete stellte auf dieser Konferenz das neuerarbeitete Jugendpolitische Programm der Sozialistischen Jugend die Falken vor.

Herne

**1. Bezirkstreffen der Soz. Jugend
„Die Falken“**

Zum 1. Bezirkstreffen der Soz. Jugend „Die Falken“ treffen die Teilnehmer heute, Sonnabend, so rechtzeitig auf den bekanntgegebenen Sammelplätzen ein, daß sie um 20.30 Uhr gemeinschaftlich zum Schützenplatz gehen, um an der Sonnenwendfeier teilzunehmen. Während des Abrennens des Sonnenwendfeuers werden neben Musikvorträgen auch Rezitationen und Tänze von der Jugend selbst dargeboten. Ernst Arndts (Dortmund) wird die Feuerrede halten. — Am Sonntag finden um 10 Uhr im Volkshaus, in der

Westfälische Rundschau vom 21. Juni 1947

Herne

Frauenkundgebung im Herner Volkshaus. In einer großen öffentlichen Frauenversammlung der SPD sprach Frau Kirschbaum-Riedel, Düsseldorf, über die Bedeutung der Wahlen für die Frauen. Sie forderte vor allen Dingen mehr Mitarbeit der Frauen in den Stadtparlamenten.

Westfälische Rundschau vom 28. September 1946

Bürgermeister bestellt. Zusätzlich ordnete die Militärregierung schon bald die Berufung von Vertretern der Bevölkerung an: aus den unbelasteten politischen Parteien, den verschiedenen Konfessionen und aus dem Wirtschaftsleben der Gemeinde. Der zweite Schritt zu einer demokratischen Gemeindeverwaltung war die Ernennung von Stadtvertretungen. Die nach langatmigen Vorverhandlungen der Verwaltung und auch des Vertrauensausschusses mit der Militärregierung endlich genehmigte Stadtvertretung, bestehend aus 27 Mitgliedern, fand sich erstmalig am 4. Dezember 1945 im Sitzungssaal des Rathauses unter Vorsitz von Oberbürgermeister Jacobi im Beisein des Kreiskommandanten Major Fox und des Regierungspräsidenten Fries zu einer Sitzung zusammen. Am 5. März 1946 wurde Oberbürgermeister Jacobi aufgrund einer Militärregierungsverordnung zum Oberstadtdirektor bestellt (Zweigliedrigkeit). Zum Oberbürgermeister wurde dann der Stadtvertreter Wilhelm Heimüller (KPD), zu seinem Stellvertreter Edmund Weber gewählt.

Kennzeichnend für diese eingeschränkte Mitverantwortung ist, daß in der ersten Sitzung vom 12. Dezember 1945 die ernannten Ratsmitglieder in Herne nicht nur vom eingesetzten Oberbürgermeister durch Handschlag verpflichtet wurden, sondern auch durch den Vertreter der Militärregierung. Im Protokoll der Sitzung wird dazu ausdrücklich vermerkt (S.5):

"Gleichzeitig durch Handschlag verpflichtete Major Elliot die Ratsherren im Namen der Militärregierung".

Auszüge aus der Eröffnungsansprache des Kommandanten:

"Die Geschichte hat schon oft bewiesen, daß Diktatur Krieg bedeutet. Das Volk will im allgemeinen keinen Krieg, und die einzige Weise, durch die der Wille des Volkes Ausdruck finden kann, ist durch Demokratie. Sie sind nun während zwölf Jahren von einer Diktatur regiert worden. Eine große Anzahl von Ihnen, diejenigen, welche alt genug sind, um sich der Tage vor 1933 zu erinnern, haben die Demokratie fast vergessen, und andere sind vielleicht sogar zu jung, um die Bedeutung von Demokratie gekannt zu haben. Das Ziel dieses Ganzen ist deshalb, Sie zurück auf die Wege der Demokratie und so auch auf die Wege des

Friedens zu führen. Das Endziel wird sein, daß die Politik geplant wird von den gewählten Vertretern des Volkes, welches selbst die endgültige Verantwortlichkeit trägt (obwohl alles der Kontrolle der Militärregierung unterliegt), daß der Berufsbeamte mit der Ausführung der Politik betraut wird. Sie, die daran mithelfen, das Schicksal Ihres Volkes zu gestalten, ob es hier nun eine Militärregierung gibt oder nicht, sind nicht diejenigen, die in diesem Kreis regieren. Sie müssen vielmehr sich selbst betrachten als die Diener des Volkes, dessen Interessen Sie hier zu vertreten haben ... Sie alle, auch der Oberbürgermeister, sind nur zeitweilig ernannt, und die Militärregierung behält sich das Recht vor, zu jeder Zeit zu entlassen oder zu ernennen. Die Verwaltungsbeamten, welche es zu ernennen geben wird, müssen von Ihnen ausgewählt werden, aber natürlich hat die Militärregierung ein Veto-Recht über Ihre Wahl... Die Britischen Behörden werden gegenüber der deutschen Bevölkerung mehr und mehr die Rolle einer führenden Hand spielen, und auch die eines Berufungsgerichtes, um dafür zu sorgen, daß Recht geschieht, wenn Beschwerden vorgebracht werden...".

In der zweiten Ratsversammlung am 11. Februar 1946 waren die Mitglieder der zugelassenen politischen Parteien in gleicher Zahl ernannt. Zu den je 11 Parteivertretern kamen noch 5 Vertreter der Wirtschaft, so daß der Ratsversammlung 38 Mitglieder angehörten.

Die Mitglieder der SPD waren: Robert Brauner, Heinrich Crämer, Hubert Emmerich, Paul Falke, Wilhelm Fest, Auguste Junge, Josef Pillmann, Ludwig Reitz, Paul Reppel, Wilhelm Schädel, Karl Zeissler und Walter Hölkeskamp als Vertreter der Wirtschaft. In dieser Sitzung des ernannten Rates der Stadt Herne umschrieb der aus England zurückgekehrte ständige Kreiskommandant eingehend die dem Rat gesetzten Aufgaben. Er hob hervor, daß die allgemeinen Richtlinien von den oberen Stellen der Militärregierung erlassen würden, daß es aber dem Rat überlassen bleibe, "sie so auszufüllen, wie es die örtlichen Verhältnisse bedingen".

Im Blick auf die angekündigten künftigen Wahlen zur Ratsversammlung war es natürlich bedeutungsvoll, daß trotz aller "Oberhoheit" der Militärregierung die



Herne, in der Nachkriegszeit "Goldene Stadt" genannt, weil die Innenstadt fast unzerstört war, übte eine große Anziehungskraft als Einkaufs- und Gastronomiezentrum für die Menschen aus den Nachbarstädten aus. Im Foto: Die Bahnhofstraße in Höhe der Sparkassen-Geschäftsstelle City.

SPD-Kundgebung in Wanne-Eickel

Aufgaben und Forderungen der Sozialdemokratischen Partei bei der Neugestaltung Deutschlands war das Thema, welches Ernst Schlotz, Bochum, in einer öffentlichen Kundgebung im Ortsteil Röhlinghausen behandelte.

Westfälische Rundschau vom 24. Juli 1946

An die
C.I.C.
Herne.

Telefon 502 37

Bericht der Sozialdemokratischen Partei über die am Sonntag, den 26. Mai, abgehaltene Mitgliederversammlung der 3 Ortsgruppen Herne-Ost, -West und -Süd.

Im Volkshaus erstattete ^{vor} 150 Mitgliedern der Parteisekretär Schönewolf den Bericht über den Zonensparteitag in Hannover.

Parteitage sind der deutschen Sozialdemokratischen Partei schon immer Meilensteine und darüber hinaus zukunftsweisend und Richtschnur für die zukünftige Arbeit gewesen. Der I. Parteitag nach der Kapitulation des 3. Reiches war die Krönung einer einjährigen Wiederaufbauarbeit der Sozialdemokratischen Partei. Der I. Parteitag wurde zu einem leidenschaftlichen Bekenntnis für ein demokratisches und sozialistisches Deutschland in einem befreiten Europa.

Alle Probleme der Sicherheit, der Abrüstung und Internationalisierung wurden dabei eingehend besprochen. Deutschland ohne Rhein und Ruhr ist eine Gefahr für die Lebensgrundlage unseres Volkes.

Wir Sozialdemokraten sind uns darüber klar, dass die wirtschaftlichen Kräfte des Ruhrgebiets zur Wiedergutmachung des zerstörten Europas mit herangezogen werden müssen, erwarten aber, dass man uns den Aufbau einer Friedenswirtschaft gestattet, damit unser Volk leben kann.

Für den Grossgrundbesitz ist in Deutschland kein Platz mehr. An seine Stelle müssen ordentlich geführte Bauernwirtschaften treten, die eine Steigerung der Bodenerzeugnisse gewährleisten.

Der Grossgrundbesitz ist in Deutschland die Grundlage für den Militarismus gewesen, den gilt es, für immer die Voraussetzung dazu zu nehmen.

Die Bodenreform ist darüber hinaus eine wirksame Hilfe für all die Millionen Flüchtlinge aus dem Osten und Südosten.

Die sich im Neuaufbau befindliche Polizei in der Westzone erfüllt die Sozialdemokratische Partei mit grosser Besorgnis, so sagte der Gen. Schumacher. Wenn es bei der jetzigen Methode bleibt, bekümmen wir den Kern einer neuen Schwarzen Reichwehr.

Die Einheitsfront im Osten ist eine gewaltsame Verbindung mit Hilfe einer fremden Macht. Auch unsere Genossen im Osten wollen Demokratie, aber man erlaubt es ihnen nicht.

Die deutsche Wirtschaft ist nur noch kurze Zeit lebensfähig, wenn man ihr keine Hilfe von aussen in Form von Rohstoffen zuführt.

Der Kohlenexport muss vorübergehend abgestoppt werden, um unsere eigene Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Das deutsche Volk braucht eine Lebensmöglichkeit, wenn es nicht zwangsläufig zu Gegnern des Friedens werden soll.

Wir wissen, dass im Auslande Misstrauen gegenüber Deutschland besteht und wir verstehen dieses, glauben aber nicht, dass auf dieser Grundlage eine schöpferische Politik getrieben werden kann.

Wir erwarten, dass man uns als Antifaschisten Vertrauen entgegenbringt, um ein wahrhaft demokratisches und sozialistisches Deutschland aufbauen zu können.

Die Partei ist fundamentierte und hat ihre Bestätigung in Hannover gefunden. Jetzt treten wir in die zweite Phase unserer Arbeit, in den Aufbau.

Mit einem Appell an die Mitglieder, sich weiter tatkräftig für den Neuaufbau Deutschlands einzutreten, konnte die Versammlung gegen 12,00 Uhr beendet werden.

Sch.

örtlichen Parteien sich der Bevölkerung gegenüber in ihren politischen programmatischen Aussagen als sachkundig für die kommunale Tagespolitik ausweisen. Angesichts der großen Not, die in jenen Tagen in allen Lebensbereichen den Weg zur Demokratie bedrohte, ergab sich für die SPD auf der örtlichen Ebene eine eigene politische Handlungsorientierung, wie sie andere Parteien aus ihrer Geschichte nicht aufweisen konnten.

Der SPD-Parteitag in Hannover mit Herner Beteiligung

Die SPD konnte unter den geschilderten Voraussetzungen aus den angekündigten Wahlen eine entscheidende Zustimmung der Bevölkerung erwarten. Von dieser Einschätzung gingen auch die Erörterungen des ersten Parteitages der SPD in Hannover vom 9. - 11. Mai 1946 aus, der mit Dr. Kurt Schumacher feststellte: "Die sozialdemokratische Partei wird der entscheidende Faktor Deutschlands sein." Auch der Herner Stadtverband nahm an diesem Parteitag durch Delegierte teil. In einer Mitgliederversammlung der drei Ortsgruppen Herne-Ost, -West und -Süd und des Stadtverbandes Wanne-Eickel am 25. Mai im Saal Schulte-Berge berichtete anschließend Parteisekretär Erich Schönewolf eingehend über den Parteitag und seine Bedeutung für die künftige Arbeit. Er mußte der Militärregierung darüber einen Versammlungsbericht vorlegen, der im Original abgebildet ist. Solche drückende Abhängigkeit, verbunden mit einer heute kaum vorstellbaren Erniedrigung für jeden Einzelnen, hatten auch den Vorsitzenden des Parteitages Henssler veranlaßt, seinen Dankworten an die Genossen aus England und Frankreich folgendes anzufügen: "Uns macht nicht die Größe unserer Aufgaben Sorge, uns macht Sorge, daß man uns nicht arbeiten läßt. Das bitte ich auch unseren Freunden mitzuteilen, damit sie von ihrer Stelle aus mitwirken, damit wir wirklich zur Arbeit kommen." Gegenüber der Beschränkung politischer Arbeitsmöglichkeiten konnten von den ersten freien Wahlen besondere Impulse, verbunden mit der neuen Legitimation der Gewählten, erwartet werden.

Freie Kommunalwahlen - der erste Schritt zur Demokratie

Die im Sommer 1946 einsetzenden Vorbereitungen zur Gemeindewahl für den 13. Oktober 1946 führten bei der Herner und Wanne-Eickeler SPD Herne zu zahlreichen Aktivitäten. Zwar bestanden gegenüber dem in der britischen Zone durch besondere Verordnungen angesetzten Mehrheitswahlrecht große Bedenken, auch wurden in der Ratsversammlung in Herne vom 22. Juli 1946 Bedenken geäußert, daß "die Methoden zur Ermittlung der Kandidaten die Möglichkeiten offen ließen, daß große Teile von Minderheiten unberücksichtigt blieben". Ein Antrag der KPD, "das Wahlgesetz als undemokratisch und reaktionär abzulehnen", wurde im Blick auf die Gesetzeskraft der erlassenen Verordnungen jedoch abgelehnt.

Die mit den Wahlen gebotene Möglichkeit zum Aufbau der Partei und darüber hinaus zur Entwicklung eigener politischer Verantwortungen, war für die Ablehnung entscheidend. Hinzu kam die Notwendigkeit einer baldigen Neuordnung der Kräfte der neuen Gewerkschaften zum Aufbau von Betriebsvertretungen und Formen der Mitbestimmung, um auch hier gegenüber der Besatzung Geltung zu erlangen. In Hannover hatte Dr. Kurt Schumacher zur Gewerkschaftsfrage erklärt: "Wir brauchen mutige Gewerkschaften, mutig nicht nur gegenüber dem deutschen Publikum, sondern auch gegenüber den Besatzungsbehörden. Stärker als bisher müssen die Gewerkschaften das Wort ergreifen für die Bergarbeiter".

Und Hans Böckler zum gleichen Thema: "Planwirtschaft im demokratischen Staat, ausmündend im Sozialismus, das ist das Ziel künftiger Gewerkschaftsarbeit. Ein anderes kann nach unserem Dafürhalten nicht sein, und wenn ich sage, nach unserem Dafürhalten, so meine ich damit die Gesamtheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer. Gesamtheit bedeutet Einschluß auch derer, die ehemals in einem anderen als dem freigewerkschaftlichen Lager gestanden haben, also Einschluß der christlichen, der Hirsch-Dunkerschen und sonst gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer".

Als Form einer solchen neuen Gemeinsamkeit war in Herne unter dem Eindruck



Die Vereidigung der Herner Beamten, von denen CDU-Oberbürgermeister Kleine offensichtlich keine gute Meinung hatte (siehe Zeitungsausschnitt unten).

WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU

Schwierige Ernährungslage in Herne Herner Stadtverordnete erhalten ein anschauliches Bild von der derzeitigen Ernährungslage

Oberbürgermeister Kleine entwarf zu Beginn der Stadtverordnetensitzung ein anschauliches Bild von der derzeitigen Ernährungslage, wie sie düsterer nicht geschildert werden kann. Seit Wochen stünden Schlangen vor den Brotläden. Wenn schon zu Beginn der 97. Zuteilungsperiode Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung auftraten, so wuchsen sich diese in der laufenden Periode zu einer Katastrophe aus. Infolge Frostschäden behinderte starker Waggonmangel die rechtzeitige Heranbringung ausreichender Lebensmittel; hinzu kam noch der Ausfall zahlreicher Lokomotiven, so daß versucht werden mußte, den Transport mittels LKW zu bewältigen, was aber nur zum Teil gelungen sei.

Allein an Nahrungsmitteln habe sich der Rückstand bereits auf 390 Tonnen erhöht, während die Brotversorgung für die laufende Woche gesichert sei. Die festgesetzten Rationen von 1550 Kalorien sind nicht erreicht worden, im Höchstfalle hätten die vorausgabten Lebensmittel einen Wert von 1000 Kalorien. Die Kartoffellage sei ebenfalls schlecht.

Bisher seien 10 800 Personen ohne Einkellerungskartoffeln geblieben, so daß auch hier ein Rückstand von 278 Tonnen festgestellt werden konnte.

Zu all den Nöten um die Beschaffung der Lebensmittel treten in diesem harten Winter noch die Sorgen um das Brennmaterial. Er habe versucht, bei den Bergleuten der Herner Schachtanlagen ein Opfer von 5 Zentner Deputatkohlen pro Bergmann zu erwirken, um den Bedürftigsten helfen zu können. Diese Bemühungen seien jedoch ohne Erfolg geblieben. Die Hoffnung, aus einer erwartenden Mehrförderung größere Zuweisungen zu erhalten, lasse auch die jetzige Notlage ertragen. Es sei aber Pflicht der Sieger, die Bewohner des besetzten Gebietes mit ausreichenden Lebensmitteln zu versorgen, sonst solle man das deutsche Volk selbst die Verantwortung über die Produktion überlassen. Weiter führte Oberbürgermeister Kleine aus, daß eine Deputation von der Zeche „Friedrich der Große“ bei ihm vorstellig wurde, um ihm von den Nöten der Bevölkerung, wie er sie soeben geschildert habe, zu berichten. Abschließend verlas er eine

Entschlebung, die von der CDU eingebracht worden war, und deren Inhalt sich mit seinem Vortrag deckte.

Stadtverordneter Wagner (KPD) polemisierte in längeren Ausführungen gegen die programmatische Rede des Oberbürgermeisters Kleine, die dieser anlässlich seiner Amtsübernahme vor dem Stadtverordnetenkollegium abgab. Die Zustimmung eines jeden ehrlichen Demokraten habe er bestimmt zu erwarten, wenn er beabsichtige, die noch auf dem Rathaus sitzenden Nazis zu entfernen. Fachliche Schulung lasse sich erwerben, wenn sonst die charakteristischen Voraussetzungen vorhanden seien.

Mit großer Entschiedenheit legte Crämer (SPD) dagegen Verwahrung ein, die Männer als „Schlacken“ zu bezeichnen, die in der Stadt größter Not unter Hintanstellung persönlicher Sorgen, sich sofort bereitgefunden haben, für Ruhe und Ordnung in der Stadt sich einzusetzen. Die neuen Demokraten jedoch müßten ihre demokratische Gesinnung noch unter Beweis stellen.

Für ein sauberes, pünktliches und höfliches Berufsbeamtenum setzte sich Weiß (CDU) ein. Ein ausgeglichenes Berufsbeamtenum müsse wieder zum Rechte kommen. Wir sind keine Demagogen, sondern reine Demokraten, betonte er abschließend.

Zum Abschluß der Debatte erklärte Oberbürgermeister Kleine, daß er nicht daran gedacht habe, fähige Leute herauszusetzen. Den KZ-Häftlingen bringe er alle Achtung und Anerkennung entgegen. Genehmigung fanden die Urkunden der Ausschüsse für Ernährung, Wirtschaft, Kultur und Bildung, Handel, Industrie und Gewerbe. Die Ueberschreitung des Verwaltungskostenvoranschlags 1946 der Sparkasse der Stadt Herne wurde genehmigt. Ebenfalls genehmigt wurde der Verwaltungskostenvoranschlag 1947 der Sparkasse der Stadt Herne in Höhe von 256 571,— RM.

Auf Anordnung der Militärregierung untersteht die Polizei der Landesregierung. Ein zu bildender Ausschuss, aus 15 Mitgliedern bestehend, habe alle die Polizei betreffenden Fragen zu regeln. Als Hernes Vertreter wurden Stadtkämmerer Hölkeskamp und Stadtverordneter Wehrenbrecht gewählt.



Die führenden Herner Sozialdemokraten in der Nachkriegszeit: v.l. Heinrich Krämer, Ludwig Erdmann, Karl Hölkeskamp.

Nominierung der Herner Kandidaten

In einer Versammlung des Stadtverbandes Herne verlas Oberbürgermeister Krämer die Liste der Kandidaten für das neuwählende Stadtparlament, die eine Auslese der Besten aus den einzelnen Ortsgruppen darstellt. Es sei bedauerlich, daß die bekanntesten Genossen wegen ihrer Stellung bei den Behörden nicht in Vorschlag gebracht werden können. Er glaube aber, mit diesen Kandidaten diejenigen Parteimitglieder in die kommunalpolitische Arbeit zu bringen, die auf Grund ihrer sozialistischen Bewährung und kommunalpolitischen Fähigkeiten die ihnen zugewiesenen Arbeiten voll erfüllen werden. Das deutsche Volk habe zu beweisen, daß es nach bitteren Erfahrungen der letzten 12 Jahre politisch reif geworden ist und sich eindeutig zur Politik der SPD, als der Trägerin sozialistischen Willens und demokratischer Tradition, bekennen wird. Ein Antrag, bei Kontrollen der Bauernhöfe alles nicht angegebene Vieh zugunsten der Bevölkerung zu beschlagnahmen,

Westfälische Rundschau vom 24. Juli 1946

der allgemeinen Not des Tages bereits im Herbst 1945 eine örtliche Handlungsgemeinschaft der politischen Parteien, der Gewerkschaften, der Stadtverwaltung und des Arbeitsamtes entstanden. Es wurde ein gemeinsamer "Aufruf an die werktätige Bevölkerung der Stadt Herne" (22. September 1945) und ein "Aufruf an die Herner zur Selbsthilfe" veröffentlicht.

Vor diesem Hintergrund gaben die ersten freien Gemeindewahlen die Möglichkeit zur öffentlichen Meinungsbildung über die deutschen Zukunftsaspekte. Aus den Themen der Wahlversammlungen allein ergibt sich das Bild eines breit angelegten Bemühens um demokratische Formen neuer deutscher Eigenverantwortung. Immer noch mußte jedoch die Billigung der Militärregierung zu den einzelnen Versammlungen und Kundgebungen eingeholt werden, ebenso zu den Texten von Werbeprojektionen in Kinos. Auch Papier für Wahlzwecke mußte erst bewilligt werden. Der Stadtverband der SPD Herne hielt Kundgebungen in den einzelnen Ortsgruppen und im Stadtverband ab, zu denen viele überörtlich auch aus der Weimarer Zeit bekannte Politiker kamen. Im Juli 1946 hatten die Veranstaltungen folgende Themen: Die Sozialdemokratie und ihre Aufgaben, Die Sozialdemokratie, die Trägerin des sozialen Aufbaues und der Kultur, Die Frauen geht es an (Anlage 16). Einen Monat später fand eine große Kundgebung (4. August) mit Karl Severing aus Bielefeld vor dem Rathaus in Herne statt. Es war beabsichtigt, aus allen Stadtteilen Marschsäulen zum Rathaus kommen zu lassen, eine Genehmigung wurde dazu aber nicht gegeben. In einem Brief der Militärregierung vom 31. Juli 1946 wurde dargelegt, daß eine Genehmigung "lediglich für die Gewerkschaftsdemonstration am 1. Mai gegeben worden sei"..."es werde nicht als wünschenswert betrachtet, im Augenblick politische Aufmärsche zu fördern." Im August wurden noch zehn weitere Ortsgruppenversammlungen abgehalten; u.a. eine Versammlung mit Heinrich Imig aus Castrop-Rauxel, dem späteren Vorsitzenden der Bergarbeiter-Gewerkschaft, mit dem Thema: "Die ersten freien Wahlen und ihre Bedeutung für die heutige Zeit". Im September wurde vom Stadtverband eine öffentliche Kundgebung im Volkshaus abgehalten, mit dem Referen-

ten Jacobi aus Iserlohn, der später Staatskommissar zur Bekämpfung von Korruption und Mißwirtschaft in Nordrhein-Westfalen war (Anlage 17). Es fanden 11 weitere Ortsgruppenveranstaltungen in diesem Monat statt. Im darauffolgenden Monat wurden bis zum 11. Oktober - zwei Tage vor der Wahl - eine Stadtverbandskundgebung und 11 Ortsgruppenkundgebungen durchgeführt. Einen Tag vor der Wahl, also am 12. Oktober, fand am Vormittag eine Veranstaltung in der Lichtburg mit dem damaligen Bürgermeister Grobe aus Hattingen statt. Am Nachmittag fand dann im Volkshaus eine Kundgebung mit dem damaligen nordrhein-westfälischen Arbeitsminister Halfell zum Thema "Die Sozialdemokratie und die Wahlen" statt.



Die Wanne-Eickeler Hauptstraße

Ernüchternde Wahlergebnisse für die Herner und Wanne-Eickeler SPD

Die Ergebnisse der Wahl vom 13. Oktober 1946 in Herne:

| | |
|-----|---------------------------|
| SPD | 52 453 Stimmen - 14 Sitze |
| CDU | 55 189 Stimmen - 19 Sitze |
| KPD | 23 927 Stimmen - 2 Sitze |
| FDP | 6 949 Stimmen - 1 Sitz |

in Wanne-Eickel:

| | |
|-----|---------------------------|
| SPD | 40 048 Stimmen - 12 Sitze |
| CDU | 44 339 Stimmen - 18 Sitze |
| KPD | 22 099 Stimmen - 3 Sitze |

Bei einer Einwohnerzahl der Stadt Herne von 96 279 (31. August 1946) waren wahlberechtigt 61 343 Bürger, wobei jeder drei Stimmen hatte, 1 136 Bürger waren von der Wahl aus politischen Gründen nach der Verordnung Nr. 28 (als NS-Zugehörige zu den dort aufgeführten 30 Personengruppen) oder aus sonstigen Gründen ausgeschlossen worden.

Die neugewählten Ratsmitglieder der Herner SPD waren: Heinrich Crämer, Else Drensek, Hubert Emmerich, Ludwig Erdmann, Heinrich Gaubatz, August Jonas, Karl Kramer, Wilhelm Piel, Josef Pillmann, Josef Rutjes, Auguste Sindermann, Heinrich Walter, Wilhelm Schädel, Else Zimmermann.

In der ersten Ratsversammlung am 21. 10. 1946 wurden alle Stadtverordneten durch den Militärkommandanten Oberstleut-

Oberbürgermeisterwahl in Wanne-Eickel

CDU-Kandidat gewählt / Hruska (SPD) Stellvertreter Notruf der Stadtvertretung

Im feierlich geschmückten Sitzungssaal des Rathauses fand die erste Sitzung der am 13. 10. gewählten Stadtvertreter statt. Nach Eröffnung durch Oberbürgermeister Heimiller nahm der Stadtkommandant Captain Watts die Vereidigung der neuen Mitglieder des Stadtparlaments vor. Mit den Stimmen der CDU wurde Weidmann zum Oberbürgermeister gewählt, während die Vertreter der SPD und KPD den sozialdemokratischen Fraktionsführer Hruska zum Stellvertreter wählten. Eine Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion, von dem Führer Hruska vorgetragen, wies auf

die Mängel des Wahlsystems

hin. Er führte aus: Das am 13. 10. angewandte, den Deutschen unbekanntes Wahlsystem, führte auch in Wanne-Eickel zu einem ungerechten Ausgleich der Mandate in Anbetracht der prozentual hohen Stimmabgabe für die sozialdemokratische Partei. Zweck und Ziel einer demokratischen Wahl sei, die abgegebenen Stimmen als gerechte Grundlage zur Ermittlung der daraus zu erreichenden Mandate zu nehmen.

Die Mehrheit der Mandate sei einer Minderheit zugefallen,

die dadurch die tatsächliche Mehrheit majorisiere. In einer unmißverständlichen Erklärung sagte Hruska, daß eine Vergewaltigung der tatsächlichen Mehrheit auf den entschiedenen Widerstand der sozialdemokratischen Fraktion

stoßen würde. Unter Respektierung der tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse und der gegnerischen Meinung sei die SPD-Fraktion zu jeder Zeit zur verantwortlichen Mitarbeit an der Lösung der uns alle drückenden Probleme bereit. Die Bevölkerung erwarte praktische Arbeit und keine Reden zum Fenster hinaus. Illusionslos und unter Ablehnung spießbürgerlicher Interessenpolitik erhebe die sozialdemokratische Gemeindepolitik das Volkwohl zum obersten Gesetz.

Eine im Verlauf der Sitzung von der SPD eingebrachte und einstimmig angenommene Entschließung verwies auf

die katastrophale Wirtschaftslage

und forderte von der Stadtverwaltung, den Inhalt der Entschließung der Regierung Nordrhein-Westfalen der Zentralstelle für Wirtschaft in Minden zu verbreiten. Auch Oberstadtdirektor Jacobi verließ seiner Besorgnis für den bevorstehenden Winter Ausdruck und verlas zwei Eingaben der Stadtverwaltung an das Zonenratsmitglied Fritz Henßler (Dortmund) und den Regierungspräsidenten. Zum Schluß der Sitzung wies Captain Watts auf die den neuen Stadtvertretern bevorstehenden schweren Aufgaben hin. Er betonte, daß nicht persönliche oder parteiliche, sondern nur das Gemeinwohl fördernde Beweggründe, Richtschnur und Ziel des Handelns der Stadtvertretung sein dürften und übermittelte die besten Wünsche für die Zukunft.

Westfälische Rundschau vom 26. Oktober 1946



Die Herner Bahnhofstraße.

Herne

Herne Brennpunkt des Wohnungsbedarfs. Laut Mitteilung des Regional Commissioner ist neben anderen Städten und Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen auch die Stadt Herne zum Brennpunkt des Wohnungsbedarfs erklärt worden. Dies hat nach einer Verordnung des Wiederaufbauamts zur Folge, daß der Zuzug nach Herne verboten ist.

Westfälische Rundschau vom 1. November 1947

nant Guiton in ihrem Amt vereidigt. Aus seiner Ansprache:

"An diesem Ort haben wir eine balancierte Stadtverordnetenversammlung, in der die Opposition nur zwei Sitze weniger hat als die Mehrheitspartei. Man soll nicht vergessen, daß die Opposition von 138 000 abgegebenen Stimmen 83 000 Stimmen für sich in Anspruch nimmt und so eigentlich den Willen des Volkes darstellt. Es kann daher keine Frage einer politischen Diktatur geben. Und ich brauche wohl nicht betonen, daß eine solche von der Militärregierung nicht gebilligt werden würde."

Vor der Wahl des Oberbürgermeisters und seiner beiden Stellvertreter gab die Sozialdemokratische Fraktion folgende Erklärung ab:

"Die Wahl am 13. 10. 1946 steht für die gemeindepolitische Betrachtung unter der allgemeinen Einschränkung, daß die Besatzungsmacht eine grundsätzlich eigene gemeindepolitische Entscheidung und Verantwortung deutscher Stellen noch nicht zuläßt. Dieser erste Wahlgang ist daher weniger eine Entscheidung über eine unmittelbare eigene politische Gestaltung durch die Wählerschaft, als die Herausstellung gewählter Sprecher gegenüber der Besatzungsmacht."

Der mittelbare politische Sinn dieser Wahl liegt darin, daß in der Auswahl der Gemeindevertreter die politischen Parteien sich der öffentlichen Meinung gestellt haben und die auf sie entfallenen Stimmen einen Anhalt für die Prägungskraft der Parteien abgeben. Die Feststellung, daß in der öffentlichen Meinung allgemein SPD und CDU als gleich stark erscheinen, gibt einer demokratischen Entwicklung des künftigen öffentlichen Lebens besondere Aufgaben, deren gemeinsamer Erfüllung SPD und CDU sich nicht entziehen dürfen. Eine solche Verpflichtung zu gemeinsamer demokratischer Prägung des öffentlichen Lebens wird die abgegebenen Stimmen wägen müssen als Ausdruck des Vertrauens innerhalb der Bevölkerung zu einer Partei. Bekanntermaßen hat die Bevölkerung auch nach Parteien gewählt, während die Kandidaten persönlich in den Hintergrund getreten sind. Gegenüber den auf die Parteien entfallenen Stimmen erscheint die Zahl der gewählten Gemeindevertreter unter den örtlichen Verhältnissen als eine im demokratischen Sinne wenig verständliche Zufälligkeit. SPD und KPD haben mit über

75 000 Stimmen lediglich 16 Vertreter, während die CDU bei 55 000 Stimmen die absolute Mehrheit mit 19 Vertretern hat.

Diese absolute Vertretermehrheit der CDU kann für sich nicht als inneren Auftrag aufweisen, für die Mehrheit der Bürgerschaft Entschließungen fassen zu sollen. Diese Art der Mehrheit gibt andererseits der CDU eine besondere Verantwortung für den demokratischen Aufbau des Gemeindelebens, dessen Ausgangspunkt nach unserer Auffassung nur in gemeinsamer Arbeit entsprechend der in der Stimmabgabe zum Ausdruck gelangten politischen Gruppierung der Bevölkerung liegen muß. Diese gemeinsame Arbeit setzt aber eine Mitverantwortung und Mitbestimmung der tragenden politischen Gruppen in der Gemeinde voraus und nur in dieser Weise wird eine stetige Fortentwicklung zum wirklichen demokratischen Neuaufbau unseres Volkes unternommen werden können. Diese Verpflichtung zu demokratischer Fortentwicklung des Gemeindelebens wird die SPD all ihren Entschließungen zugrunde legen. Sie glaubt, eine gleiche Bereitschaft zu demokratischer Verantwortung und Mitbestimmung bei den anderen Parteien voraussetzen zu dürfen."

In der nachfolgenden Wahl des Oberbürgermeisters wurde mit 20 Stimmen der CDU-Kandidat Kleine gewählt, während auf den SPD-Kandidaten Crämer 16 Stimmen entfielen. Zum ersten und zweiten Stellvertreter des Oberbürgermeisters wurden ebenfalls CDU-Kandidaten gewählt.

In der Wanne-Eickeler Ratssitzung am 22. Oktober 1946 wurden Heinrich Weidmann (CDU) zum Oberbürgermeister und Franz Hruska (SPD) zu seinem Stellvertreter gewählt; am 31. Oktober erfolgte die Wahl von 12 parlamentarischen Ausschüssen, bei denen das Schwergewicht der parlamentarischen Arbeit lag.

Keine Selbständigkeit nach den Wahlen

Nach den ersten "freien und geheimen" Wahlen in Herne lag die Verantwortung nach wie vor bei der Besatzungsmacht, die gewählten Bürgervereiter waren lediglich Sprecher gegenüber der Besatzung. Auch die Vertretung der wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der Arbeitnehmerschaft durch die bereits vor den Parteien



Im August 1946 kehren die ersten in die Tschechoslowakai evakuierten Kinder heim. Links im Bild Captain Preece vom Britischen Roten Kreuz und im Vordergrund rechts Karl Hölkeskamp, Heinrich Krämer und Ludwig Erdmann.

Herne nach den Wahlen

Die von der Herner Bevölkerung gewählten Stadtvertreter traten zu ihrer ersten Sitzung am 21. 10. 1946 in Gegenwart des englischen Stadtkommandanten, Oberst Guiton, zusammen. In seiner Begrüßungsansprache dankte Oberst Guiton dem bisherigen Oberbürgermeister Crämer (SPD) und dem Oberstadtdirektor Meyerhoff für ihre Amtsführung. Er warnte die CDU als Mehrheitspartei, unter diesen Umständen ihre Überlegenheit an Sitzen zur Frage einer politischen Diktatur zu machen. Nach diesen grundsätzlichen Ausführungen nahm Oberst Guiton die Verteidigung sämtlicher Stadtverordneten vor. Die Versammlung wählte sodann den Oberbürgermeister, der für ein Jahr der politische Repräsentant der Industrie- und Arbeiterstadt Herne sein soll. Sie wählte durch die Stimmen der CDU zum Oberbürgermeister den kaufmännischen Angestellten Hermann Kleine, zum ersten und zweiten Stellvertreter den Grubenbeamten Franz Kohlenbach und den Buchhalter Helmut Wehrenbrecht, sämtlich der CDU angehörend. Die CDU beantragte die Erhöhung der Zahl der Ausschußmitglieder von sechs auf sieben, von denen sie jeweils vier für sich beanspruchte. Den Gegenansprüchen des Abgeordneten Erdmann (SPD) vermochte sich der Stadtverordnete Weiß (CDU) zwar nicht verschließen. Die CDU-Fraktion beharrte aber schließlich auf ihrem Antrag, den sie kraft ihrer Mehrheit mit Unterstützung des einzigen Vertreters der Freien Demokratischen Partei, des Wirtes und Kaufmanns Breidenbroich annahm. Entsprechend der gezeigten Einstellung versuchte die CDU sämtliche 13 Ausschüsse mit vier Vertretern zu besetzen, wobei allerdings die CDU-Fraktion in ihrer mechanischen Abstimmungsfreude die Übersicht verlor, so daß in zwei

Ausschüssen (Wohnungsausschuß und Hauptausschuß) den Vertretern der SPD und KPD die Mehrheit mit insgesamt vier Sitzen zufiel. Um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, daß die CDU-Fraktion hier aus einem besonderen demokratischen Verständnis handelt hätte, beantragte sie, die Wahl des Hauptausschusses nochmal vorzunehmen und scheute sich auch nicht, als Handelsobjekt der KPD einen Sitz im Finanzausschuß anzubieten. Unter diesen Umständen sieht eine lediglich parteiausgerichtete Ausnutzung von zufälligen Vertretermehrheiten die Gefahr nach sich, daß die Grundlegung demokratischer Überzeugungen im Bewußtsein der Öffentlichkeit schwersten Erschütterungen ausgesetzt wird. Ueber diese grundsätzlichen Bedenken können auch nicht die bekanntermaßen allgemein vertretenen Entschließungen gegen Hunger, Not und Kälte hinwegtäuschen, auch dann nicht, wenn sie wie von der CDU als Dringlichkeitsantrag eingebracht werden.

Geschädigte Personen gesucht! Alle Personen, die von dem Kraftfahrer Helmut Overhaagen, ehemaliger Kraftfahrer der Möbelschreinerei Schoema u. Co., Herne, Schützenplatz 6, auf betrügerische Art geschädigt wurden, werden gebeten, der Kriminalpolizei in Herne, Zimmer 128, oder Herne-Sodingen, Zimmer 5, Mitteilung zu machen.

Immer noch: Schwarzmarkt am Bahnhof. Trotz zahlreicher Kontrollen und Razzien ist der Schwarzmarkt, der am und im Herner Bahnhof zu finden ist, immer noch nicht ausgerottet. Es sind zumeist arbeitsscheue Elemente, die hier ihre dunklen Geschäfte machen. Ein energisches Durchgreifen ist dringend geboten.

Westfälische Rundschau vom 23. Oktober 1946



Das frühere Amtsgericht, in dem lange Zeit die städtische Bücherei untergebracht war. Während der Nazi-Zeit hatte die SA-Standarte dieses Gebäude beschlagnahmt.

Wanne-Eickel

Zur beabsichtigten Demontage der Maschinenfabrik Knapp hat der Hauptausschuß der Stadt Wanne-Eickel eine Entschloßung angenommen, in der es u. a. heißt: Der Plan die Maschinenfabrik Knapp zu demontieren, hat in allen Kreisen große Bestürzung ausgelöst. Die Demontage dürfte für die wirtschaftlichen Belange unserer Stadt nicht ohne empfindliche Rückschläge bleiben, zumal die Produktion ausschließlich dem Bergbau gilt und das Werk als Hauptzubringer für die einheimischen und benachbarten Zechen eingeschaltet ist. Förderhaspel, Druckluftmotoren, Förderbandanlagen, Grubenlokomotiven sowie dringend benötigte Bergbaumaschinen-Ersatzteile gehören zum Produktionsprogramm. Manche Zeche des Bezirks verdankt den heutigen Stand ihrer Förderleistung der Initiative dieses Betriebes. Der Hauptausschuß bittet sämtliche zuständigen Stellen, sich bei der Militärregierung dafür zu verwenden, die beabsichtigte Demontage der Firma Maschinenfabrik Knapp zurückzunehmen.

Westfälische Rundschau vom 1. November 1947

| Zeitp. d.Zähl. | Bevölk- Zahl | Beschäftigte | | | |
|-------------------|-----------------|--------------|--------|--------|-------|
| | | insges. | Bergb. | Metall | Bau |
| Dez.1945 | 86 691 | 28 465 | 11 631 | 5 317 | 1 601 |
| Okt.1946 | 97 324 | 31 072 | 12 971 | 5 199 | 2 097 |
| Okt.1947 | 103 040 | 34 060 | 13 727 | 5 821 | 2 118 |
| Okt.1948 | 107 134 | 37 434 | 16 088 | 6 084 | 2 211 |
| Okt.1949 | 109 899 | 37 906 | 15 800 | 6 356 | 2 400 |

zugelassenen Gewerkschaften war gleichermaßen beschränkt.

Nach dem Potsdamer Abkommen sollte es sich um Vorstufen einer demokratischen Erneuerung handeln, und programmatische Vorstellungen von der künftigen Gestaltung konnten mit eingebracht werden - in den Parteien und in den Gewerkschaften. Zur damaligen Programmdiskussion Carlo Schmidt:

"Zwei Instrumente haben die Werktätigen auf ihrem Weg: Die Gewerkschaften und die Partei. In den Gewerkschaften haben sie die Waffe, mit der sie innerhalb der jeweiligen Wirtschaftsordnung schrittweise die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erkämpfen können. In der Partei haben sie die Waffe, mit der sie - über die Verbesserung der Gesetze und der Verwaltung hinaus - schrittweise die Veränderung des heute bestehenden Systems von der Wurzel her erstreiten können."

Die Gewerkschaftsbewegung in den Bergbaustädten Herne und Wanne-Eickel

Die Verbindung von Partei- und Gewerkschaftsarbeit war nach den örtlichen Verhältnissen beider Städte mit einer überwiegenden Einwohnerschaft von Arbeitnehmern von besonderer Bedeutung. Bei der damaligen Berufsstruktur der Herner und Wanne-Eickeler Bevölkerung lag das Schwergewicht bei den Bergarbeitern, mit erheblichem Abstand kamen dann die Metaller und weiter die Bauarbeiter und andere Berufsgruppen. Den Tiefstand seiner Bevölkerung hatte Herne im Januar 1945 mit 62 656 Einwohnern. Beim Einmarsch der Amerikaner im April 1945 lag die Zahl bereits bei 68 629. Im Dezember 1945 betrug sie dann 86 691 und stieg bis Ende März 1950 weiter auf 111 027 an.

Die damalige Bedeutung des Bergbaus für das Herner Wirtschaftsleben drückt sich nicht nur im Anteil der dort Beschäftigten aus; sie zeigte sich auch in den Siedlungen und sozialen Einrichtungen. Der Vorrang des Bergbaus machte Herne in jenen Jahren zur "Kohlestadt". So war es nur natürlich, daß die Gründung der Gewerkschaft "Industrieverband Bergbau" für die ganze britische Zone am 8. und 9. Dezember 1946 in Herne im großen Saal des Volkshauses stattfand.

Aus den Unterlagen über diese Gründungsversammlung sind die Ausführungen über die Organisationsfragen und die wirtschaftlichen Ziele der Bergarbeitergewerkschaft in ihrer Übereinstimmung mit den Grundsatzforderungen der SPD und mit den Grundsatzforderungen des sogenannten Ahlener Programms der CDU vom 3. Februar 1947 aufschlußreich.

Der für Nordrhein-Westfalen ernannte Wirtschaftsminister Prof. Erik Nölting berichtete von einer Arbeitsgruppe Kohle, die unter seinem Vorsitz sogenannte Engpaßprobleme für die Versorgung des Bergmannes regeln sollte. *"Hungern und Frieren stehen als Pate an der Wiege der neuen Demokratie, aber auf der Kohle basiert das ganze Wirtschaftsleben und bestimmt dessen Aktionsradius"*. Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister August Halbfell rief dazu auf, *"den gesamten Stand des arbeitenden Volkes anzuheben und damit das deutsche Volk überhaupt!"* Er wollte, daß in der Fundierung des neuen Gewerkschaftsbundes nicht nur soziale Probleme stünden, *"sondern das große wirtschaftliche Problem der Sozialisierung im Bergbau dieses Problem ist Arbeit am Wiederaufbau Deutschlands und der Welt!"*

Die Zielsetzung der Gewerkschaftsbewegung

Eine Grundsatzentschließung von nach England emigrierten Gewerkschaftern ging davon aus, daß *"nach der totalen Niederlage des Naziregimes die aktiv demokratischen Kräfte im deutschen Volke entschlossen die Voraussetzungen einer demokratischen Erneuerung Deutschlands schaffen. Dazu gehört vor allem, daß alle Deutschen sich klar werden über das Ausmaß ihrer Mitverantwortung an dieser Tragödie. Sie werden hieraus in ihrer praktischen Arbeit am demokratischen Neuaufbau Deutschlands rücksichtslos die Folgen zu ziehen haben."*

In eingehenden Darlegungen wird der Aufbau einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung von den Betriebsausschüssen über provisorische Bezirksausschüsse zum "einheitlichen Gewerkschaftsbund" umrissen, wobei Unabhängigkeit von Unternehmern, Staat und



Eine Siedlung der ehemaligen Zeche von der Heydt.

Zeche Shamrock 1/2 und Hauptverwaltung Hibernia

| | Beschäftigte | Förderung | Wohnungen |
|------|--------------|-----------|-----------|
| 1945 | 1.851 | 190 000 t | 370 |
| 1949 | 2.682 | 628 000 t | 424 |

Hibernia Hauptverwaltung

| | | |
|------|-----|-------------------------|
| 1945 | 681 | Arbeiter u. Angestellte |
| 1950 | 839 | Arbeiter u. Angestellte |

Bebauter Grund- u. Hausbes.: 1475 ha mit
4 950 Häusern und 13 646 Wohnungen

Zeche Friedrich der Große

| | Beschäftigte | Förderung |
|------|--------------|-------------|
| 1945 | 2.867 | 407 000 t |
| 1949 | 4.364 | 1 091 000 t |

Wohnungen 1948: 301 Häuser mit 1 632 Wohnungen

Zeche Julia

| | Beschäftigte | Förderung |
|------|--------------|-----------|
| 1945 | 1.511 | 173 000 t |
| 1949 | 2.294 | 577 000 t |

Werkwohnungen 1949: 736

Zeche Constantin der Große 4/5

| | Beschäftigte | Förderung |
|------|--------------|-----------|
| 1945 | 1.600 | 226 400 t |
| 1949 | 2 685 | 699 400 t |

Werkwohnungen 1949: (auch für Mont- Cenis u. Bochum) 4 132



Altmetall war das beliebteste Sammelgut der "Klüngelskerle". Offen bleibt, ob sie sich der IG Metall anschlossen, oder aber sich eher als Unternehmer fühlten.

Behörden gefordert wurde und auch keine Abhängigkeitsverhältnisse zu politischen Parteien bestehen sollte. Es wird hervorgehoben:

"Mit sozialistischen und anderen demokratischen Parteien verbindet sie die gleiche Zielsetzung: demokratische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, wirtschaftliche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit und Völkerverständigung." Die Verfasser dieser Grundsatzentschließung, unter denen sich Ludwig Rosenberg, Willi Eichler, Walter Auerbach und auch Minna Specht befanden, haben nach eigener Darstellung darüber mehrere Jahre beraten, vor allem um aus den Fehlern und Schwächen der Vergangenheit ihre Vorschläge zu entwickeln.

Parallel zu solchen Erwägungen wurde in der Gründungsversammlung des Bergarbeiterverbandes von dessen späterem Vorsitzenden August Schmidt ausgeführt, daß überall der feste Wille bestehe, Gewerkschaften nicht wieder in Gewerkschaftseinrichtungen der Vergangenheit, sondern in Form von Industrieverbänden, frei von parteipolitischer und religiöser Bindung erstehen zu lassen. Die Entwicklung bis zu den Bezirksverbänden war selbst im engeren Ruhrgebiet nicht einheitlich. Die Militärregierung drängte zunächst auf stadtkreismäßige Industrieverbände, um dann im Frühjahr 1946 die Bezirksorganisationen zu genehmigen. In alle Satzungen der jetzt bestehenden Bezirksverbände ist als einer der wichtigsten Grundsätze die parteipolitische sowie die religiöse Neutralität aufgenommen worden. *"Ohne diese parteipolitische Neutralität ist eine große, alle Arbeitnehmer umfassende Gewerkschaftsorganisation nicht existenzfähig. Sie muß bei einer parteipolitischen Bindung alsbald in ihrem inneren Widerspruch zusammenbrechen"*.

Breiter gesellschaftspolitischer Konsens

Die grundlegenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ansichten bei der Gründung des Bergarbeiterverbandes waren in weiten Bevölkerungskreisen verankert, nicht etwa nur innerhalb der Gewerkschaften und der SPD.

Auch die parteiübergreifenden wirtschaftspolitischen Gemeinsamkeiten wie sie in dem Ahlener Wirtschaftsprogramm der CDU vom 3. 2. 1947 erkennbar sind,

Industrieverband „Metall“ tagte in Herne

Mitgliederzahl im Bezirk Bochum auf 18000 angestiegen / Entschließung gegen die Stilllegung und Demontage von Industrieanlagen

In Herne fand die erste Generalversammlung des Industrieverbandes „Metall“, Bezirk Bochum, angeschlossen die Städte Herne, Recklinghausen, Wanne-Eickel und Wattenscheid statt. Anwesend waren Vertreter der Militärregierung, der Stadtverwaltungen und Arbeitsämter, sowie 227 gewählte Delegierte.

Der erste Vorsitzende W. Braumann hielt ein Referat über Organisation, Wirtschaftspolitik und Sozialversicherung. Hier im Bezirk Bochum haben sich die Schaffenden — Arbeiter und Angestellte — für den sich durch die geschichtliche Entwicklung ergebenden Industrieverband entschieden. Arbeiter und Angestellte können die schweren Gegenwartsaufgaben nur gemeinsam lösen.

Zur Frage der Ausrichtung der Wirtschaft betonte der Redner, daß den Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht in allen Organen der Industrie, Wirtschaft und Verwaltung eingeräumt werden muß. Weiter müssen sie bei der Erfassung und Verteilung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen eingeschaltet werden. Bei dem Neuaufbau der Sozialversicherung muß den Versicherten in der Verwaltung entscheidender Einfluß eingeräumt werden.

Der zweite Vorsitzende des Bezirks, W. Wagner, hielt ein Referat über die Aufgaben der Betriebsräte und Vertrauensleute im Betrieb. Das Betriebsrätegesetz hat die Aufgaben der Betriebsräte festgelegt. Die Betriebsräte müssen mehr

denn je auf der Hut sein; vor allen Dingen ist darauf zu sehen, daß die Kontrolle über die Produktion erreicht wird. Bei Einstellungen und Entlassungen ist der Betriebsrat mitbestimmend. Das Arbeitsgerichtsgesetz hat ebenfalls gegenüber der früheren Fassung grundsätzliche Änderungen erfahren. Es braucht heute z. B. der Leiter der Arbeitsgerichte und Kammern kein Jurist zu sein.

Im Geschäftsbericht gab der erste Vorsitzende Auskunft über die bisher durchgeführten Arbeiten. Die Mitgliederzahl stieg von 13 722 (am 24. März 1946) auf 18 000. Satzungsänderungen wurden nicht vorgenommen, da Anfang nächsten Jahres der Zusammenschluß sämtlicher Industrieverbände „Metall“ über die ganze britische Zone stattfinden wird. Auf dieser Tagung ist die Herausgabe einheitlicher Satzungen geplant. Der wiedergewählte Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vors.: Willi Braumann; 2. Vors.: Willi Wagner; 1. Schriftführer: Josef Borkowski; 2. Schriftführer: Max Scheidereiht; 1. Kassierer: Anton Sievers; 2. Kassierer: Wilhelm Borcherdin; Jugendobmann: Alfred Schlüchtermann.

Mehrere Entschließungen fanden Annahme die sich gegen die Stilllegung und Demontage der Industrieanlagen für gleichmäßige Verteilung von Berufskleidung und Zusatzlebensmittelkarten der Montagearbeiter, die auf Zechen beschäftigt sind, aussprechen.

Westfälische Rundschau vom 9. November 1946

haben diesen Ursprung: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert."

Gegenüber "Unternehmungen monopolartigen Charakters" wird im übrigen die Einführung eines "machtverteilenden Prinzips" vorgeschlagen, wobei unter anderem "die im Betrieb tätigen Arbeitnehmer an diesen Unternehmungen beteiligt werden sollen". Dieses Prinzip soll insbesondere im Bergbau angewendet werden, denn "monopolartigen Charakter haben Kohlenbergwerke schlechthin wegen des von ihnen geförderten, für das gesamte Volk lebenswichtigen Urproduktes".

"Vordringlich sind sie somit zu vergesellschaften".

An anderer Stelle des Programmes wird zum "Ziel aller Wirtschaft" ausgeführt: "Kohle ist das entscheidende Produkt der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Wir fordern die Vergesellschaftung der Bergwerke." Von diesen Auffassungen her ist die Ausrichtung der neuen Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaft ebenso bedeutsam wie das dort verfolgte Ziel, "die dringend gewordene Bergbaureform sofort in Angriff zu nehmen". Zur Veranschaulichung der damaligen Breite solcher Anschauungen in der Bevölkerung und der damaligen Selbstverständlichkeit ihrer Geltung und Anerkennung gibt das Wahlplakat der CDU vom Herbst 1946 "Dem Sozialismus gehört die Zukunft" Aufschluß (Anlage 18).



Die Behrensstraße. Heute fußläufig und leider mit einer Spielhalle belegt.

Herner Volkshaus wieder SPD-Besitz

Der Nazi-Spuk ging nun zu Ende

Das Herner Volkshaus wurde 1919 von der Herner Arbeiterschaft durch Selbsthilfe erbaut. Sämtliche am Bau beteiligt gewesenen Bauarbeiter, Poliere und Architekten gehörten der SPD an und haben in gemeinschaftlicher Arbeit den großen Saalbau errichtet. Die Gastwirtschaft und die anliegenden Säle gingen später aus den Händen der Familie Bomen an das Volkshaus über. August Bomen, selbst ein alter Sozialdemokrat, hatte schon in den 90er Jahren seine Gastwirtschaft für die Zusammenkünfte der SPD zur Verfügung gestellt.

In den Räumlichkeiten von August Bomen haben viele Führer der SPD des vergangenen Jahrhunderts gesprochen, einer ihrer bedeutendsten war Otto Hué, der oft bei Bomen verkehrte und viele Male durch seine zündenden Reden die in großer Menge erschienenen Bergarbeiter mitgerissen hatte.

Im März 1933 wurde das Volkshaus von den Stürmern der SA. und SS. beschlagnahmt und der Volkshauswirt Fritz Clauer herausgesetzt. Im Laufe der Jahre wurden von der Nazipartei und deren Beauftragten mehrfach die Wirte gewechselt. Schließlich wurde das Anwesen zwangsversteigert und von der Städtischen Sparkasse käuflich erworben, die es weiter an den Onkel des Nazibürgermeisters Meister, den Bäckermeister Koopmann, Recklinghausen, zum Preise von 48 000 RM. verkaufte. Das Volkshaus, nunmehr „Koopmanns Gaststätten“, wurde zur Zentrale der

Nazis. Alle großen Veranstaltungen der Braunen nahmen hier ihren Anfang. Besonders unrühmlich bekannt war der politische Kegelklub, der aus neun Pgs. sämtlich Blutordensträger, bestand.

Nun ist entsprechend einer Anordnung der Militärregierung das Volkshaus wieder an den rechtmäßigen Besitzer übergegangen und in dem Haus herrscht wieder der Wunsch nach Völkerfrieden und Völkerverständigung!

Eine Morgenteiler für heimgekehrte Soldaten veranstaltete die SPD, Stadtverband Herne, Sonntag im großen Saal des Volkshauses. Die Ansprache hatte Oberbürgermeister Geldmacher, Bochum, übernommen. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die deutsche Jugend mit der Schuld an den Geschehnissen der letzten 12 Jahre nicht belastet werden dürfe. Sie habe ihr Bestes hingegeben, sei aber von einem verbrecherischen System für dunkle Zwecke mißbraucht worden. Der verlorene Krieg habe bei der Jugend eine ganze Welt zusammenstürzen lassen. Sie wieder aufzurichten und ihr ein neues Weltbild zu geben, sei die Aufgabe der Sozialdemokratie. Rezitationen und Darbietungen des Wetzker-Orchesters umrahmten die Ansprache.

Einbrecherbande gefaßt: 14 Personen aus der Kolonie Teutoburgia und anderen Teilen Sodingens wurden wegen Einbruch diebstahl, Hehlerei und Begünstigung verhaftet. Durch diese Festnahmen wurden nicht weniger als 10 Einbrüche aufgeklärt.

Westfälische Rundschau vom 3. April 1946



Die Herner Bahnhofstraße. Damals erregte ein parkender "Brezel-Käfer" kein Aufsehen. Heute dürfte dies anders sein.

Die Jugenddelegierten der Herner Metallarbeiter traten zu einer Konferenz zusammen. Gewerkschaftssekretär Lemke hielt ein Referat über die Jugendorganisation und über die zukünftige Jugendarbeit. In den Jugendvorstand wurden gewählt Deffke, Senfleben, Böhm, Böker, Dach, Zimmermann, Koslowski und Wirth.

Westfälische Rundschau vom 25. September 1946

Anfänge betrieblicher Mitbestimmung

Aus dieser Grundauffassung der Bevölkerung ist auch zu erklären, daß in "Zuarbeit" für die Besatzungsmächte zunächst die Bemühungen um neue Betriebsverfassungen einsetzten (auch wegen der lange anhaltenden Sorgen um drohende Demontagen) und der Wunsch nach Formen der Teilhabe an betrieblichen Entscheidungsprozessen schließlich in der Montanindustrie zur Mitbestimmung führte.

Der nordrhein-westfälische Landtag faßte schon am 2. 8. 1947 einstimmig eine EntschlieÙung, in der er die Militärregierung ersucht, "die Beschlagnahme des Eigentums an der Kohlewirtschaft aufzuheben, um das Eigentum an eine von der Landesregierung zu benennende und vom Landtag zu bestätigende deutsche Treuhandverwaltung zu übertragen, damit für die Kohlewirtschaft eine gemeinwirtschaftliche Ordnung im Sinne der Regierungserklärung vom 17. Juni herbeigeführt werden kann." Der Landtag vertritt die Auffassung, daß verhindert werden muß, daß unkontrollierbare Privatinteressen auf die Kohlewirtschaft in unheilvoller Weise Einfluß nehmen." Die SPD bemühte sich früh, im Lande Nordrhein-Westfalen gegenüber monopolartigen Industrien ein Gesetz "zur Vorbereitung der Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeinwirtschaft" durchzusetzen.

Diese Entwicklung macht deutlich, wie früh in der Nachkriegszeit die großen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge in die örtlichen Ebenen und Lebensbedingungen hineinwirkten, während über die Militärregierung nur Ordnungszusammenhänge der unmittelbaren Lebensvorsorge angegangen werden konnten. Programmatische Zielvorstellungen mußten sich den kommunalen Erfordernissen unterordnen. In dieser Lage wurde die restriktive Haltung der Militärregierung immer mehr zu einer Herausforderung an die Gewerkschaften - wie auch an die Partei. Rückblickend erklärte der Leiter der Herner Geschäftsstelle des Industrieverbandes Bergau am 8. 10. 1949:

"... nach dem Einmarsch der alliierten Truppen wurden auf sämtlichen Schachtanlagen die alten Gewerkschafter aktiv.

Zuerst wurden auf den Schachtanlagen die einzelnen Betriebsgewerkschaftsgruppen gebildet und im Anschluß daran die Stadtgewerkschaft. Es ging sehr langsam vorwärts, weil die Besatzungsbehörde nur etappenweise die Bildung von Gewerkschaften zuließ. Aber der zähe Wille der alten Gewerkschafter wurde belohnt. Die Geschäftsstelle steht auf einem gut fundierten Boden, und es wird gute Arbeit geleistet. Aus der Stadtgewerkschaft entstand die heutige Geschäftsstelle. Die Mitgliederzahl der Geschäftsstelle stieg stetig, gefördert durch die intensive Arbeit der Funktionäre. Von insgesamt 7.942 Mitgliedern im Jahre 1946 stieg die Mitgliederzahl bis heute auf 15.238 Mitglieder. Entsprechend den Belegschaftsmitgliedern auf den Schachtanlagen können wir feststellen, daß in der Gruppe der Arbeiter 92,4% und in der Gruppe der Angestellten 62,9% organisiert sind."



Das Zechengelände Friedrich der Große.

Mißtrauen gegen Eisen- und Stahlindustrie verzögert Gewerkschaftsbildung

Der Neuaufbau einer Metallarbeitergewerkschaft hat sich unter weitaus größeren Schwierigkeiten vollzogen als im Bergbaubereich. Der Besatzung lag nämlich vor allem daran, soviel Kohle wie möglich zu fördern und sie ins Ausland zu bringen. In der Bevölkerung waren die knappen Zuteilungen an Kohle häufig auch Kompensationsmittel, die auf dem schwarzen Markt gehandelt wurden. Über bestimmte Bahnstrecken ging das Gerücht, die Kohlenzüge würden dort langsamer fahren, um besser Gelegenheit zum "fringsen" zu bieten.

Die Metaller standen von Anbeginn der Neuordnung vor drohenden Demontagen; ein Wiedererstarken einer deutschen Rüstungsindustrie sollte unmöglich sein. Zur Vermeidung von angedrohten Demontagen wurden von den alten SPD-Mitgliedern und Gewerkschaftern auch die besonderen Verbindungen zu einigen nach England emigrierten Genossen wahrgenommen. Die persönliche Vorarbeit alter Gewerkschafter unmittelbar nach dem Kriege erwies sich frühzeitig als die steuernde und treibende Kraft für eine grundlegende Neuordnung der Metallarbeitergewerkschaft und darüber hinaus für die allgemeine Perspektive der

Bergarbeitertagung in Horne Der Industrieverband „Bergbau“ für die britische Zone gegründet

Aus allen Bergbaugebieten der britischen Zone waren die Bergmänner nach Horne gekommen, um den jahrzehntelangen Wunsch nach der Einheitsorganisation zu verwirklichen. Der prächtig mit Tannengrün geschmückte Volkshausaal gab der Delegiertentagung der Industriegruppen „Bergbau“ am 8. und 9. Dezember den würdigen Rahmen. In großen Letzern leuchtete der Spruch: „Einigkeit macht stark!“ von der lichtüberfluteten Bühne herab. Saal und Tribüne waren voll-

besetzt, als August Schmidt (Dortmund) in seiner Eröffnungsansprache Delegierte und Gäste aufs herzlichste begrüßte. Sein besonderer Gruß galt dem Wirtschaftsminister Prof. Dr. Eric Nottinck, dem Arbeitsminister August Halbfell, dem Oberbürgermeister Kleinke, den Vertretern des Oberbergamtes, der Presse und anderen Organisationen.

In ehrenden Worten gedachte er der gefallenen und vom Naziterror gemordeten Kameraden, wobei er insbesondere der beiden Vorsitzenden der früheren Bergarbeiterverbände, Fr. Husemann und Heinrich Imbusch, gedachte.

Der Herner Volkschor leitete die Tagung mit Gesang und R. Brauner mit einer Rezitation „Der Bergarbeiter“ recht stimmungsvoll ein.

Gewerkschaftssekretär Pillaun gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß diese Tagung von den Herner Gewerkschaften ausgerichtet worden durfte. Hierbei ehrte er die beiden alten Bergarbeiterkämpfer W. Konradt und R. Luckfeld.

Bezüglich des weiteren Verlaufs der Tagung verweisen wir auf unseren Bericht im allgemeinen Teil unserer Zeitung.

Zum Abschluß der Tagung sprach der nunmehrige Verbandsvorsitzende August Schmidt allen Delegierten seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Im Namen der Delegierten sprach der Kamerad Ernst den Gastgebern, den unermüdlich wirkenden Frauen der Arbeiterwohlfahrt, die wirklich alles getan haben, die Tage des Herner Aufenthalts in bleibender Erinnerung zu halten, den herzlichsten Dank aus.

Westfälische Rundschau vom 11. Dezember 1946

1. Schüchtermann & Kremer-Baum, Aktiengesellschaft für Aufbereitung

Wagenumlaufeinrichtungen für Unter- u. Übertage, Wipper, Kohlensiebereien, Kohlenwäschen für Naß- und Trockenaufbereitung, Kokskohlemischanlagen, Transportanlagen, Kokereimaschinen, Filter- und Flotationsanlagen, Brecher- und Brikettierungsanlagen, Stahl- und Behälterkonstruktionen u.a.

Beschäftigtenstand:

| | |
|----------|-----|
| 1. 4. 45 | 507 |
| 1. 4. 46 | 383 |
| 1. 4. 50 | 657 |

2. Flottmann-Werke GmbH

Kompressoren (fahrbar u. ortsfest), Bohrhämmer, Abbauhämmer, Rutschenmotore, Rutschen u. a. Beschäftigtenstand von 1945 bis 49 zwischen 900 und 930; am 1. 4. 1950 rd. 1000.

3. Maschinenfabrik und Eisengießerei A. Beien

Maschinen für die Kohlegewinnung und Förderung, insbesondere Streb- und Steckenfördermittel, 1946 und 1947 von einem Demontagebefehl betroffen, der aber abgewendet werden konnte.

Beschäftigtenstand:

| | | |
|--------|------|---------|
| Anfang | 1946 | ca. 160 |
| Ende | 1950 | ca. 400 |

4. Gewerkschaft Dorn Schrauben- und Nietenfabrik

Außer Handelsschrauben die verschiedensten Schraubensorten für Bergbau, Eisenbahn, Schiffsbau, Brückenbau, Waggonbau usw. Beschäftigtenstand:

| | | |
|-------|------|------------------------------|
| April | 1945 | 329 Arbeiter und Angestellte |
| Sept. | 1949 | 717 " " " |
| April | 1950 | 569 " " " |

5. Westdeutsche Getriebewerke GmbH Bochum Zweigwerk Herne

Zahnradgetriebe für den allgem. Maschinenbau, Verzahnungsarbeiten für andere Firmen

Beschäftigtenstand:

| | |
|------|-----|
| 1945 | 183 |
| 1948 | 204 |
| 1950 | 260 |

6. Victor Halstrick KG, Gruben- Feld- und Industriebahnwerk

Förderwagen aller Art für den Kohlen-, Erz- und Kalibergbau

Beschäftigtenstand:

| | |
|------|-----|
| 1945 | 95 |
| 1949 | 197 |

7. Herner Herdfabrik und Eisengießerei AG

Kohlenherde, Gasgeräte und Zentralheizungsherde

Beschäftigtenstand:

| | |
|------------|-----|
| 1. 4. 1945 | 83 |
| 1. 4. 1950 | 179 |

demokratischen Entwicklung der Nachkriegsgesellschaft.

Ihre Arbeit vollzog sich relativ unabhängig von der örtlichen Militärregierung und schuf vorläufige Einrichtungen, die später dann von der Militärregierung auch offiziell bestätigt wurden. Das Ausmaß dieser Bemühungen wird in einer Übersicht der Herner Betriebe nach ihrer Fertigung und ihrer Beschäftigtenzahl von 1945 bis 1950 deutlich.

Aufbau der Gewerkschaftsorganisationen

Die von den Besatzungsmächten ausgehenden Behinderungen hebt der erste Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes, den Böckler im August 1949 herausgab, sehr eindringlich hervor: *"Man hatte nicht damit gerechnet, daß die Militärregierung in so starkem Maße auf die Gründung und Gestaltung der Gewerkschaften Einfluß nehmen würde, wie es dann tatsächlich geschah. Die Militärregierung glaubte, die Demokratie sei nur dann gewährleistet, wenn der Impuls zur Schaffung von Organisationen einzig und allein von der Arbeiterschaft im Betrieb ausgehen und daß dies nicht in irgendeiner Form zentral gesteuert werden dürfe. Es wurde also der Aufbau von unten auf, wie es die Militärregierung ausdrückte, verlangt.*

Die Geduld und der Wille der Gewerkschaftsfunktionäre wurden monatelang auf eine äußerst harte Probe gestellt. Nur dadurch, daß die Funktionäre von dem Willen beseelt waren, so schnell wie möglich neue Gewerkschaftsorganisationen aufzubauen, war es überhaupt möglich, die anfangs sehr erheblichen Schwierigkeiten zu überwinden."

Zur Wahrung des örtlichen Einflusses der Militärregierung wurde eine besondere Anordnung herausgegeben:

Die "Industrial Relation Directive Nr. 16". In vorläufiger Form war sie schon im Oktober 1945 verkündet worden. Diese Anordnung legte fest, daß in drei eingehend geregelten Phasen der örtliche Gründungsvorgang abzulaufen habe. Erst wenn die Gewerkschaften sich in der Phase III befänden und "in der ganzen Zone" eine "Anzahl von Gewerkschaften" sich entwickelt hätten, "kann es ihnen erlaubt werden, sich zu verschmelzen. Verschmelzungen werden innerhalb der

britischen Zone erlaubt." Nach den Feststellungen des DGB-Geschäftsberichtes wurden von Oktober 1945 bis März 1946 in der britischen Zone 400 Anträge auf Gründung von Gewerkschaften gestellt; sie gingen über die örtliche Militärregierung an die jeweils zuständigen Region und von dort zur übergeordneten Manpower Division.

Dieses kleinliche und umständliche Verfahren führte dazu, daß nach einer DGB-Übersicht zur Zulassung der Gewerkschaften in der britischen Zone und zum Mitgliederstand in den Regionen Nordrhein und Westfalen bis März 1946 keine Zulassungen erfolgt waren. Erst zum 31. 3. 1946 werden Zulassungen angegeben, darunter Bergbau Bochum mit 24 835 Mitgliedern und Metall Bochum mit 15 186 Mitgliedern, darin enthalten die Herner Zahlen.

Aus alten Protokollen der Ortsgruppe Herne der IG Metall ist zu entnehmen, daß am 26. März 1946 in einer "erweiterten Sitzung des Vorstandes" unter dem Vorsitzenden Wagner festgestellt wird, daß am 24. März 1946 in Bochum eine Bezirksgründungsversammlung stattgefunden hat "und auf Grund der stattgefundenen Versammlung in kurzer Zeit die eigentliche Genehmigung der Gewerkschaft eintreten wird". Kollege Lemke bemerkte, "... daß unsere Gewerkschaft in Herne auch noch nicht offiziell genehmigt sei, daß aber mit Eintreffen der Bezirksgenehmigung wir zwangsläufig mit anerkannt wären". Deutlich wird das umständliche Genehmigungsverfahren, das selbst bei der Bildung von Betriebsvertretungen eingehalten werden mußte, am Beispiel der "Westdeutschen Getriebewerke" (Anlage 19).

Das Verhältnis Gewerkschaft - Besatzungsmacht

In den schwierigen Verhältnissen des Winters 1945/46 waren die hauptsächlichen Sorgen der Menschen durch eine völlig unzureichende Ernährungslage, Kälte, Unterkunftssorgen und Ungewißheit über die künftige Entwicklung bestimmt.

Die Zulassung der Gewerkschaften bildete in diesem Rahmen eine große Hoffnung auf eine maßgebliche Mitwirkung an einer neuen deutschen



Die Zeche Unser Fritz.



Lebensmittelmarken für Bergschwerarbeiter.



Wanne-Eickeler Kinder wandern im Herner Gysenberg. Die Schüler der ersten "freien" Schule in Wanne Eickel.

Herne
SPD-Stadtverordneten-Kandidaten

In einer Stadtverbands-Mitgliederversammlung am 20. Juli wurden für die Stadtverordnetenwahlen folgende Kandidaten aufgestellt: Wahlbezirk 1: Baukau: Paul Reppel, Franz Jost, Werner Hanert. Wahlbezirk 2: Horsthausen: August Jonas, Auguste Sindermann, Karl Kramer. Wahlbezirk 3: Herne-Mitte: Paul Falke, Robert Brauner, Wilhelm Erlenberger. Wahlbezirk 4: Herne-West: Albertine Hauer, Friedrich Eisentraut, Wilhelm Schramma. Wahlbezirk 5: Herne-Süd: Friedrich Bick, Josef Böckenhäuser, Minna Schaub. Wahlbezirk 6: Herne-Altenhöfen: Elise Zimmermann, Hubert Emmerich, Josef Rutjes. Wahlbezirk 7: Herne-Ost: Heinrich Crämer, Else Drenseck, Wilhelm Schädel. Wahlbezirk 8: Sodingen: Wilhelm Rother, Ludwig Reitz, Maria Wallbraun. Wahlbezirk 9: Börnig-Heilhausen: Josef Pflmann, Karl Hilber, Wilhelm Piel. Auf der Reserveliste stehen: Ludwig Erdmann, Heinrich Walter, Heinrich Gaubartz, Kurt Schmidt, Wilhelm Lorenz, Otto Schrothmann, Gustav Kielholz, Bernhard Slusarek, Adolf Simon.

Westfälische Rundschau vom 14. August 1946

Zukunft. Während eines Treffens alter Gewerkschafter mit einer Delegation des Weltgewerkschaftsbundes am 12. Februar 1946 beklagte sich Hans Böckler, als der deutsche Sprecher, über unzulängliches Vorgehen der Militärregierung. Er hob dabei hervor, daß erst nachdem die britische Regierung Gewerkschafter als ihre zivilen Vertreter in "unser Revier" sandte, eine Besserung der Organisationsarbeiten einsetzte. Er erklärte wörtlich: "Ihnen verdanken wir es, daß wir vor Wochenfrist die vorläufige Genehmigung zur Bildung von Gewerkschaften überhaupt erhalten haben".

Böckler zur allgemeinen Lage:

"Wir erkennen dankbar die großen Beiträge an, die soviele Völker, insbesondere die angelsächsischen, für uns bisher geleistet haben; was schlimmer ist, es drückt uns in unerträglicher Weise die Ungewißheit des kommenden Morgen. Keine Kohle, kein Strom, keine Rohstoffe, kein Material. Ja, bliebe den Menschen wenigstens noch die Hoffnung. Jede Rundfunkdurchsage, jede Zeitungsnummer entmutigen weiter, erzeugen Hoffnungslosigkeit, Apathie, Lethargie, und darum organisiert es sich schlecht in einer Arbeiterschaft, die mehr und mehr zu der Auffassung kommt, als sei sie in ihrer Gesamtheit den Kapitalisten der übrigen Welt gleich Wölfen zum Fraß vorgeworfen worden... Die privatkapitalistische Raubwirtschaft insbesondere der Schwerindustrie wurde abgelöst durch ein System, das ausschließlich auf Kriegszerstörungen gerichtet war. Für unsere Sieger ein denkbar schlechtes Bild und trotzdem, das schwere Werk der Demokratisierung unseres Landes, seiner Menschen und seiner Wirtschaft, es muß getan werden und wird geschehen und mit Ihrer und der internationalen Gewerkschaftsbewegung Hilfe."

Diese von Böckler dargelegten gesellschaftspolitischen Aspekte haben auch in der örtlichen organisatorischen Arbeit eine erhebliche Rolle gespielt, wie aus den Erklärungen der Ortsgruppe Herne zum Jahresrückblick 1945 und 1946 ersichtlich ist.

Gewerkschaftsarbeit in Herne und Wanne-Eickel

In seinem Geschäftsbericht auf der Jahresgeneralversammlung am 16. März 1947 im Herner Volkshaus stellte Lemke

dar, daß die Gruppe Metall Herne die Städte Herne, Wanne-Eickel und den Stadt- und Landkreis Recklinghausen umfaßte und die Zahl der Mitglieder von 1200 im Dezember 1945 auf 5800 im März 1947 angestiegen sei. Die Zahlen für Wanne-Eickel: 420; für Recklinghausen: 935. Aus der Aufbauarbeit wird berichtet, daß in Herne 16 Betriebsräte und Delegierten-Konferenzen stattfanden, Betriebsrätewahlen durchgeführt und vorbereitet wurden, eine Betriebsrätekonferenz aller Gruppen vom FDGB (später DGB) in Herne durchgeführt wurde und Delegierte zu den Gewerkschaftskonferenzen der britischen Zone nach Hannover (12. - 14. März 1946) und nach Bielefeld (21. - 23. August 1946) geschickt wurden.

Zum Einsatz für die Aufrechterhaltung von Arbeitsplätzen wurde insbesondere berichtet, daß bei der Firma Schüchtermann Kremer Baum die Stilllegungsabsichten vereitelt werden konnten. Zu den gesellschaftspolitischen Perspektiven und Hoffnungen sagte der Vorsitzende des Bezirkes Bochum der Gruppe Metall, Braumann: "Der Grundstein für eine richtige Demokratie muß heute schon gelegt werden ... Die Wirtschaft muß jetzt demokratisiert werden. Wir verlangen, daß Betriebsräte und Gewerkschaften in allen Organisationen vertreten sind z. B. daß sie mit in die Aufsichtsräte eingebaut werden." Diese Ideen zur Demokratisierung der Wirtschaft bedurften allerdings noch der gesetzlichen Absicherung und der Billigung durch die Militärregierung.

Die erste Wahl zum Landtag von Nordrhein-Westfalen stand noch bevor, sie erfolgte am 20. April 1947. Gegenüber einer solch weittragenden EntschlieÙung durch den ernannten Landtag bestanden große Bedenken, da aus Hessen bekannt war, daß dessen Verfassungsbestimmungen zur Überführung in Gemeineigentum trotz Bestätigung durch eine Volksabstimmung von der Besatzung nicht zur Ausführung zugelassen wurden. In der Anfang 1947 einsetzenden Konzernentflechtung wurden jedoch die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften zum Teil berücksichtigt. Bei den Stahlwerken Bochum wurde der Vorsitzende der Herner Ortsgruppe Metall, Willi Wagner, zum Sozialdirektor bestellt.

1. September 1947
Bahnhofstr. 16

An die
Militärregierung
Herne.

Betr.: Monatsbericht der Sozialdemokratischen Partei,
Stadtverband Herne.

- a) Die Mitgliederzahl am 31.8.1947 beträgt : 3 753 Pers.
- b) Der Stadtverband setzt sich aus 18 Ortsgruppen zusammen:
Herne-Ost, -Mitte, -Süd, -West,
Bahnhof, Stamm, Altenhöfen, Alt,
Baukau-Ost, -Mitte, -West, Horst-
hausen, Holthausen, Börnig, Ger-
trudenplatz, Sodingen-Ost, -West,
Constantin.
- c) 10 Ortsgruppen-Mitglieder-
versammlungen.
- d) Mitgliederbeiträge und freiwillige
Spenden RM 2 293,80
Ausgaben für Gehälter, Saalmieten etc. RM 2 678,62

Der Monatsbericht der Herner SPD an die Militärregierung im Original. Das Unterschriftenkürzel stammt vom damaligen Parteisekretär Erich Schönewolf.



Partei sekretär Erich Schönewolf. Sein Schriftwechsel mit der Militärregierung ist im Original erhalten geblieben und hat wichtiges Material für die Erstellung der Geschichtsbroschüre geliefert.

6000 Männer fehlen. Bei der Volkszählung am 30. Oktober 1946 hatte Herne 87 341 Einwohner. Davon waren 44 826 männlich und 52 475 weiblich. Es waren also 7650 Frauen und Mädchen mehr vorhanden als Männer und Knaben. Vor dem Kriege, am 1. 8. 1939, hatte Herne bei 95 687 Einwohnern einen Frauenüberschuß von 1000. Es fehlen also heute im Verhältnis zur Vorkriegszeit in Herne 6500 Männer. Diese sind zum Teil noch in Gefangenschaft. Zum anderen Teil gehören sie zu den Opfern des Krieges.

Die Bevölkerungsbewegung im November. Im Monat November 1946 wurden in Herne (in Klammern die Zahlen des Vormonats) insgesamt 87 (97) Ehen geschlossen und 131 (145) Kinder geboren, davon 13 (13) oder 10 (9) Prozent unehelich. Es starben 86 (73) Personen, davon 9 (6) Kinder im ersten Lebensjahr. Im Vergleich zum Monat Oktober, der zudem einen Tag mehr zählte, war die Bilanz des Monats November also durchgehend schlechter.

Westfälische Rundschau vom 11. Dezember 1946

Innergewerkschaftlich entstand eine Auseinandersetzung darüber, ob Wagner auch weiterhin dem Gewerkschaftsvorstand angehören sollte, da er jetzt Arbeitgebervertreter sei. In seiner Erwiderung wies Wagner darauf hin, daß in einem Kreis um Böckler hierzu eine Aussprache stattgefunden habe und beschlossen worden sei, die Funktionen in den Gewerkschaften beizubehalten. Wagner wurde von der Versammlung mit 186 Stimmen gegen 96 Stimmen als Vorsitzender wiedergewählt.

Die Diskussion über die Sozialisierung der Grundstoffindustrien

Die existenzielle Bindung der Stadt Herne an den Bergbau führte zwangsläufig auch auf örtlicher Ebene zur bedeutsamen Frage nach der Zukunft der Industrie und nach neuen Formen der Verantwortung in den Grundindustrien.

Die Vorstellung der Alliierten von einem Neuaufbau der Demokratie hatte zunächst nur das Ziel einer formalen Neukonstituierung demokratischer Willensbildung in den öffentlichen Verantwortungsbereichen der Gemeinden, Städte und der neu gebildeten Länder. Neben der heute unvorstellbaren Not in allen Lebensbereichen waren auch die Sorgen um die Arbeitsplätze und die Demontagen durch alliierte Auflagen vorherrschend. Nach der Bildung der neuen Länder in der britischen Zone zeigte sich bald, daß neben der Bereitschaft zur Mitarbeit an der Bewältigung der großen Not eine eigenständige geistige Orientierung aus der Bevölkerung heraus einsetzte. In Nordrhein-Westfalen wurden insbesondere wirtschaftsdemokratische Entwicklungsmöglichkeiten diskutiert. Schon in der ersten Sitzung des ernannten Landtages vom 2. Oktober 1946 wurden in der Aussprache der ernannten Landtagsabgeordneten Überlegungen zur Einführung einer gemeinwirtschaftlichen Form der Grundstoffindustrien angestellt. Der Aussprache vorausgegangen waren die erste Regierungserklärung für das neue Land durch den ernannten Ministerpräsidenten Dr. Amelunxen und eine Ansprache des Oberbefehlshabers der britischen Zone, Sir W. Sholto Douglas. Zur Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen erklärte Douglas:

"Der heutige Tag kennzeichnet die Verleihung des Ranges eines Landes an die neue Gebietseinheit. Dieses Land wird, wie wir voraussehen, seinen Platz einnehmen unter anderen Ländern als einen der wesentlichen Bestandteile des zukünftigen deutschen Staates... Welche Regelungen auch immer in Zukunft getroffen werden mögen, für die Verwaltung und Kontrolle der Industrien des Ruhrgebietes als eine Maßnahme der Sicherheit und ein Beitrag zum Wohlergehen Europas und Deutschlands, so wird die Zusammenlegung, die ich durchgeführt habe, als eine segensreiche und wohlberatende Maßnahme bestehen."

Im zweiten Teil der ersten Landtags-sitzung, nachdem die Mitglieder der Besatzungsmächte den Landtag verlassen hatten, gab Ministerpräsident Amelunxen seine Regierungserklärung ab:

"... Wir wollen in dieser notvollen Zeit, in der wir fast alle völlig enteignet sind und zu den armen Leuten gehören, in sozialistischem Geiste unsere Arbeit leisten für das kommende geeinigte Deutschland, in dem wir hier an Rhein und Ruhr eine hohe politische, kulturelle und soziale Mission zu erfüllen haben. Wir wollen sie leisten aus der ungebrochenen Kraft christlicher Gläubigkeit, die in dem reichen geistigen Erbe unseres Landes fest verwurzelt ist, dieses Kernlandes deutscher Geschichte."

Für die SPD erklärte Görlinger als Konsequenz aus der Gesamtsituation:

"Bei der Grundstoffindustrie, der Energiewirtschaft, den Verkehrsunternehmungen, den Banken und den Versicherungsgesellschaften darf kein Wiederaufbau der privatkapitalistischen Wirtschaft erfolgen, sondern ein Neuaufbau einer öffentlichen Wirtschaft in der vielgestaltigsten Form. Die Arbeiterschaft will weder für den deutschen Privatkapitalismus, noch für das internationale Finanzkapital arbeiten. Sie verlangt mit Recht das Mitbestimmungsrecht, die Wirtschaftsdemokratie. Wir müssen endlich erreichen, daß die Gewerkschaften beim Neuaufbau der Wirtschaft so eingeschaltet werden, wie sie es als Vertreter der schaffenden Arbeit verlangen können und müssen."

In den folgenden Sitzungen des ernannten Landtages wurden noch weitere Forderungen zum Neuaufbau der deutschen Wirtschaft erhoben: In der 4. Sitzung vom 23. bis 24. Januar 1947 stand auf der Tagesordnung eine Gesetzesvorlage zur



Heinrich Crämer, Oberbürgermeister, Parteisekretär, Fraktionsvorsitzender in der Nachkriegszeit.

Gegen den unfähigen Reichsnährstand

Wanne-Eickels Stadtvertreter fordern seinen Rücktritt Mehr Arbeitskleidung notwendig

Die unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Heimlicher zusammengesetzte Stadtvertretung von Wanne-Eickel nahm Stellung zur Übernahme der Aufgaben der Stadtgemeinden sowie zu den von der Militärregierung gemachten Vorschlägen zur Neuaufteilung der Aufgabengebiete.

Grundlegend war hierbei der Gedanke, den Gemeinden einen umfassenden Anspruch auf Selbstverwaltung zu sichern. Die vom Plenums einstimmig angenommenen Vorschläge sehen u. a. vor, verschiedenen Dienststellen, die bisher von oberörtlichen Instanzen verwaltet wurden, dieser Befehlsgewalt zu entziehen und in die Verwaltung der Gemeinden zu überführen. Der Geschäftsordnung für die Stadtvertretung der Stadt wurde zugestimmt.

Die von der Sozialdemokratischen Fraktion eingereichten Anträge nahmen Stellung 1. zu den Verhältnissen an den Oberschulen und 2. zu der Ernährungslage. Stadtv. Hruschka (SPD) kritisierte einige Vorkommnisse an den Oberschulen. Er forderte, daß bei der Aufnahme neuer Schüler und Schülerinnen nicht die finanzielle und soziale Stellung des Vaters, sondern die Begabung der Aufzunehmenden entscheidend sein dürfe. Er verlangte außerdem die Entfernung aller Lernenden, die nicht die Gewähr für demokratische und tolerante Anschauungen bieten. Bei dieser Beurteilung sei auch weitgehend die politische Einstellung des Elternhauses zu berücksichtigen.

Stadtv. Stud.-Rat Dr. Schäfer (CDU) sagte eine strenge und gründliche Untersuchung dieser Angelegenheit zu und machte bekannt, daß in Verbindung mit diesen Geschehnissen bereits vier Schüler entlassen worden seien. Der Antrag wurde dann einstimmig angenommen.

Stadtv. Weber (SPD) wies zu dem zweiten Antrag der SPD darauf hin, daß die eingeführte Kürzung der Portionen eine weitere Unterernährung der städtischen Bevölkerung und somit eine Verschlimmerung des Gesundheitszustandes mit sich bringen würde. Die Mißstände in der Verteilung der Nahrungsgüter wurden besonders kritisiert und die Forderung aufgestellt, der Reichsnährstand, welcher die ihm zugewiesenen Aufgaben nicht erfüllt habe, abtreten zu lassen.

Alle Saboteure und Interessenvertreter müßten entfernt werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag der KPD, welcher eine restlose Verteilung aller gebotenen Verbrauchsgüter an die Bedürftigen forderte, wurde nach Begründung durch den Stadtv. Stratenhof angenommen. Stadtv. Rędzick (SPD) stellte in Verbindung mit diesem Antrage an den Oberbürgermeister die Anfrage, was bisher geschehen sei, um eine Mehrzuteilung an Verbrauchsgütern, vor allem Arbeitskleidung, für die hiesige Bevölkerung durch das Landeswirtschaftsamt zu erhalten. Der Oberbürgermeister antwortete, daß der Antrag der SPD aus der letzten Stadtvertreterversammlung an das Landeswirtschaftsamt weitergegeben wurde, aber noch keine Antwort eingegangen sei. Ein Antrag, persönlich am Landeswirtschaftsamt vorstellig zu werden, wurde angenommen.

Stadtv. Bögel (SPD) forderte die Stadtverwaltung auf, den Milchhändlern aufzugeben, die Milch wieder in die Häuser zu liefern. Die Stadtverwaltung sagte eine Überprüfung zu. Stadtv. Weber (SPD) bat um Aufklärung über eine Einrichtung von Kleinbetrieben in hiesiger Stadt, die überwiegend schwergeschädigten Volksgenossen Beschäftigung bieten könnten. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß im Interesse der Stadt wie auch der Allgemeinheit eine Begünstigung derartiger Kleinbetriebe nur zu empfehlen wäre.

Eine Anfrage des Stadtv. Hruschka (SPD) ob das in der Bevölkerung umlaufende Gerücht über Beschlagnahme einer Menge Lebensmittel und sonstiger Waren bei der Fa. Thüner wahr sei, wurde vom Oberbürgermeister dahingehend beantwortet, daß u. a. 3 Schinken zu je 20 Pfund, eine Portion Speck, 23 Dauerwürste, mehrere Kartons Zwieback (zum Teil von den Mäusen angegriffen), eine Portion beim Zollamt nicht angemeldeter Rauchwaren beschlagnahmt worden seien. Die Lebensmittel seien dann aber durch die Polizei — da angeblich aus eigener Schädigung herrührend — wieder freigegeben worden.

In einer nichtöffentlichen Sitzung stand die Wahl des Oberstudienrektors für die hiesigen Oberschulen zur Debatte. Nach einer kurzen Befürwortung durch den Stadtv. Henkel (CDU) und den Stadtv. Stratenhof (KPD) wurde der bisherige Leiter der Oberschule Stud.-Rat Dr. Schäfer, Wanne-Eickel, einstimmig zum Oberstudienrektor der Oberschulen gewählt.

Westfälische Rundschau vom 7. August 1946

Herne, den 16. Februar 1948
Bahnhofstr. 16

An die
C. I. C.

Herne.

Nachstehend geben wir Ihnen die vorstandsmitglieder
des Stadtverbandes sowie die der einzelnen Ortsgruppen bekannt:

Stadtverband:

| | | | |
|-----------------------------|------------------|---------|-------------------|
| <u>I. Vors.</u> | Brauner | Robert, | Markgrafenstr. 1 |
| <u>Kassierer</u> | Joyt | Franz | Germanenstr. 32 |
| <u>Schriftf.</u> | Deffke | Alfred | Flottmannstr. 103 |
| <u>für Frauenarbeit</u> | | | |
| | Strunk | Luise | Schillerstr. 30 |
| <u>Kulturarbeit</u> | | | |
| | Ostermann | Wilhelm | Bahnhofstr. 135 |
| <u>Schulung und Bildung</u> | | | |
| | Schönewolf | Erich | Bahnhofstr. 16 |
| | (ParteiSekretär) | | |
| <u>Arbeiter-Wohlfahrt</u> | | | |
| | Sindermann | Auguste | Hafenstr. 2 |
| <u>Jugend</u> | | | |
| | Odermann | Hans | Bebelstr. 35 |
| <u>Beisitzer</u> | | | |
| | Schmidt | Kurt | Aronenstr. 24 |

| | | | |
|---------------------------------|------------|-----------|------------------|
| <u>Ortsgruppe Baukau-Mitte:</u> | Klar | Max | Ochsenkamp 2 |
| " <u>Baukau-Ost:</u> | Skiba | Fritz | Hafenstr. 2 |
| " <u>Baukau-West:</u> | Joyt | Franz | Germanenstr. 32 |
| " <u>Bahnhof</u> | Heiermann | Wilhelm | Bahnhofstr. 135 |
| " <u>Herne-West:</u> | Elsner | Fritz | Poststr. 7 |
| " <u>Gertrudenplatz:</u> | Eisentraut | Friedrich | im Pratort 23 |
| " <u>Herne-Mitte:</u> | Nähle | Heinrich | Schutzenplatz 12 |
| " <u>Altenhöfen:</u> | Schwabe | Josef | Bergstr. 79 b |
| " <u>Alt:</u> | Lenz | Emil | Flottmannstr. 72 |
| " <u>Herne-Süd:</u> | Gotthardt | Erich | Feldkampstr. 60 |

b.w.

| | | | |
|-------------------------------|-----------|---------|---------------------|
| <u>Ortsgruppe Constantin:</u> | Schmidt | Kurt | Kronenstr. 24 |
| " <u>Stamm:</u> | Reermann | Wilhelm | Mont-Genis-Str. 122 |
| " <u>Herne-Ost:</u> | Falke | Paul | Schulstr. 62 |
| " <u>Sodingen-West:</u> | Alwicher | Wilhelm | Ostbachtal 11 |
| " <u>" Ost:</u> | Bargel | Franz | Händelstr. 27 |
| " <u>Börnig:</u> | Hiller | Karl | Barbarastr. 6 |
| " <u>Holthausen:</u> | Lindemann | Alfred | Heroldstr. 8. |
| " <u>Horsthausen:</u> | Kramer | Karl | Wilh.-Meyer-Str. 35 |

Enteignung des Stein- und Braunkohlebergbaus und ein Dringlichkeitsantrag zur Überführung sämtlicher Werke der Eisen-Stahl- und Chemie-Industrie in den Staatsbesitz. In der 5. Sitzung vom 5. bis 6. März 1947 ein Antrag auf Überführung der Kohle-, Eisen und Stahlwirtschaft in Gemeingut, ein Antrag betreffend ein Gesetz über eine Volksbefragung zur Frage der Überführung der Kohlenwirtschaft, der eisen- und stahlschaffenden Schwerindustrie und der Großchemie in Gemeingut, ein Antrag betreffend ein Gesetz über die Durchführung eines Volksentscheides wegen Enteignung der Bergbaubetriebe und ein Antrag betreffend Offenlegung der Besitzverhältnisse in Bergbau, eisenschaffender, sowie chemischer Großindustrie. Zwar waren die Kompetenzen des ernannten Landtages für die mit diesen Anträgen aufgeworfenen Probleme wegen der Oberhoheit der Besatzungsmacht nicht gegeben, aber als Ausdruck einer Meinungsbildung in der Bevölkerung waren sie doch bedeutsam. Der ernannte Wirtschaftsminister Professor Dr. Nölting weist auf eine gewisse unterstützende Haltung englischer Politiker hin: "Wenn ich fordere, daß die Gruben aus der privaten Hand genommen werden müssen, befinde ich mich in bester Gesellschaft und darf darauf hinweisen, daß auch im englischen Unterhaus Außenminister Bevin und in Hamburg Generalleutnant Robertson dieselbe Erklärung abgegeben haben".

**Der ernannte Landtag
in Nordrhein-Westfalen**

Über die politische Zusammensetzung des ernannten Landtages und das Verhältnis der Parteien als Spiegelbild der politischen Auffassungen in der Bevölkerung bestanden Bedenken bei allen Abgeordneten. Nach einer Übereinkunft zwischen dem Landeskommissar Asbury und Ministerpräsident Amelunxen sollte nach dem Ergebnis der ersten Kommunalwahlen eine entsprechende Berichtigung stattfinden. Die Kommunalwahlen fanden allerdings erst am 13.10.46 ihren Abschluß. Der Landeskommissar legte nach dem in diesen Wahlen zum Ausdruck gekommenen Verhältnis der Parteien zueinander neu ihre Beteiligung an den 200 Abgeordneten des Landtages

am 29.11.46 fest. Diese Neufestsetzung ergab ein sehr verändertes Bild der Parteien:

Am 2. Oktober 1946 gehörten dem ernannten Landtag an:

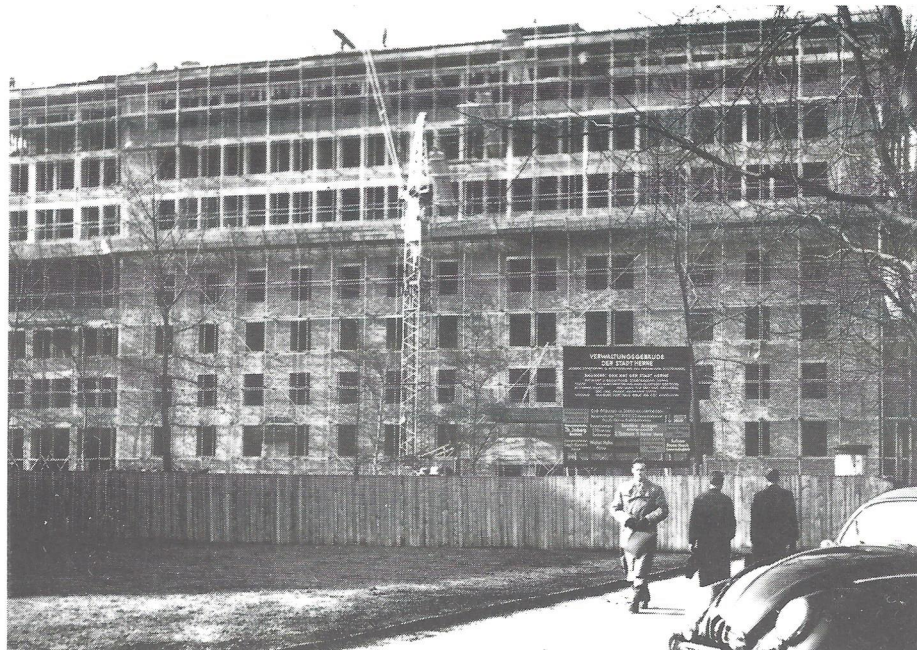
| | |
|-------------|----------------|
| CDU | 66 Abgeordnete |
| SPD | 71 " |
| KPD | 34 " |
| Zentrum | 18 " |
| FDP | 9 " |
| Unabhängige | 2 " |

zur 3. Sitzung (nach den Kommunalwahlen) am 19./20. Dezember 1946:

| | |
|-------------|----------------|
| CDU | 92 Abgeordnete |
| SPD | 66 " |
| KPD | 19 " |
| Zentrum | 12 " |
| FDP | 9 " |
| Unabhängige | 2 " |

Abgesehen von den Änderungen in der Vergabe der Ministerien und in den verschiedenen Ausschüssen, hat die Neufestsetzung auch Auswirkungen auf die Beratungen zum Landeswahlgesetz. Vor diesen Umsetzungsergebnissen war die Erklärung von Sir W. Sholto Douglas, "die Befugnisse der Länderverwaltung werden aber erst dann eine feste Basis haben, wenn sie auf gewählten Vertretungen beruhen", insoweit beruhigend, als das Gemeindevahlergebnis unter englischem Mehrheitswahlrecht entstand, auch in manchen CDU-Kreisen als nicht deutschen Auffassungen entsprechend bewertet wurde.

Eine Regierungsvorlage von Amelunxen ging davon aus, "daß das bisherige Wahlsystem, das bei den Kommunalwahlen zugrunde gelegt worden ist, sich als ungeeignet und undemokratisch erwiesen" habe. Von dieser Grundvoraussetzung ausgehend, hatte die Regierung von sich aus beschlossen, der Militärregierung Anregungen zu unterbreiten, für die Landtagswahl ein neues Wahlsystem zugrunde zu legen. (Bericht des Abgeordneten Jacobi, SPD, als Berichterstatter des Wahlausschusses, S. 53 des stenografierten Berichtes der 2. Sitzung des Landtages vom 12./13. November 1946). Gegen diesen Regierungsvorschlag wurden nach dem gleichen Bericht "von



Ehemalige Schutzbunker wurden nach dem Krieg "entmilitarisiert" und für andere Zwecke nutzbar gemacht. Im Bild der ehemalige "Postbunker", heute noch Verwaltungsgebäude an der Freiligrath Straße.

Verbesserung des Herner Straßenverkehrs in Sicht

Unter Vorsitz von Oberbürgermeister Cremer traten die Stadtverordneten zu einer Sitzung zusammen, in der zunächst beschlossen wurde, die aus der Sammlung des Regierungspräsidenten für den Wiederaufbau aufkommenden Mittel in Höhe von 137 000 RM dem Regierungspräsidenten zur Verwendung zu übergeben.

Die Erhöhung der Hundesteuer wurde mit Wirkung ab 1. Juli beschlossen. Für den ersten Hund sollen 40 RM, für den 2. Hund 50 RM, für den 3. und weiteren 60 RM bezahlt werden. Hunde, die der Bewachung dienen, werden mit 6 RM für den ersten und 9 RM für den 2. Hund besteuert.

Stadtv. Weiß berichtete über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben zum Haushaltsplan 1945/1946. Für das Jahr 1945 sind noch 53 600 RM zu bewilligen, während der Haushaltsplan 1946 eine außerordentliche Bewilligung von 861 000 Reichsmark erforderlich macht.

Die Schulspeisung deckt sich in Einnahme und Ausgabe. Hierzu reichte Wagner (KPD) einen Antrag ein, demzufolge mit der Gewerkschaft Ver. Constantin Verhandlungen dahingehend aufgenommen werden sollen, eine Senkung der Miete für die Benutzung der Großküche im Ostbachtal — für die Zubereitung der Schulspeisung — zu erreichen. Das Kollegium stimmte dem Antrag zu.

Zur Beschaffung von Motorwagen und Anhängern für die Straßenbahn Herne-Castrop-Rauzel begründete Hülsman die Not-

wendigkeit einer baldigen Auftragserteilung, da mit einer langen Lieferfrist gerechnet werden muß. Der erforderliche Betrag von 170 000,— RM steht zur Verfügung.

Ein Dringlichkeitsantrag der KPD appelliert an die Militär-Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, die die schnellste Erfassung der noch vorhandenen Lebensmittelbestände auf dem Lande gewährleisten sollen. Durch die Fahrten zur Besorgung von Lebensmitteln entstehe ein starker Produktionsausfall, sehr zum Schaden der Allgemeinheit. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Von der kommunistischen Fraktion war ein weiterer Antrag eingereicht worden, der die Bildung eines kommunalen Frauenausschusses forderte. Nach einiger Debatte wurde der Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, da vor einigen Monaten bereits ein Frauenausschuß gebildet worden war.

Alsdann wünschte Stadtverordneter Weiß (CDU) Aufklärung über umlaufende Gerüchte, die wissen wollen, daß Angestellte und Beamte der Stadt und öffentliche Betriebe unrechtmäßig Zusatzkarten bekommen hätten.

Stadtdirektor Hölkeskamp erklärte, daß ihm von einem unberechtigten Bezüge nichts bekannt sei. Wohl komme es vor, daß bei den Kartenausgabestellen Differenzen entstehen. Er sagte eine Prüfung zu und versprach Bericht-erstattung in der nächsten Sitzung.

Westfälische Rundschau vom 1. Juni 1946

SPD-Landtagskandidat Hruska



Franz Hruska, der Kandidat der SPD im Wahlkreis 96, Wanne-Eickel, von Bernt Bergmann ist der derzeitige Parteisekretär der SPD, Stadtverband Wanne-Eickel. Seine langjährige gewerkschaftliche und politische Tätigkeit schon vor 1933 bürgte dafür, daß er die Interessen der Bevölkerung seiner Heimatstadt im Landtag sachkundig vertreten wird.

Westfälische Rundschau vom 9. April 1947

Herne

SPD-Landtagskandidat Josef Walter



Josef Walter, der Kandidat der SPD im Wahlkreis 100, Herne, ist z. Z. als Gewerkschaftssekretär beim Bergarbeiterverband tätig. Er ist durch seine gewerkschaftliche Tätigkeit vor allem bei der Bergarbeiterschaft — die ja die Mehrheit der Bevölkerung in Herne ausmacht — gut bekannt.

Westfälische Rundschau vom 12. April 1947

der CDU Bedenken erhoben, daß dieser Vorschlag nichts anderes enthalte als eine Wiederkehr des Verhältniswahl-systems, und eine einmütige Haltung des Ausschusses konnte in keinem Punkte erzielt werden". Entsprechend konfliktträchtig erwiesen sich alle künftigen Sitzungen bis endlich durch Beschluß vom 5. März 1947 das Gesetz über die erste Wahl zum Landtag in der Fassung vom 22. Januar 1947 angenommen wurde.

Wirtschaftspolitische Theoriediskussion in Herne

Die Erwartungen an eine völlige Neuordnung der deutschen Wirtschaft waren im Revier und in der Kohlestadt Herne besonders lebendig. Hier hatte sich 1946 unter dem Eindruck des Kontrollratsgesetzes Nr. 22 vom 10. April 1946 über die Tätigkeit der Betriebsräte und der Gewerkschaften aus örtlicher sozialdemokratischer Tradition eine besondere wirtschaftspolitische Arbeitsgemeinschaft gebildet.

Das im Artikel I des Kontrollratsgesetzes formulierte Ziel: "Wahrnehmung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten in den einzelnen Betrieben" und die nach Artikel V des Gesetzes gestellte Aufgabe: "dem Arbeitgeber Vorschläge für die Verbesserung der Arbeitsmethoden und Produktionsweise zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit zu machen", führten bei den Gewerkschaften der britischen Zone zu dem Rat an ihre Mitglieder:

"davon auszugehen, daß die Wirtschaft in allen ihren Zweigen und Berufen vor der Aufgabe steht, sich nach dem ungeheuren Zusammenbruch wieder aufzurichten und neu zu gestalten. Die Industriekonzerne und wirtschaftlichen Zusammenschlüsse stehen vor der Auflösung. ... Die Gewerkschaften können nicht darauf verzichten, bei der Neugestaltung der Wirtschaft entscheidend mitzuwirken. ... Unser Wirtschaftsleben kann sich nur auf demokratischem Boden neu gestalten. Demokratie in der Wirtschaft verlangt gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften, der Arbeitnehmer und der Betriebsräte in allen Organen der Wirtschaft und im Betrieb. Gleichberechtigung bedeutet Beseitigung jeder Willkür bei der Gestaltung der

sozialen Verhältnisse insgesamt und für den Einzelnen".

Vor diesem Hintergrund wurde die Herner "wirtschaftspolitische Arbeitsgemeinschaft" mit den Metallarbeitern und den Bergarbeitern und ihren Organisationsgliederungen in Zusammenarbeit mit dem SPD-Bezirk Westliches Westfalen tätig. Sie wurde von Walter Hölkeskamp - Prokurist der Firma Flottmann - geleitet, der einen Arbeitskreis mit sachkundigen Genossen aufbaute.

Eine gemeinsame, politisch orientierte Zusammenfassung von Belegschaftsinteressen mit den Industrieverbänden Metall und Bergbau stand zunächst im Vordergrund. Unter dem Einfluß der Sozialisierungsdebatte im ernannten Landtag wandte sich die Arbeitsgemeinschaft auch diesen Auseinandersetzungen zu. Die Mitwirkung von Dr. Georg Berger vom Industrieverband Bergbau und die weitgehende Stützung durch den erweiterten Vorstand der IG Bergbau waren für die SPD in der Sozialisierungsdebatte eine große Hilfe. In der Zonenkonferenz des Bergbau-Verbandes in Bochum am 29. Januar 1947 forderte Dr. Georg Berger zur Sozialisierung der Kohlewirtschaft, daß ein Schwergewicht der Bergbaureform nicht an die Spitze, sondern möglichst weit nach unten zu verlegen sei. Die Spitze der Bergbauverwaltung gehöre in das Ruhrrevier und bedürfe einer neuen Verwaltungsstelle als Zentralamt für Bergbau, wobei eine demokratische Mitbestimmung zu gewährleisten sei. Diese könne durch einen zahlenmäßig klein gehaltenen Kohlerat verwirklicht werden. Die Kompetenzen des beizuordnenden Kohlerates als oberstes demokratisches Willensbildungsorgan für die Kohlewirtschaft müßten allerdings beträchtlich über diejenigen des früheren Kohlerates hinausgehen.

Der neue Kohlerat soll sich nicht nur befassen mit den Fragen des Kohleabsatzes und der Kohlepreise, der Kohleverteilung also, sondern vor allem mit der Frage der Kohleproduktion, ihrer Planung und Lenkung im Rahmen einer volkswirtschaftlichen Gesamtplanung. Die Bochumer Zonenkonferenz faßte eine Entschliebung, die auf der am 1. März in Bochum zusammengetretenen Ruhr-

17. September 1947

Bahnhofstr. 16

An die
S. I. C.

H e r n e .

Stimmungsbericht
der Sozialdemokratischen Partei, Stadtverband Herner.

Die Sorge der Bevölkerung unserer Stadt ist in erhöhtem Masse auf die Versorgungslage gerichtet, die sich in den letzten Wochen nicht gebessert hat. Die beiden öffentlichen Versammlungen, die zu Beginn dieser Woche in unserer Stadt abgehalten wurden, haben diese Sorge weitgehendst unterstrichen und Abhilfe gefordert, damit sich die Katastrophe vom Vorjahre nicht wiederholen kann. Die Bevölkerung weiss, dass durch die Trockenheit dieses Sommers eine Minderung der Ernte eingetreten ist und bittet daher, dass alles getan wird, um das Wenige richtig zu erfassen und zu verteilen. Die überbevölkerte britische Zone ist ohnehin schon auf Zufuhren aus dem Auslande angewiesen, ganz besonders aber auf die Zufuhren im kommenden Winterhalbjahr, wenn die Anforderungen erfüllt werden sollen, die durch die erhöhten Exportaufträge an sie gestellt werden. .

Darüber hinaus bedarf es die Inkraftsetzung des neuen Erfassungssystems, das mit Genehmigung und Billigung der Militärregierung von dem Herrn Ernährungsminister Lübke zur besseren Erfassung der Ernte entwickelt wurde. Mit Hilfe dieses Erfassungssystems ist es möglich - wie aus Fachkreisen bekannt wird - den Normalverbrauchern mindestens 2 Ztr. Einkellerungskartoffeln zu sichern. Wer trägt die Verantwortung für die Nichtinkraftsetzung des neuen und besseren Erfassungssystems?, so fragt die Bevölkerung. Diese Frage der Verantwortlichkeit bedarf hier der öffentlichen Beantwortung, damit sich die Bevölkerung in etwa beruhigt.

Unser Wirtschaftsleben droht in diesem Winter endgültig zusammenzubrechen, wenn die Ernährungslage der schwerarbeitenden Bevölkerung nicht gesichert wird. Die Bevölkerung hat das Vertrauen verloren und macht die Militärregierung für die katastrophale Ernährungslage verantwortlich. Aussergewöhnliche Notzeiten fordern durchgreifende Massnahmen. Die Parteien und Gewerkschaften sind bereit, die drohende Katastrophe abzuwenden durch Massnahmen, die Erfolg im eigenen Ernährungssektor versprechen: restlose Erfassung oder Beschlagnehmung der gesamten deutschen Ernte, Vollmachten für die durch die Parlamente geplanten Erfassungsausschüsse und Polizeirechte. Gelingt es nicht, mit vereinter Kraft die heraufsteigende Katastrophe zu bannen, dann ist das die politischen Kräfte, die auf den Zusammenbruch in Westdeutschland hinarbeiten, eine grosse Chance gegeben. Die Bevölkerung verlangt von den demokratischen Kräften, die heute noch bereit sind, den Versuch zu übernehmen, aus den chaotischen Hinterlassenschaften des Dritten Reiches einen neuen Staat zu bauen,

-2-

-2-

zuerst die Sicherung ihres Lebens.

Von der Unterstützung der wirklich aufbauwilligen ^{demokratischen} Kräfte in Deutschland hängt der kommende Friede, nicht nur für Deutschland, sondern für Europa ab.

Die Frage lautet Demokratie oder Anarchie ?



Spannende Fußballspiele zeigten in der Nachkriegszeit Westfalia Herne und der SV Sodingen.

Westfalia Herne weiter ohne Punktverlust

Klarer 3:1-Sieg in Wattenscheid

Zu seinem zweiten Meisterschaftsspiel mußte der Herner Gaullist die Fahrt nach Wattenscheid antreten, wo die Elf vom Schloß Strünkede zu einem sicheren 3:1-Sieg über den Tabellenletzten kam. Die Wattenscheider schlugen sich aber besser, als ihr schlechter Tabellenstand vermuten ließ. Sie setzten sich recht energisch ein und legten ein schnelles, wuchtiges Spiel hin. Die Herner hatten einige Mühe, das Spiel in die Hand zu bekommen. Als der Ball dann bei ihnen „lief“, hatten sie im Handumdrehen durch den spritzigen Halblinken Grant und ihren schußgewaltigen Mittelstürmer Matzkowski einen 2:0-Vorsprung herausgeholt. Kurz vor der Pause gelang den Wattenscheidern durch den Linksaußen Born ein Gegentreffer. Auch nach dem Wechsel hatten die Herner mehr vom Spiel und erhöhten durch den Linksaußen Rieger den Vorsprung auf 3:1. Alle Anstrengungen der Wattenscheider, durch wuchtige Vorstöße die Spanne herabzumindern, scheiterten an der wachsamem Deckung der Herner, die damit ohne Punktverlust am nächsten Sonntag das Meisterschaftstreffen gegen Schalke bestreiten können.

Westfälische Rundschau vom 27. März 1946

revierkonferenz des Industrieverbandes Bergbau gebilligt wurde.

Für die Bergarbeiterschaft war die Forderung nach Sozialisierung Anfang 1947 geradezu die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Zukunftsperspektive geworden. Auch die sozialdemokratische Herner wirtschaftspolitische Arbeitsgemeinschaft nahm diese Forderung in einer Darlegung zur Ausgangslage der Wirtschaft und ihrer Möglichkeiten zu einer sozialverpflichteten Entwicklung auf.

Einigkeit über Sozialisierung des Bergbaus

Das Sozialisierungsverlangen der deutschen Gewerkschaften und der SPD war nur der direkte Ausdruck einer deutschen Grundüberzeugung zur Neuordnung nach dem Zusammenbruch. Die SPD brachte am 2. August 1947 in den Landtag von NRW eine "Entschliebung betreffend Aufhebung der von der Militärregierung angeordneten Beschlagnahme des Ruhrbergbaues" ein, die einstimmig angenommen wurde:

"Um sichere rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse in der Kohlewirtschaft herzustellen, ersucht der Landtag die Militärregierung, die Beschlagnahme des Eigentums an der Kohlewirtschaft aufzuheben und das Eigentum an eine von der Landesregierung zu benennende und vom Landtag zu bestätigende deutsche Treuhandverwaltung zu übertragen, damit für die Kohlewirtschaft eine gemeinschaftliche Ordnung im Sinne der Regierungserklärung vom 17. Juni herbeigeführt werden kann. Die baldige Regelung der Eigentumsverhältnisse des Bergbaues ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, um eine Gesundung der Kohlewirtschaft herbeizuführen. Der Landtag vertritt die Ansicht, daß verhindert werden muß, daß unkontrollierbare Privatinteressen auf die Kohlewirtschaft in unheilvoller Weise Einfluß nehmen".

In der gleichen Sitzung des Landtages begründete der Herner Abgeordnete Josef Walter den Entwurf eines Gesetzes zur Sozialisierung der Kohlewirtschaft im Lande Nordrhein-Westfalen (Anlage 20). Nach seiner Rede und einer ersten Beratung wurden die Unterlagen an den

Wirtschaftsausschuß des Landtages zur weiteren Verhandlung überwiesen. Dort wurden sie mehrfach beraten und nach etwa einem Jahr (am 5. August 1948) vom Landtag in 3. Lesung behandelt. Diese Erörterungen wurden mit einer besonderen Erklärung des Ministerpräsidenten Arnold eröffnet, in der er hervorhob, daß man heute den Versuch mache, "das große soziale, wirtschaftliche und politische Problem der Sozialisierung des Kohlebergbaus oder seine Überführung in die Gemeinwirtschaft einzuleiten".

Arnold:

"Der Wirtschaftsausschuß des Landtages hat in vielfachen Sitzungen des Landtages versucht, über diese Probleme eine Klärung herbeizuführen. Die zahlreich geführten Verhandlungen haben indessen nicht eine Übereinstimmung auf breiter Basis ermöglicht. Ich hielt mich daher für verpflichtet, zunächst die Vertreter der in der Regierung vertretenen Parteien und der Gewerkschaften zu einer Beratung zusammenzurufen, um den Versuch zu machen, die verschiedenartigen Anträge einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Diese Beratungen haben stattgefunden. Bei diesen Verhandlungen ist freilich das Problem als solches noch nicht gelöst worden, aber ich glaube, daß diese Beratungen immerhin zu einem gemeinsamen Vorschlag geführt haben, zu einem Vorschlag, der weiter diskutiert und überprüft werden muß".

In der anschließenden Berichterstattung über die Arbeit des Wirtschaftsausschusses zum vorgelegten "Gesetz zur Sozialisierung der Kohlewirtschaft im Lande Nordrhein-Westfalen" wurde durch den Herner Abgeordneten Walter eingangs seiner Ausführungen vermerkt, daß die Gesetzesvorlage zwar jetzt auf der Tagesordnung des Landtages erscheine, es aber auch gleichzeitig einstimmige Ansicht des Wirtschaftsausschusses war, daß damit die Tätigkeit der Fachausschüsse nicht beendet sein solle. Auch wurde als einstimmige Auffassung des Wirtschaftsausschusses hervorgehoben, daß die besatzungsrechtliche Frage ihre Beachtung finden müsse. Bei Abwägung der besatzungsrechtlichen und der politischen Momente habe der Wirtschaftsausschuß geglaubt, dem politischen Aspekt den Vorrang geben zu müssen.



Als guter und engagierter Redner galt der Herner Landtagsabgeordnete Josef Walter. Für die SPD Fraktion begründete er einen Gesetzesentwurf zur Sozialisierung der Kohlewirtschaft.



Westfälische Rundschau vom 3. August 1946

DER Kommunal-POLITIKER

Rundbrief des Stadtverbandes der Sozialdemokratischen Partei Herne

Nummer 1 / 1947

Herne, im Januar

Was muß der SPD.-Funktionär über die Zusammensetzung des Stadtparlamentes wissen?

Das Stimmenverhältnis ist folgendes:
SPD. 52 453 Stimmen 14 Sitze
CDU. 55 189 Stimmen 19 Sitze
KPD. 23 927 Stimmen 2 Sitze
FDP. 6 949 Stimmen 1 Sitz
Insges. 138 518 Stimmen 36 Sitze

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die CDU als die sogenannten früheren bürgerlichen Parteien bezeichnet. Sie ist das Sammelbecken, in dem sich alle Gruppen und Gruppchen politischen Einschlags mit rein bürgerlichen Interessen zusammengefunden haben. Diese Gruppen haben also mit 55 189 Stimmen 19 Mandate. Die übrigen Parteien, die als rein demokratisch angesprochen werden können, haben insgesamt 83 329 Stimmen aufgebracht, erhielten aber nur 17 Mandate. Man sieht, die CDU-Mandatsmehrheit ist keine Stimmenmehrheit. Sie ist durch das nicht gerade glückliche Verrechnungsverhältnis zustande gekommen. Wenn also die CDU von sich sagt, daß sie in Herne die Mehrheit hat, so kann sie das nur von den Mandaten sagen, denn stimmenmäßig steht die Mehrheit der Bevölkerung bei den Parteien, die sich zur Demokratie und zum Sozialismus bekennen.

Ob die CDU-Wähler Anlaß haben, große Hoffnungen auf die von ihnen Gewählten zu setzen, muß sich in Zukunft erweisen. Wir glauben, daß Pessimismus am Platze ist. Die CDU-Gruppe ist ein buntes Gemisch von Politikern bürgerlichen Einschlags mit sehr verschiedenen Interessen. Hoffentlich kommt dabei auch der Arbeiterwähler auf seine Kosten. Ob die CDU über Jahr und Tag noch so zusammen ist wie heute, wer weiß es? Wir hörten schon so viel Interessantes aus dem Lazer der CDU Einige der bürgerlichen Stadtvertreter stehen mit sorgenvoller Miene zwischen der sie heiß umwerbenden politisch noch jugfräulichen CDU und der sie minniglich anlehnenden politisch erfahrenen Frau Zentrum. Ja, so hat man seine Sorgen, wenn man einer alten Liebe die Treue bricht. Wie wir hörten, werden die Deutsche Zentrumspartei auch in Herne ihre Kreisorganisation aufgebaut, und es sind alle Anzeichen dafür vorhanden, daß diese für die weitere Entwicklung der CDU gerade nicht von Vorteil sein dürfte. Der vorläufige Vorstand setzt sich aus folgenden Personen zusammen: Herr Johannes Zweibühmer, Vorsitzender, Herr Heinrich Grollmann, Stellvertreter, Herr Antonius Luzzig, Kassierer, und Herr Klemens Honnigfort, Schriftführer. Die Geschäftsstelle der Partei ist Herne, Bahnhofstraße 47. Warten wir also, was die kommenden Monate uns nach dieser Richtung noch an Überraschungen bringen werden.

Zum Geleit!

Also, da ist er, der „Kommunal-Politiker der S. P. D.“ Mit Beginn des neuen Jahres stellt er sich ein, und was will er? Ja, lieber Genosse, was will er wohl? Deine Hand will er zreiten, Deine Bruderhand! Du, willst er zu Dir sagen, laß uns beide, nahe beieinander, Hand in Hand, den langen Weg in das neue Jahr gehen. Es wird viel Neues geben, vieles wird ausgedrückt, und mein Freund, ich glaube, er wird gar nicht so leicht, der Weg durch Anno 1947. Wenn wir beide da zusammengehen, ich sage Dir, was ich denke, Du sagst mir, was Du siehst, was Du empfindest bei allem, was Du so im Tagesablauf siehst oder zuverlässig erfährst, wird der Weg vielleicht etwas erträglicher. Also, nicht viel Worte, ich will Dir in punkto Kommunalpolitik, auch Gewerkschafts- und anderen Tagesfragen, von uns aus gestehen und bei den anderen feststellen, ein Licht aufstecken. Das, was uns am Orte, aber auch in der Welt als Sozialdemokraten angeht und das wir wegen Platzmangel in unserer Tagespresse nicht besprechen können, darüber reden wir im „Kommunal-Politiker“. Natürlich hilfst Du mit, Freund, bring' Deinen Beitrag heilig zum Büro des „Kommunal-Politiker“, Herne, Bahnhofstraße 45 (Westfälische Rundschau). Uns interessiert alles, auch das, was wir nicht drucken. Dabei wollen wir natürlich, das ist klar, Sozialdemokraten bleiben, d. h. Personen oder Sachen in den Dreck ziehen, mit unanständigen Methoden arbeiten, das, mein Freund, gibt es bei uns nicht. Also, nun mit oder ohne Krückmann, mit „Freundschaft“ los in das neue Jahr. Es wird nicht leicht, aber die anderen alle, die halten es ja sowieso für selbstverständlich, daß wir Sozialdemokraten voranziehen und alles zuerst auf uns nehmen. Also los!

UM DIE Bezügecheine

Von der Arbeit der SPD-Fraktion im Stadtparlament hören wir folgendes: Die SPD-Vertreter beobachteten seit langem, wie am Wirtschaftsamt schon in den frühen Morgenstunden die an sich so schwer belasteten Hausfrauen und

die übrigen Werkstätigen, die dringenden Bedarf an Kleidungsstücken, Schuhwerk und Haushaltsgegenständen haben, sich anstellen in der Hoffnung, einen Bezugschein oder die Bezugsmarke für ihren dringenden Bedarf zu bekommen. Leider führt Ausdauer hier nicht immer zum Erfolg, und die meisten müssen schwer enttäuscht nach Hause gehen, um an einem anderen Tage denselben unavolventen Vorgang wieder durchzumachen. Um diesen Zustand zu ändern, hat die SPD-Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag in der Stadtverordneten-Versammlung vom 9. Dezember 1946 eingebracht:

1. Sämtliche monatlich zuzuteilenden Mengen an Bezugsmarken durch das Landeswirtschaftsamt werden in der „Amtlichen Bekanntmachung“ veröffentlicht, damit die Bevölkerung Kenntnis davon erhält, wieviel Bezugscheine zur Verteilung kommen.

2. Es sind entsprechend einer früheren Ankündigung des ehemaligen Oberbürgermeisters Crämer in der Stadt 35 Wohlfahrtspflebezirke wieder einzurichten; mit einem Bezirksvorsitzenden, 4-5 Beisitzern und Wohlfahrtspflegern und -pflegerinnen.

Diese Wohlfahrtspflebezirke unterstützen das Wirtschaftsamt in der Betreuung der Bedürftigen und Ostvertriebenen. Weiter sollen diese Ausschüsse als Hilfsausschüsse für das Wirtschaftsamt bzw. des Wirtschaftsausschusses eingesetzt werden.

Alle Anträge auf Bewilligung von Bekleidung, Wäsche, Schuhe, Hausgeräte usw. erfolgen auf schriftlichem Antrag bzw. werden beim Wirtschaftsamt und seinen Außenstellen zu Protokoll gegeben. Jeder Antrag ist beschleunigt vom beamteten Ermittler zu überprüfen. Der Antrag ist sodann an den Vorsitzenden des Wohlfahrtspflebezirks weiterzuleiten, in dessen Bezirk der betreffende Antragsteller wohnt. Der Wohlfahrtspflebezirksausschuß prüft denselben und stellt auf Grund der Ermittlung des beamteten Ermittlers fest, ob der Antragsteller die beantragten Sachen dringend benötigt. Dieser bezugstüchtige Antrag geht dann wieder an das Wirtschaftsamt zurück bzw. dessen Außenstelle, wo er in einer Liste vorgezeichnet wird. Auf Grund der Entscheidung der Bezirksausschüsse erfolgt die Ausgabe der Bezugsmarken.

Durch diese Regelung wird erreicht, daß die Verteilung der zwangsbewirtschafteten Sachen unter Kontrolle der Bürgerschaft steht, da die Wohlfahrtspflebezirke mit 5 Personen besetzt

Das Scheitern der Sozialisierungspläne

Die für die Landtagsdiskussion nur nachgeordnete besatzungsrechtliche Frage des deutschen Sozialisierungsanliegens sollte sich bald als geschichtlich entscheidend herausstellen. Wenngleich zu Beginn der Landtagserörterungen aus Erklärungen maßgeblicher englischer Politiker eine Stützung des Sozialisierungsanliegens geschlossen werden konnte, machte sich bald nach der Bildung der Bizone eine steigende amerikanische Einwirkung auf die Maßnahmen der Besetzung bemerkbar. Nachdem in einem Abkommen zwischen England und USA vom 17. Dezember 1947 noch festgelegt worden war, "daß der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft in den Zusammenhang des europäischen Wiederaufbaus zu stellen sei," wurde der amerikanische Einfluß zunehmend bestimmend. Nach der Diskussion zur Sozialisierung der Kohlewirtschaft kam es am späten Nachmittag des 6. August 1948 zur Schlußabstimmung. Die protokollarische Feststellung des Landtagspräsidenten lautete: "Der Antrag ist mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der FDP und, soweit von hier aus sichtbar ist, gegen eine Stimme der CDU, bei Stimmenthaltung der CDU, angenommen worden."

Überraschende Meinungsänderung der englischen Besatzungsmacht

Dieses vom Landtag mit großer Mehrheit angenommene Gesetz fand aber nicht die Zustimmung des englischen Zivilgouverneurs. In seinem Brief vom 23. August 1948 hieß es:

"Die im Lande Nordrhein-Westfalen vorhandenen Kohlebergwerke gehören zum nationalen Vermögen, und aus diesem Grund sind alle weitreichenden Maßnahmen, die das Eigentum an ihnen und ihre Leitung berühren, Angelegenheiten, die auch die anderen Länder angehen. Die Militärregierung vertritt daher die Ansicht, daß die Frage der Sozialisierung der Kohleindustrie von einer deutschen Regierung und von keiner Landesregierung behandelt werden sollte. Es ist der Militärregierung nicht möglich, ihre Zustimmung zu irgendwelchen Maßnahmen auf dem Gebiet der Kohleindustrie zu geben, welche

einer Entscheidung einer derartigen deutschen Regierung hinsichtlich der für diese Industrien festzustellenden Form eines Eigentumsrechtes vorgehen würde."

Die Stellungnahme des englischen Zivilgouverneurs stand überhaupt nicht im Einklang mit den früheren Erklärungen Bevins vor dem Unterhaus und manchen anderen englischen Stellungnahmen in der Öffentlichkeit. Sie ergab sich vielmehr aus den Verhandlungen zwischen England und der USA, die zur Bildung der Bizone führten und in deren Gefüge die wirtschaftspolitischen Grundsätze der Bizone sich überwiegend entsprechend der amerikanischen Auffassung ausprägten. Im Potsdamer Abkommen hatten die Besatzungsmächte zwar festgelegt, daß Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln sei und zentrale Verwaltungsstellen einzurichten seien. Doch der Fortgang der Besatzungspraxis führte in der Ostzone frühzeitig zu einer sowjetisch bestimmten Abkapselung, während die Westzone vermehrt in gegenseitige wirtschaftliche Bindungen untereinander gelangte.

Die amerikanische Auffassung setzt sich durch

Die Verweigerung der Zustimmung zum Sozialisierungsgesetz durch den englischen Zivilgouverneur entsprach dem derzeitigen Vorrang der Vereinigten Staaten gegenüber Großbritannien in der Bizone. So war im Übereinkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien vom 2. Dezember 1946 zur wirtschaftlichen Vereinigung ihrer Zonen in §5 zur Grundlage der Wirtschaftsplanung festgelegt: "Das Ziel der Regierungen ist, bis Ende 1949 eine sich selbst tragende Wirtschaft für das Gebiet aufzubauen". Nach einem Ergänzungsabkommen vom 17. Dezember 1947 wurde der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ausdrücklich in den Zusammenhang des europäischen Wiederaufbaues gestellt.

Zur Finanzierung der Importe wurden verschiedene Regelungen getroffen. Die Kosten der genehmigten Importe, insbesondere auch bei den Importen, die zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, wurden anfänglich von beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen



Der damalige sozialdemokratische Beigeordnete Karl Hölkeskamp gilt als Initiator des Herne Sommerbades. Am 16. Mai 1927 wurde der Bau beschlossen; am 12. September 1927 wurde mit den Arbeiten, die auch der Arbeitsbeschaffung dienen, begonnen. Bereits am 3. Juni 1928 wurde das Bad eingeweiht.

Besuch des Sommerbades (verkaufte Karten)*

| | 1945 | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 |
|---------------------------------|--------|--------|---------|--------|---------|
| Tageskarten: | | | | | |
| a) Erwachsene | 1 967 | 22 782 | 48 544 | 27 294 | 40 118 |
| b) Kinder | 3 381 | 38 423 | 99 306 | 51 783 | 95 636 |
| Zehnerkarten | | | | | |
| a) Erwachsene | 1 | 314 | 436 | 218 | 148 |
| b) Kinder | 5 | 253 | 589 | 258 | 209 |
| Monatskarten | | | | | |
| a) Erwachsene | - | 39 | 12 | 6 | 25 |
| b) Kinder | - | 1 | 10 | 4 | 55 |
| Jahreskarten für Schwimmvereine | | | | | |
| a) Erwachsene | - | 8 | 151 | 321 | 63 |
| b) Kinder | - | - | 274 | 514 | 95 |
| Besatzungsangehörige | 5 864 | 1 875 | - | - | - |
| Summe | 11 218 | 63 695 | 149 322 | 80 398 | 136 349 |

Man nahm es mit dem Zählen der Besucher genau in der Nachkriegszeit. Unter dem * ist vermerkt, daß die Zehner-, Monats- und Jahreskarten nur einmal gezählt sind, die tatsächlichen Besucherzahlen also höher liegen.

Betr.: Politische Parteien.
 An die
 S.P.D. Herne
 Schulstr. 28

1) Es ist jetzt die Erlaubnis für die Bildung der obengenannten Politischen Partei gegeben worden. - Ihr Antrag ist hiermit genehmigt worden.

2) Dieser Partei wird ebenfalls die Erlaubnis erteilt, von ihren Mitgliedern Beiträge zu erheben.

3) Diese Partei darf nunmehr ihre politische Tätigkeit ausüben, aber, wie schon veröffentlicht, ist sie den Gesetzen und Verordnungen, wie sie von der Militärregierung erlassen sind, unterworfen.

Major
 Wakefield
 Militärregierung.

Herne, den 2. Januar 1946

Sowohl in der Übersetzung, als auch im Originaltext der Zulassungsurkunde für die Gründung der Herner SPD sind zwei Schreibfehler auffällig: In der Übersetzung ist der Name des englischen Besatzungsoffiziers falsch geschrieben. Richtig muß es heißen: Wakefield, wie die heutige Partnerstadt von Herne. Im Original (untere Abbildung) ist das angegebene Datum falsch. Statt 45 muß die Jahreszahl, wie handschriftlich hinzugefügt, 46 lauten.

getragen. Mit dem Ergänzungsabkommen vom 17. Dezember 1947 wurde aber die Finanzregelung geändert und in der geschaffenen "Joint Export Import Agency" das Stimmrecht mit den geleisteten Aufwendungen gekoppelt. Das Ergebnis dieser Änderung ist erkennbar, wenn man weiß, daß die USA für 1948 zusätzlich etwa 400 Mio Dollar zahlte - Großbritannien dagegen nur ca. 87 Mio Dollar. Ein ähnliches Ungleichgewicht ist für 1948/49 belegt; hier entsprach das Stimmrecht der Briten einer Zahlung von 70 Mio Dollar, das der Amerikaner dagegen einer Zahlung von 637 Mio Dollar.

Bei der Koppelung von Finanzleistung und Stimmrecht blieb es bis zur Gründung der Bundesrepublik. Die dargelegte Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten führt dazu, daß den Grundauffassungen der USA Rechnung getragen wurde: die Sozialisierung entfiel. Allerdings hat der Kampf um die Durchsetzung der Mitbestimmung daraus eine Bedeutsamkeit gewonnen, die ihm eigene geschichtliche Dimensionen verleiht.

Allied Military Government
 HERNE

Subject:- POLITICAL PARTIES.
(AUTHORISATION)

An die S P D
 HERNE, Schulstr. 28

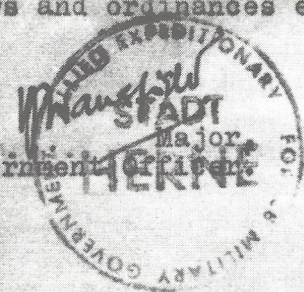
File:- 920/GEN/40/B/9

1. Authority has now been given for the formation of the above political party:- your application is hereby approved.
2. Permission is also given for this political party to levy subscriptions from its members.
3. This political party may now implement its prescribed policy as already publicised, subject to the laws and ordinances enacted by Military Government.

HERNE
 2 Jan 45
 IBW/DT 46

Major
 Wakefield
 Military Government

Copy to:- P. S. O.



Anlage 1

Militärische Kapitulationsurkunde vom 8. Mai 1945 (Amtliche Übersetzung des alliierten Büros des Kontrollrates in Deutschland)

1. Wir, die hier Unterzeichneten, die wir im Auftrage des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln, übergeben hiermit bedingungslos dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionskräfte und gleichzeitig dem Oberkommando der Roten Armee alle gegenwärtig unter deutschem Befehl stehenden Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft.
2. Das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht wird unverzüglich allen deutschen Land-, See- und Luftstreitkräften und allen unter deutschem Befehl stehenden Streitkräften den Befehl geben, die Kampfhandlungen um 23.01 Uhr mitteleuropäischer Zeit am 8. Mai 1945 einzustellen, in den Stellungen zu verbleiben, die sie in diesem Zeitpunkt innehaben und sich vollständig zu entwaffnen, indem sie ihre Waffen und Ausrüstung den örtlichen alliierten Befehlshabern oder den von den Vertretern der obersten alliierten Militärführungen bestimmten Offizieren übergeben. Kein Schiff, Seefahrzeug oder Flugzeug irgendeiner Art darf zerstört werden, noch dürfen Schiffsrümpfe, maschinelle Einrichtungen oder Geräte, Maschinen irgendwelcher Art, Waffen, Apparaturen und alle technischen Mittel zur Fortsetzung des Krieges im allgemeinen beschädigt werden.
3. Das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht wird unverzüglich den zuständigen Befehlshabern alle von dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte und dem Oberkommando der Roten Armee erlassenen zusätzlichen Befehle weitergeben und deren Durchführung sicherstellen.
4. Diese Kapitulationserklärung stellt keine Präjudiz für an ihre Stelle tretende allgemeine Kapitulationsbestimmungen dar, die durch die Vereinten Nationen oder in deren Namen festgesetzt werden und Deutschland und die deutsche Wehrmacht als Ganzes betreffen werden.
5. Im Falle, daß das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht oder irgendwelche unter seinem Befehl stehende Streitkräfte es versäumen sollten, sich gemäß den Bestimmungen dieser Kapitulationserklärung zu verhalten, werden der Oberste Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte und das Oberkommando der roten Armee alle diejenigen Straf- und anderen Maßnahmen ergreifen, die sie als zweckmäßig erachten.
6. Diese Erklärung ist in englischer, russischer und deutscher Sprache aufgesetzt. Allein maßgebend sind die englische und die russische Fassung.

Unterzeichnet zu Berlin, am 8. Mai 1945.

gez. v. Friedeburg gez. Keitel gez. Stumpf
Für das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht.

In Gegenwart von:

Für den

Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte
gez. A. W. Tedder

Für das Oberkommando der Roten Armee
gez. G. Schukow

Bei der Unterzeichnung waren als Zeugen auch zugegen:
General,
Oberstkommandierender der Ersten Französischen Armee
gez. J. de Lattre-Tassigny

Kommandierender General der Strategischen Luftstreitkräfte
der Vereinigten Staaten
gez. Carl Spaatz

Anlage 2

Aufruf des Feldmarschalls Montgomery an die Bevölkerung der englischen Besatzungszone vom 10. Juni 1945

Sie haben sich zweifellos schon gewundert, daß unsere Soldaten nicht lächeln, wenn Sie ihnen zuwinken oder auf der Straße "Guten Morgen" sagen, und daß sie nicht einmal mit den Kindern sprechen. Sie tun es nicht, weil sie einen Befehl befolgen. Der Befehl gefällt Ihnen nicht? Unseren Soldaten gefällt er auch nicht, denn wir sind von Natur aus freundlich und versöhnlich. Aber der Befehl war nötig, und ich will Ihnen heute sagen warum.

Im letzten Kriege, 1914/18, den Ihre Regierung anfang, wurde Ihre Armee besiegt: Ihre Generäle kapitulierten, und im Friedensvertrag gab Ihre Regierung zu, daß die Schuld, den Krieg angefangen zu haben, bei Deutschland lag. Doch die Kapitulation erfolgte in Frankreich. Sie hatten den Krieg im eigenen Lande nicht kennengelernt. Ihre Städte waren nicht zerstört wie in Frankreich und Belgien, und Ihre Armeen marschierten als geschlossene Verbände nach Hause. Dann begannen führende Männer in Deutschland das Märchen zu verbreiten, Ihre Armeen hätten den Krieg überhaupt nicht verloren, und bestritten sogar die Richtigkeit der Kriegsschuld Klauseln des Friedensvertrages. Sie erzählten Ihnen, Deutschland sei weder schuldig noch geschlagen, und weil Sie den Krieg nicht im eigenen Lande erlebt hatten, glaubten das viele von Ihnen, und als Ihre Regierung einen neuen Krieg anfang, jubelten Sie ihr zu.

Wieder wurden nach Jahren der Verwüstung, des Blutvergießens und des Elends Ihre Armeen geschlagen. Diesmal waren die Alliierten entschlossen, Ihnen einen Denkkzettel zu geben - nicht nur, daß Sie erneut geschlagen waren, was Sie inzwischen wohl gemerkt haben, sondern auch, daß Sie, Ihr Volk, wieder schuld am Beginn des Krieges sind. Denn wenn das Ihnen und Ihren Kindern nicht ganz klargemacht wird, würden Sie sich vielleicht wieder von einer künftigen Regierung täuschen und zu einem neuen Kriege verleiten lassen.

Während des Krieges hat Ihre Regierung es nicht zugelassen, daß Sie erfuhren, wie die Welt über Sie denkt. Daher scheinen viele von Ihnen gedacht zu haben, wenn unsere Soldaten kämen, könnten Sie sich gleich mit ihnen anfreunden, als sei nichts geschehen. Aber es ist nur allzuviel geschehen. Unsere Soldaten haben ihre Kameraden fallen sehen, haben ihr Heim in Trümmern, ihre Frau und Kinder hungern sehen. Auch in anderen Ländern in die Ihre Regierung die Kriegsfackel trug, haben sie schreckliche Dinge gesehen. Sie werden sagen, Sie seien für diese Dinge nicht verantwortlich - schuld daran sei Ihre Regierung. Aber das deutsche Volk hatte sich diese Regierung doch gewählt. Jedes Volk ist verantwortlich für seine Regierung, und solange sie Erfolg hatte, haben Sie ihr zugejubelt und gelacht.

Darum lächeln unsere Soldaten nicht, wenn Sie ihnen "Guten Tag" sagen. Das haben wir befohlen, um Sie zu retten, um Ihre Kinder zu retten, um die ganze Welt vor einem neuen Kriege zu retten. Doch es wird nicht immer so bleiben. Denn wir sind ein christliches Volk, das seinen Feinden vergibt, und wir lächeln gern und sind freundlich. Unser Ziel ist, das Übel des Nazismus zu vernichten, und es ist noch zu früh zu beurteilen, ob dieses Ziel wirklich schon erreicht ist.

Lesen Sie das ihren Kindern vor, wenn sie schon groß genug sind, und sorgen Sie dafür, daß sie es verstehen. Sagen Sie ihnen, warum die englischen Soldaten nicht lächeln.

Anlage 3

Die Zusammenkunft Churchills und Roosevelts auf dem Nordatlantik

Erklärung Churchills und Roosevelts (Atlantik-Charta) vom 14. August 1941

Der Präsident der Vereinigten Staaten und Premierminister Churchill, als Vertreter von Seiner Majestät Regierung in dem Vereinigten Königreich erachteten es bei ihrem Zusammentreffen für richtig, gewisse allgemeine Grundsätze der nationalen Politik ihrer beiden Länder bekanntzumachen, von denen sie eine bessere Zukunft für die Welt erhofften.

Erstens, ihre Länder streben nach keiner Vergrößerung, weder auf territorialem Gebiet noch anderswo.

Zweitens, sie wünschen keine territorialen Änderungen, die nicht mit dem frei zum Ausdruck gebrachten Wunsch der betreffenden Völker übereinstimmen.

Drittens, sie achten das Recht aller Völker, sich die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen. Sie wünschen die obersten Rechte und die Selbstregierung der Völker wieder hergestellt zu sehen, denen sie mit Gewalt genommen wurden.

Viertens, sie werden, unter gebührender Achtung ihrer bestehenden Verpflichtungen, danach streben, daß künftig alle Staaten, große und kleine, Sieger und Unterlegene, gleicherweise Zugang zum Handel und den Rohmaterialien der Welt haben, die sie für das Gedeihen ihrer Wirtschaft benötigen.

Fünftens, sie wünschen die engste Zusammenarbeit aller Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet, um bessere Löhne, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit zu gewährleisten.

Sechstens, nach der endgültigen Vernichtung der Nazityrannei hoffen sie auf einen Frieden, der allen Nationen die Möglichkeit bietet, innerhalb der eigenen Grenzen sicher zu leben, und der allen Menschen die Sicherheit gibt in ihren Ländern frei von Not und Furcht zu leben.

Siebtens, ein solcher Friede würde allen Menschen gestatten, ungehindert die Meere und Ozeane zu überqueren.

Achtens, sie glauben, daß alle Nationen der Welt, sowohl aus praktischen wie aus sittlichen Gründen, dazu kommen werden, auf Gewaltanwendung zu verzichten. Da kein künftiger Friede aufrecht zu erhalten ist, so lange die Rüstungen zu Land, zur See und in der Luft von Nationen weiterhin zum Angriff außerhalb der Grenzen eingesetzt werden, glauben sie auch, daß es wesentlich ist, diese Nationen zu entwaffnen, bis ein umfassendes und dauerndes System der allgemeinen Sicherheit geschaffen wurde. Ebenso werden sie jeden Schritt, der dazu dient, friedliebenden Völkern die erdrückende Last der Rüstung zu erleichtern, unterstützen und fördern.

Anlage 4

Der Morgenthau-Plan vom September 1944 (Übersetzung)

1. Entmilitarisierung Deutschlands

Es sollte das Ziel der Alliierten sein, die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands in kürzest möglicher Zeit nach der Kapitulation durchzuführen. Das bedeutet: vollständige Entwaffnung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes (einschl. des Abtransportes oder der Zerstörung aller Kriegsmaterialien, totale Zerstörung der gesamten deutschen Rüstungsindustrie und Abtransport oder Zerstörung der anderen Schlüsselindustrien, welche für die Wehrkraft grundlegend sind).

2. Die neuen Grenzen Deutschlands

- a) Polen sollte denjenigen Teil Ostpreußens erhalten, welcher nicht an Rußland fällt, dazu den südlichen Teil von Schlesien.
- b) Frankreich sollte die Saar und die angrenzenden Gebiete erhalten, welche durch den Rhein und die Mosel begrenzt werden.
- c) Wie unter Ziffer 4 angeführt, sollte eine internationale Zone geschaffen werden, welche die Ruhr und die umgebenden Industriegebiete umfaßt.

3. Aufteilung des neuen Deutschlands

Der Restteil Deutschlands sollte in zwei autonome, unabhängige Staaten

- 1. einen süddeutschen, bestehend aus Bayern, Württemberg, Baden und einigen kleineren Gebieten, und
- 2. einen norddeutschen, umfassend den größeren Teil des alten preußischen Staates, Sachsen, Thüringen und einzelne kleine Staaten, aufgeteilt werden.

Herstellung einer Zollunion zwischen dem neuen süddeutschen Staat und Österreich, welches nach den Grenzen von vor 1938 wiederherzustellen sein wird.

4. Das Ruhrgebiet

(Die Ruhr mit dem gesamten Industriegebiet, einschl. des Rheinlandes, des Kieler Kanals und aller deutschen Gebiete nördlich davon.)

Hier liegt das Herz der deutschen industriellen Macht. Dieses Gebiet sollte nicht nur von allen dort augenblicklich bestehenden Industrien entblößt, sondern so geschwächt und kontrolliert werden, daß es in absehbarer Zeit kein Industriegebiet wieder werden kann. Folgende Schritte würden das vollenden:

- a) Innerhalb kürzester Frist, wenn möglich nicht länger als sechs Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten, sollen alle Industrieanlagen und Ausrüstungen nicht durch eine militärische Aktion zerstört, sondern vollständig demontiert und als Restitution für die Alliierten abtransportiert werden. Alle Kohlengrubenausrüstungen sollen entfernt und die Kohlengruben geschlossen werden.

b) Das Gebiet sollte internationalisiert und durch eine internationale Sicherheitsbehörde, die durch die Vereinten Nationen zu errichten wäre, verwaltet werden. Die Internationale Behörde sollte sich bei Verwaltung des Gebietes durch Richtsätze leiten lassen, die geeignet sind, die obengenannten Ziele zu erreichen.

5. Restitution und Reparation

Reparationen in Form zukünftiger Zahlungen und Ablieferungen sollten nicht gefordert werden. Restititionen und Reparationen werden wirksamer sein durch die Abtretung der vorhandenen deutschen Hilfsquellen (resources, Bodenschätze) und Gebiete, d.h.

- a) durch Rückerstattung des Eigentums, welches die Deutschen in den besetzten Gebieten geplündert haben;
- b) durch Abtretung deutscher Gebiete und deutscher Privatrechte auf industrielles Eigentum an die überfallenen Länder und die Internationale Behörde gemäß Aufteilungsprogramm;
- c) durch Abtransport und Verteilung der industriellen Anlagen und Ausrüstungen innerhalb der internationalen Zone und den norddeutschen und süddeutschen Staaten unter die verwüsteten Länder, entsprechend den Verteilungsbestimmungen;
- d) durch Zwangsarbeit Deutscher außerhalb Deutschlands;
- e) durch Beschlagnahme aller deutschen Guthaben jedweder Natur außerhalb Deutschlands.

6. Erziehung und Propaganda

a) Alle Schulen und Universitäten seien zu schließen, bis eine Alliierte Erziehungskommission ein wirkliches Reorganisationsprogramm aufgestellt hat. Es ist vorauszusehen, daß es vielleicht eine längere Zeitspanne dauern wird, bis höhere Schulen wieder eröffnet werden können. Währenddessen sollte die Ausbildung deutscher Studenten auf auswärtigen Universitäten nicht verboten werden. Grundschulen seien, sobald geeignete Lehrer und Schulbücher verfügbar sind, wieder zu eröffnen.

b) Alle deutschen Sender und Zeitungen, Zeitschriften, Wochenausgaben usw. werden ihr Erscheinen einstellen, bis entsprechende Kontrollen gewährleistet und ein bestimmtes Programm aufgestellt ist.

7. Politische Dezentralisation

Die Militärverwaltung Deutschlands sollte in der Anfangszeit ausgeführt werden im Hinblick auf die eventuelle Teilung Deutschlands. Um die Teilung zu erleichtern und ihr Bestehen zu festigen, sollten sich die Militärbehörden durch folgende Grundsätze leiten lassen: a) Alle leitenden Beamten der Reichsregierung zu entlassen und vorerst mit Lokalverwaltungen verhandeln.

b) Die Wiedererrichtung der Länderregierungen entspr. der 18 Länder, in welche Deutschland gegenwärtig geteilt ist, in die Wege zu leiten und die preußischen Provinzen als selbständige Länder zu errichten.

c) Nach der Teilung Deutschlands sollen die verschiedenen Länderregierungen ermutigt werden, eine Bundesregierung (federal government) zu organisieren für jedes der neu aufgeteilten Gebiete. Solche neuen Regierungen sollten eine Art Staatenföderation sein mit sehr weitgehenden staatlichen Rechten und weitgehender örtlicher Autonomie.

8. Verantwortung der Armee für die Wirtschaft

Das einzige Ziel der Armee bei der Kontrolle der deutschen Wirtschaft sollte darin bestehen, die militärischen Operationen und die militärische Besetzung zu erleichtern. Die Alliierten Militärregierungen sollten für Wirtschaftsprobleme wie Preiskontrollen, Rationierung, Arbeitslosigkeit, Unterbringung oder Verkehr oder Maßnahmen, welche bestimmt sind, die deutsche Wirtschaft zu erhalten und zu stärken, nicht die Verantwortung übernehmen mit Ausnahme derjenigen, welche für die Heeresverwaltung (military operations) notwendig sind. Die Verantwortung für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes liegt bei den Deutschen selbst mit denjenigen Hilfsmitteln, die unter den gegenwärtigen Umständen zur Verfügung stehen.

9. Kontrolle der deutschen Wirtschaftsentwicklung

Während der Dauer von etwa zwanzig Jahren nach der Kapitulation sollten durch die Vereinten Nationen entsprechende Kontrollen einschl. der Kontrolle über den Außenhandel und fester Beschränkungen der Kapitalinvestitionen beibehalten werden, die dazu bestimmt sind, in den neu errichteten Ländern den Auf- und Ausbau von Schlüsselindustrien, welche für das deutsche Wehrpotential notwendig sind, zu verhindern und andere Schlüsselindustrien zu kontrollieren.

10. Agrarprogramm

Aller Großgrundbesitz sollte aufgehoben, unter die Bauern aufgeteilt und das Erbhofgesetz (system of primogeniture and entail) beseitigt werden.

11. Bestrafung von Kriegsverbrechern und Behandlung spezieller Gruppen.

Aufstellung eines Programms für die Bestrafung von Kriegsverbrechen und für die Behandlung nazistischer Organisationen.

12. Uniformen und Paraden

a) Keinem Deutschen soll, eine gewisse Zeit nach Einstellung der Feindseligkeiten, erlaubt sein, irgendeine militärische Uniform oder Uniform einer halb-militärischen Organisation zu tragen.

b) Nirgends sind in Deutschland militärische Paraden zu gestatten und alle Musikkorps aufzulösen.

13. Flugzeuge

Alle Militär- und Zivilflugzeuge (einschl. der Segelflugzeuge) werden beschlagnahmt. Keinem Deutschen soll es erlaubt sein, zu fliegen oder als Flug- oder Bodenpersonal zu dienen.

14. Verantwortung der Vereinigten Staaten

Obwohl die USA auf jeder internationalen Kommission oder Kommissionen, welche für die Durchführung des gesamten deutschen Programms eingesetzt werden mögen, die militärischen und zivilen Interessen voll wahrnehmen würden, sollte die Hauptverantwortung für die Aufsicht (policing) über Deutschland durch die Wehrmacht der kontinentalen Nachbarn Deutschlands, insbesondere durch russische, französische, polnische, tschechische, griechische, jugoslawische, norwegische, holländische und belgische Soldaten übernommen werden.

Nach diesem Programm könnten die amerikanischen Truppen in relativ kurzer Zeit abgezogen werden.

Anlage 5

Feststellung

seitens der Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken sowie der Provisorischen Regierung der Französischen Republik über das Kontrollverfahren

in Deutschland vom 5. Juni 1945

(Amtliche Übersetzung des alliierten Büros des Kontrollrates in Deutschland)

1. Während der Zeit, in der Deutschland die sich aus der bedingungslosen Kapitulation ergebenden grundlegenden Forderungen erfüllt, wird in Deutschland die oberste Gewalt von den Oberbefehlshabern Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, Sowjetrußlands und Frankreichs auf Anweisung ihrer Regierungen ausgeübt, von jedem in seiner eigenen Besatzungszone und gemeinsam in allen Deutschland als ein Ganzes betreffenden Angelegenheiten. Die vier Oberbefehlshaber bilden zusammen den Kontrollrat. Jeder Oberbefehlshaber wird von einem politischen Berater unterstützt.

2. Der Kontrollrat, dessen Entscheidungen einstimmig getroffen werden müssen, trägt für eine angemessene Einheitlichkeit des Vorgehens der einzelnen Oberbefehlshaber in ihren entsprechenden Besatzungszonen Sorge und trifft im gegenseitigen Einvernehmen Entscheidungen über alle Deutschland als Ganzes betreffenden wesentlichen Fragen.

3. Unter dem Kontrollrat sind ein ständiger Koordinationsausschuß, der sich aus je einem Vertreter der vier Oberbefehlshaber zusammensetzt, und ein Kontrollstab tätig, der aus folgenden Abteilungen besteht (wobei auf Grund praktischer Erfahrung vorgenommene Änderungen zulässig sind): Heer, Marine, Luft, Transport, Politik, Wirtschaft, Finanzen, Reparationen und Wiedererstattung, Innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen, Rechtswesen, Kriegsgefangene und Zwangsversleppte, Arbeitseinsatz.

Jede Abteilung hat vier Leiter, von denen einer von jeder der vier Mächte ernannt wird. Die Abteilungsstäbe können sowohl aus Zivil- als auch aus Militärpersonal bestehen und in besonderen Fällen auch in persönlicher Eigenschaft ernannte Angehörige anderer Vereinter Nationen einschließen.

4. Die Funktionen des Koordinationsausschusses sowie des Kontrollstabes bestehen in der Beratung des Kontrollrates, der Ausführung seiner Beschlüsse und deren Weiterleitung an die entsprechenden deutschen Behörden sowie in der Überwachung und Kontrolle der laufenden Tätigkeit dieser Behörden.

5. Die Verbindung zu den anderen hauptsächlich interessierten Regierungen der Vereinten Nationen wird durch Ernennung von Militärmissionen (denen auch Zivilpersonen angehören können) bei dem Kontrollrat seitens dieser Regierungen hergestellt. Diese Missionen haben zu den die Kontrolle ausübenden Dienststellen auf dem entsprechenden Dienstweg Zutritt.

6. Organisationen der Vereinten Nationen, sofern sie von dem Kontrollrat zur Betätigung in Deutschland zugelassen werden, sind dem Alliierten Kontrollapparat untergeordnet und ihm gegenüber verantwortlich.

7. Die Verwaltung des Gebietes von Groß-Berlin wird von einer Interalliierten Behörde geleitet, die unter der Leitung des Kontrollrates arbeitet und aus vier Kommandanten besteht, deren jeder abwechselnd als Hauptkommandant fungiert. Sie werden von einem Stab von Sachbearbeitern unterstützt, der die Tätigkeit der örtlichen deutschen Behörden überwacht und kontrolliert.

8. Die oben dargelegte Regelung gilt für die der deutschen Kapitulation folgende Besatzungszeit, innerhalb welcher Deutschland die sich aus der bedingungslosen Kapitulation ergebenden grundlegenden Forderungen erfüllt. Eine Regelung für die darauffolgende Zeit wird Gegenstand einer Sondervereinbarung bilden.

5. Juni 1945.

Anlage 6

Feststellung

seitens der Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken sowie der Provisorischen Regierung der Französischen Republik über die Besatzungszonen

in Deutschland vom 5. Juni 1945

(Amtliche Übersetzung des alliierten Büros des Kontrollrates in Deutschland)

1. Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt, von denen eine jeder der vier Mächte wie folgt zugeteilt wird:

eine östliche Zone der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken;

eine nordwestliche Zone dem Vereinigten Königreich;

eine südwestliche Zone den Vereinigten Staaten von Amerika;

eine westliche Zone Frankreich.

Die Besatzungstruppen in jeder Zone unterstehen einem von der verantwortlichen Macht bestimmten Oberbefehlshaber. Jede der vier Mächte darf nach ihrem Ermessen in die unter dem Befehl ihres Oberbefehlshabers stehenden Besatzungstruppen Hilfsverbände aus den Streitkräften irgendeiner anderen alliierten Macht, welche an den militärischen Operationen gegen Deutschland aktiv beteiligt war, aufnehmen.

2. Das Gebiet von Groß-Berlin wird von Truppen einer jeden der vier Mächte besetzt. Zwecks gemeinsamer Leitung der Verwaltung dieses Gebietes wird eine interalliierte Behörde (russisch: Komendatura) errichtet, welche aus vier von den entsprechenden Oberbefehlshabern ernannten Kommandanten besteht.

5. Juni 1945.

Anlage 7

Der englische Sozialpolitiker William Henry Lord Beveridge über seine Eindrücke in Deutschland, August 1946

I. Die Verarmung der britischen Zone

Ich bin soeben von einer vierzehntägigen Reise durch die britische Zone Deutschlands - einschließlich einem zweitägigen Besuch Berlins - zurückgekehrt. In diesem Artikel will ich einige der Vorgänge und Zustände darstellen, wie ich sie in der Zone vorfand. In dem folgenden Artikel will ich dann einige Anregungen dazu bringen, was dort nach meiner Ansicht geschehen sollte. Daß eine völlige Umkehr von dem, was jetzt dort geschieht, unerlässlich ist, wird, glaube ich kein unparteiischer Beobachter bestreiten. In beiden Artikeln werde ich mich auf die Städte beschränken.

auf dem Lande ist die Lage besser in bezug auf die Ernährungs- und Wohnverhältnisse, wenn auch die Landgebiete ihre eigenen unlösbaren Probleme mit den deutschen Flüchtlingen und den ausländischen Zwangsverschleppten haben.

Im Augenblick herrscht in praktisch jeder Stadt der britischen Zone (und es ist eine vorwiegend städtische Zone) eine hoffnungslose Materialknappheit, es herrscht Mangel an allem, was zur Führung eines gesunden Lebens notwendig ist, und alles, was zur Bequemlichkeit des Lebens gehört, fehlt vollständig. Das ist keine Übertreibung, sondern unbestreitbare Tatsache. Die Nahrungsmittelrationen geben dem Normalverbraucher nicht einmal die Hälfte der Kalorienmenge, die wir in England als unerlässlich für die Aufrechterhaltung der Gesundheit ansehen. Was wir für eine Woche bekommen, und worüber wir uns noch beschweren, muß in Deutschland einen Monat reichen. Das gilt für die meisten Dinge außer Brot und Kartoffeln, insbesondere für Fette aller Art, Zucker, Fleisch und Käse. Natürlich gibt es Zusatzrationen für besondere Gruppen wie Bergarbeiter und Schwerarbeiter. Aber da diese Leute meistens Familien haben, die sie nicht hungern sehen mögen, bleiben die Zuteilungen für die Familie insgesamt unzureichend. In fast allen Industrien sind hohe Arbeitsausfälle zu verzeichnen, sie sind teilweise auf den Hunger zurückzuführen und teilweise darauf, daß die Arbeiter jede Woche für einige Tage zum Hamstern aufs Land fahren.

Ausblick auf einen harten Winter

Im vergangenen Winter wurden keine Zuteilungen an Hausbrandkohle ausgegeben, und auch für den nächsten Winter sind keine vorgesehen. Neue Bekleidungsstücke werden so gut wie gar nicht hergestellt, und die alten tragen sich immer mehr ab. Man braucht nur auf die Füße der Kinder zu sehen, die barfuß oder mit allem möglichen provisorischen Schuhwerk bekleidet zu den Schulspeisungen kommen, um sich einen Begriff davon zu machen, wie schrecklich es für sie im Winter werden wird, wenn es schneit oder regnet.

Am schlimmsten ist die Wohnungsnot. Sie ist ein Ergebnis der Kriegführung. In jeder größeren Stadt der britischen Zone sind etwa zwei Drittel der Häuser so weit zerstört, daß sie nicht mehr bewohnt oder wieder aufgebaut werden können. Praktisch alle Deutschen in diesen Städten leben in unbequemen, gedrängten Verhältnissen; und ein ganz beträchtlicher Prozentsatz lebt unter Verhältnissen, die einfach erschütternd sind. Es ist nur gerecht und heilsam, daß das deutsche Volk, welches den Krieg skrupellos in so viele andere Länder getragen hat, auf diese Weise im eigenen Lande erfährt, was Krieg bedeutet. Aber gegenüber dem deutschen Volk als Ganzem, wenn man von seinen verbrecherischen Führern absieht, ist der Gerechtigkeit hiermit Genüge geschehen. Wir sollten jetzt von der Bestrafung zur Besserung und Vorbeuge übergehen. Wir sollten erkennen, wie vernichtend die Bestrafung bereits gewesen ist.

Langsame Aushungerung

Anscheinend erkennen wir das keineswegs. Fünfzehn Monate nach der Niederlage ist kaum eine Besserung zu spüren oder auch nur die geringste Aussicht, der langsamen Aushungerung und den unerträglichen Wohnverhältnissen zu entgehen. Die Räder der Industrie haben sich - auf Grund des Kohlen- und Rohstoffmangels - noch kaum zu drehen begonnen. Dennoch scheint es den Besatzungsmächten weniger darum zu gehen, den Deutschen die Möglichkeit zum Wiederaufbau ihrer Wirtschaft zu geben, als vielmehr darum, weitere Zerstörungen durchzuführen.

Die ganze Politik der Vernichtung von Gebäuden und Maschinen unter der Begründung, daß sie Kriegspotential darstellen, müßte einmal überprüft werden. So wie im totalen Krieg alles Kriegspotential ist, so hat auch fast alles, was Kriegspotential ist, ein Friedenspotential und kann zur Deckung des dringenden Friedensbedarfs verwandt werden. Bei der gegenwärtigen verzweifelten Materialkrise in der britischen Zone sollten wir alles erhalten, was Friedenspotential besitzt. Ist sein Hauptzweck kriegerischer Art, so können wir es später immer noch vernichten, wenn die Krise überwunden ist.

Elend ohne Hoffnung

Am grausamsten und schädlichsten ist diese Politik der Jugend gegenüber. Praktisch war jeder Junge gezwungen, in die Hitlerjugend einzutreten; den meisten erschien es eine patriotische Pflicht; jeder, der ein wenig über den Durchschnitt hinausragte, wurde Führer und fällt damit jetzt unter die Zahl der Geächteten. Glücklicherweise hat man schon weitgehend erkannt, wie unmenschlich und wahnsinnig diese Politik der Jugend gegenüber ist, und es besteht Aussicht auf eine baldige Auflockerung. Ich brauche also bei diesem Thema nicht länger zu verweilen. Aber der Schaden, den die Entnazifizierungspolitik anrichtet, beschränkt sich nicht auf die Jugend allein. Eine ihrer weiteren Auswirkungen ist, daß der Gemeinschaft wertvolle Fachkräfte entzogen werden. Ein britischer Offizier, der im öffentlichen Gesundheitswesen arbeitet, nannte mir als eine seiner Schwierigkeiten die Tatsache, daß fast alle guten Chirurgen und Fachärzte in seinem Bezirk von uns nicht zugelassen werden. Der beste Augenarzt in Hamburg darf keine Blinden mehr heilen.

Anlage 8

Amtliche Verlautbarung über die Berliner Konferenz der drei Mächte (Auszüge)

Potsdam, 2. August 1945

I.

Am 17. Juli 1945 trafen sich der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Harry S. Truman, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Generalissimus J.W. Stalin, und der Premierminister Großbritanniens, Winston S. Churchill sowie Herr Clement R. Attlee auf der von den drei Mächten beschickten Berliner Konferenz. Sie wurden begleitet von den Außenministern der drei Regierungen, W.M. Molotow, Herrn D.F. Byrnes und Herrn A. Eden, den Stabchefs und anderen Beratern.

In der Periode vom 17. bis 25. Juli fanden neun Sitzungen statt. Danach wurde die Konferenz für zwei Tage unterbrochen, für die Zeit, als in England die Wahlergebnisse verkündet wurden.

Am 28. Juli kehrte Herr Attlee in der Eigenschaft als Premierminister in Begleitung des neuen Außenministers, Herrn E. Bevin, zu der Konferenz zurück. Es wurden noch vier Sitzungen abgehalten. Während der Konferenz fanden regelmäßige Begegnungen der Häupter der drei Regierungen, von den Außenministern begleitet, und regelmäßige Beratungen der Außenminister statt.

Die Kommissionen, die in den Beratungen der Außenminister für die vorherige Vorbereitung der Fragen eingesetzt worden waren, tagten gleichfalls täglich. Die Sitzungen der Konferenz fanden in Cäcilienhof bei Potsdam statt.

Die Konferenz schloß am 2. August 1945. Es wurden wichtige Entscheidungen und Vereinbarungen getroffen. Es fand ein Meinungs-austausch über eine Reihe anderer Fragen statt. Die Beratung dieser Probleme wird durch den Rat der Außenminister, der durch diese Konferenz geschaffen wurde, fortgesetzt. Präsident Truman, Generalissimus Stalin und Premierminister Attlee verlassen diese Konferenz, welche das Band zwischen den drei Regierungen fester geknüpft und die Rahmen ihrer Zusammenarbeit und Verständigung erweitert hat, mit der verstärkten Überzeugung, daß ihre Regierungen und Völker, zusammen mit anderen Vereinten Nationen, die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens sichern werden.

II.

Die Einrichtung eines Rates der Außenminister

Die Konferenz erreichte eine Einigung über die Errichtung eines Rates der Außenminister, welche die fünf Hauptmächte vertreten, zur Fortsetzung der notwendigen vorbereitenden Arbeit zur friedlichen Regelung und zur Beratung anderer Fragen, welche nach Übereinstimmung zwischen den Teilnehmern in dem Rat der Regierungen von Zeit zu Zeit an den Rat übergeben werden können.

Der Text der Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister lautet:

1. Es ist ein Rat zu errichten, bestehend aus den Außenministern des Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, Chinas, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika.

2.(I) Der Rat tagt normalerweise in London, wo der ständige Aufenthalt des Vereinigten Sekretariats sein wird, das durch den Rat zu schaffen ist. Jeder Außenminister wird durch einen Stellvertreter von hohem Rang begleitet werden, welcher gegenfalls bevollmächtigt ist, während seiner, des Außenministers Abwesenheit die Arbeit weiterzuführen, sowie von einem kleinen Stab technischer Mitarbeiter.

(II) Die erste Sitzung des Rates findet in London nicht später als am 1. September 1945 statt. Die Sitzungen können nach allgemeiner Übereinkunft nach anderen Hauptstädten einberufen werden, worüber man von Zeit zu Zeit eine Übereinkunft erzielen kann.

3.(I) Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa stehen, auszuarbeiten. Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird.

(II) Zur Lösung jeder dieser Aufgaben wird der Rat aus Mitgliedern bestehen, welche diejenigen Regierungen vertreten, die die Bedingungen in der Kapitulation unterschrieben haben, diktiert an den Feindstaat, den die gegebene Aufgabe betrifft. Bei der Betrachtung der Fragen der friedlichen Regelung mit Italien wird Frankreich als Unterschriftsleistender der Kapitulationsbedingungen Italiens betrachtet werden. Andere Mitglieder werden zur Teilnahme am Rat eingeladen werden, wenn Fragen erörtert werden, die sie direkt betreffen.

(III) Andere Angelegenheiten werden von Zeit zu Zeit dem Rat übergeben werden nach Übereinkunft zwischen den Regierungen, die seine Mitglieder sind.

4. (I) Wenn der Rat eine Frage erörtern wird, an der unmittelbar ein Staat interessiert ist, der in ihm nicht vertreten ist, muß dieser Staat eingeladen werden, seine Vertreter zur Teilnahme an der Beratung und Prüfung dieser Frage zu entsenden.

(II) Der Rat kann seine Arbeitsweise dem Charakter des gestellten, von ihm zu prüfenden Problems anpassen. In einigen Fällen kann er die Frage in seiner Zusammensetzung vor der Teilnahme der anderen interessierten Staaten vorberaten. Im anderen Falle kann der Rat eine offizielle Konferenz der Staaten einberufen, die am meisten an der Lösung eines beliebig gestellten Problems interessiert sind.

Der Entschließung der Konferenz entsprechend, schickte jede der drei Regierungen gleichlautende Einladungen an die Regierungen von China und Frankreich, diesen Text anzunehmen und sich der Errichtung des Rates anzuschließen.

Die Errichtung des Rates der Außenminister für besondere Ziele, die in diesem Text genannt worden sind, widerspricht nicht der auf der Krim-Konferenz erzielten Übereinkunft über die Abhaltung periodischer Beratungen der Außenminister der Vereinigten Staaten, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und des Vereinigten Königreiches.

Die Konferenz überprüfte auch die Situation der europäischen konsultativen Kommission im Sinne der Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister. Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß die Kommission erfolgreich ihre Hauptaufgaben bewältigt hat, indem sie die Vorschläge betreffend die bedingungslose Kapitulation, die Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs und das internationale Kontrollsystem in diesen Ländern vorlegte. Es wurde für richtig befunden, daß für die speziellen Fragen, die die gegenseitige Angleichung der Politik der Alliierten hinsichtlich der Kontrolle über Deutschland und Österreich betreffen, in Zukunft der Zuständigkeit des Kontrollrats in Berlin und der Alliierten Kommission unterliegen sollen. Demgegenüber ist man darüber einig geworden, die Auflösung der Europäischen Konsultativen Kommission zu empfehlen.

III.

Über Deutschland.

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit einen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Der Text dieser Übereinkunft lautet:

Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode bedienen muß:

A. Politische Grundsätze.

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberkommandierenden der Streitkräfte der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt und zwar von jedem in seiner Besatzungszone, sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrats in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen ausgeübt.

2. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muß die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland die gleiche sein.

3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

(I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann oder deren Überwachung. Zu diesem Zweck:

a) werden alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Ämtern, einschließlich des Generalstabes, des Offizierkorps, der Reservisten der Kriegsschulen, der Kriegervereine und aller anderen militärischen und halb-militärischen Organisationen zusammen mit ihren Vereinen und Unterorganisationen, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, völlig und endgültig aufgelöst, um damit für immer der Wiedergeburt oder Reorganisation des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen;

b) müssen sich alle Waffen, Munition und Kriegsgeräte und alle Spezialmittel zu deren Herstellung in der Gewalt der Alliierten befinden oder vernichtet werden. Der Unterhaltung und Herstellung aller Flugzeuge und aller Waffen, Ausrüstung und Kriegsgeräte wird vorgebeugt werden.

(I) Die lokale Selbstverwaltung wird in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen, und zwar durch Wahlausschüsse (Räte) so schnell wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und den Zielen der militärischen Besatzung vereinbar ist, wiederhergestellt.

(II) In ganz Deutschland sind alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen.

(III) Der Grundsatz der Wahlvertretung soll in die Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesverwaltungen, so schnell wie das durch die erfolgreiche Anwendung dieser Grundsätze in der örtlichen Selbstverwaltung gerechtfertigt werden kann, eingeführt werden.

(IV) Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.

10. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung Freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden.

B. Wirtschaftliche Grundsätze.

11. Mit dem Ziele der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und zu unterbinden. Die Herstellung von Metallen und Chemikalien, der Maschinenbau und die Herstellung anderer Gegenstände, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft notwendig sind, ist streng zu überwachen und zu beschränken, entsprechend dem genehmigten Stand der friedlichen Nachkriegsbedürfnisse Deutschlands, um die in dem Punkt 15 angeführten Ziele zu befriedigen. Die Produktionskapazität, entbehrlich für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem Reparationsplan, empfohlen durch die interalliierte Reparationskommission und bestätigt durch die beteiligten Regierungen, entweder zu entfernen oder, falls sie nicht entfernt werden kann, zu vernichten.

12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.

Anlage 9

Die neuen selbständigen Länder

a) Verordnung Nr. 46 der Militärregierung über die Auflösung der Provinzen des ehemaligen Landes Preußen in der britischen Zone und ihre Neubildung als selbständige Länder (Auszüge)

23. August 1946

Zur Durchführung der Neubildung von Ländern aus den in der Britischen Zone liegenden ehemaligen preußischen Gebieten wird hiermit folgendes verordnet:

Artikel I

1. Ohne die Möglichkeit einer späteren Neugliederung auszuschließen, werden die Provinzen des Landes Preußen oder Teile davon in der Britischen Zone (in der Verordnung "Provinzen" genannt) - aufgeführt in Teil I des Anhangs zu dieser Verordnung - hiermit als solche aufgelöst und erhalten vorläufig die staatsrechtliche Stellung von Ländern. Sie führen in Zukunft die Namen, wie sie in Teil II des genannten Anhangs aufgeführt sind.

Artikel II

2. Vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung an führen die Oberpräsidenten der Provinzen die Amtsbezeichnung "Ministerpräsidenten".

3. Sämtliche Beamten oder Angestellten der Provinzen bleiben vorläufig in ihren derzeitigen Ämtern oder Stellungen.

Anlage 10

Verordnung Nr. 12 vom 15. September 1945 der Militärregierung in Deutschland, Britisches Kontrollgebiet (Auszüge)

Um das Wachstum eines demokratischen Geistes in Deutschland zu fördern und um das Abhalten freier Wahlen an einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt vorzubereiten, wird folgendes verordnet:

Artikel I

Bildung von politischen Parteien.

1. Politische Parteien können auf einer Kreisgrundlage gemäß den hierin enthaltenen Bestimmungen gebildet werden.
2. Die Militärregierung kann einen Zusammenschluß der im Rahmen dieser Verordnung gebildeten Parteien in größeren Gebieten unter Erlassung von besonderen Bestimmungen und Bedingungen gestatten.
3. Die Mitgliedschaft zu politischen Parteien muß freiwillig sein.

Artikel II

Form des Antrages.

4. Jede Person oder jede Gruppe von Personen, die den Wunsch hat, eine politische Partei für einen Kreis zu gründen, kann einen Antrag an die Militärregierung auf Genehmigung zur Bildung einer solchen Partei stellen. Solche Anträge müssen von den Antragstellern unterzeichnet werden. Die folgenden Schriftstücke sind beizufügen:
 - a) Ein Entwurf der Satzungen und Richtlinien für die vorgeschlagene politische Partei;
 - b) Ein ihre Ziele und Zwecke umfassendes Programm;
 - c) Eine Liste der Namen und Anschriften der zu bestimmten Ämtern vorgeschlagenen Personen unter Angabe des von jeder Person zu bekleidenden Amtes;
 - d) Eine Erklärung über die Finanzierung der Partei;
 - e) Eine Erklärung über die Höhe des von jedem Mitgliede zu zahlenden Beitrages.
5. Wenn zwei oder mehrere im Rahmen dieser Verordnung gebildete politische Parteien aus verschiedenen Kreisen einen Zusammenschluß wünschen, um eine Partei für ein größeres Gebiet zu bilden, können sie bei der Militärregierung einen Antrag auf Genehmigung des Zusammenschlusses stellen. Solche Anträge müssen von dem Vorsitzenden oder einem anderen Vorstandsmitgliede jeder Partei unterzeichnet werden. Die in dem vorhergehenden Absatze dieses Artikels aufgeführten Schriftstücke sind beizufügen mit einer Erklärung, die darlegt, wie die Ansichten jeder Partei festgestellt wurden.
6. Eine Mitteilung, über die Genehmigung, sei es zur Bildung einer Partei oder eines Zusammenschlusses, wird den Antragstellern von der Militärregierung zugestellt werden. Diese Genehmigung (nachstehend Militärregierungsgenehmigung genannt) wird schriftlich erlassen werden und wird die Vorschriften und Bedingungen enthalten, unter welchen die politische Partei gebildet wird oder der Zusammenschluß erfolgen kann. Weder die Bildung noch der Zusammenschluß politischer Parteien können vor der Erteilung der Militärregierungsgenehmigung wirksam werden.
7. Die Erteilung einer Militärregierungsgenehmigung gemäß dieser Verordnung schließt nicht die Befugnisse ein, politische Versammlungen ohne eine Genehmigung gemäß der Verordnung Nr. 10 abzuhalten oder öffentliche Umzüge ohne eine Genehmigung gemäß der Verordnung Nr. 10 abzuhalten, oder öffentliche Umzüge ohne eine Genehmigung gemäß der Verordnung Nr. 11 zu veranstalten.

Genehmigung der Militärregierung,
eine politische Versammlung abzuhalten

(gemäß Verordnung Nr. 10).

Military Government Permit
to hold a Political Meeting

(Pursuant to Ordinance No. 10).

Folgende Personen (Name und Adresse):

The undermentioned persons (names and addresses):

CRÄMER, Heinrich, Herne, Lessingstr. 14

Sozialdemokratische Partei

haben die Erlaubnis, eine Versammlung abzuhalten, verbürgt durch (Name der Organisation),
are permitted to hold a meeting sponsored by (give title of organisation)

Datum 13th January 1946
on date

Zeit 1030 hours
at (time)

Ort Koopmann's Gaststätten, Bahnhofstr. 1d
at (place)

Folgende Personen nehmen an der Versammlung teil (Name und Adresse):
The following persons will address the meeting (names and addresses)

Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und interessierte
Bürger der Stadt Herne.

Members of the socialdemocratic party and interested citizens
of Herne.

Grund der Versammlung:

The object of which is:

Wiederaufbau der Partei

Recommencement of the party.

Die Höchstzahl der Teilnehmer beträgt:

The maximum number of people to attend is:

about 1000 -1200 persons.

Folgende Bedingungen müssen beachtet werden:

The following conditions must be observed:

- (a) Alle Gesetze, Verordnungen, Befehle und Vorschriften der Militärregierung müssen befolgt werden.
All laws, ordinances, orders and regulations of Military Government shall be strictly obeyed.
- (b) Sammlungen werden / werden nicht erlaubt.
Collections will / will not be permitted.

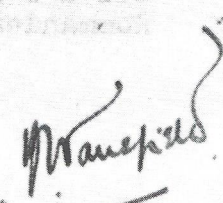
**Allied Military Government
HERNE**

File:-920/GEN/40/B/4

Subject:-Political Meetings
To :-S.P.D. Schulstr. 28 ✓
Herne.
From :-920(SK) Mil.Gov.Det.

1. In future you are required to submit minutes of all political meetings held by you within ~~these~~ days to this HQ.
2. Minutes of meetings at Party Ortsgruppe level will be submitted in English in original.
3. Minutes of meetings at Party Kreis level will be submitted in English in triplicate.
4. These minutes will contain a ~~true~~ statement of speakers, numbers present, a précis of all speeches and of policy decisions made; they will be certified as correct by the responsible party officials.
5. Permits to hold political meetings will be applied for as laid down by Kreis Commander at the meeting with Kreis Party Leaders on 20 Dec 45.

HERNE
5 Jan 46
IBW/EVD


Major.
Comd.920(SK) Mil.Gov.Det.

Copy to: P.S.O.

30.1.1916

Telefon 502 37

An die
Militär-RegierungH e r r eBetr.: Bericht über die Stadtverbands- u. Generalversammlung
der SPD, am Sonntag, dem 27.1.1916.Versammlungsort: Koopmann's Gaststätten.
Anwesend waren 80 Personen.Tagesordnung: 1. Organisationsbericht.
2. Wahl des Vorstandes.
3. Referat des Genossen Seidmacher.

Der Genosse Schönewolf gab einen kurzen Organisationsbericht. Die Mitgliederbewegung hat einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen. Wir haben bereits die Zahl von 1.400 Mitgliedern erreicht. Für die nächste Zeit müssen wir unser Augenmerk mehr auf die Arbeiter-Wohlfahrt richten. Es muss uns gelingen, auch hier eine beachtliche Mitgliederzahl zu erreichen. Eine ganz grosse Arbeit haben wir zu leisten in der Beran- zung der Jugend. Wir müssen feststellen, dass gerade die jungen Menschen noch nicht vertreten sind, wie wir es gerne möchten. Deshalb sollen wir für die Jugend Morgenblatern Vor- anstalten, um so ein engeres Zusammenarbeiten zu ermöglichen und die Ideen des Sozialismus näher zu bringen. Mit dem Erscheinen der Parteizeitung können wir nunmehr be- stimmt bis zum 1. März rechnen. Ausserdem wird in Kürze ein Partimitteilungsblatt herausgegeben. Dieses erscheint wie vor 1913 "Der rechte Wege"- allmonatlich.

Der Vorstand wurde einstimmig gewählt:

Genosse Heinrich J r ä m e r
" Josef P i l l m a n n
" Erich S c h ö n e w o l f.

Das Referat des Genossen Seidmacher:

Die Zahlen über die Kriegsschulden, die uns im Laufe der letzten Wochen übermittelt worden sind, weisen einen starken Widerspruch auf, sodass wir uns kein klares Bild machen können. 40 Milliarden RM schätzt die eine Stelle, eine andere 800 Milliarden RM, eine dritte sogar 1,5 Billionen RM. In den letzten Jahren ist es uns kapitalistische System gewesen, welches die Willensfreiheit des deutschen Volkes sabotiert hat. Wir haben nicht 300 Jahre Democ- kratie, wie z.B. England, Amerika und Frankreich. Wir waren gespalten, nicht nur konfessionell, nein auch in Kleinststaaten, Bistümer, Fürstentümer. Dass wir heute leiden ist nicht nur eine Erscheinung des Krieges, sie findet ihre Ursache in der

kapitalistischen Wirtschaft. Diese hat sich in einer Krise kenntlich gemacht, durch einen ungeheuren Warenüberschuss. Später kam die Krise der Warenknappheit. Gewiss hat dazu auch der Krieg beigetragen, die Ursache liegt aber in der kapitalistischen Wirtschaft. Darum streben wir nach einer planmäßig organisierten Wirtschaft.

Wir haben in der Vergangenheit in Deutschland erlebt, dass die Bildungsrichtungen und Erziehungsstätten (Universitäten usw.) vornehmlich von Kindern der besitzenden Schichten besucht wurden. Aber die intelligenten Kinder der Arbeiterschaft sind ein- und untergegangen in den allgemeinen Produktionsprozess. Sie konnten die Bildungsrichtungen nicht besuchen, weil die Eltern das nötige Geld nicht hatten. Es muss unser Bestreben sein, alle diese Einrichtungen denen zukommen zu lassen, die -und kommt ob arm oder reich- die Fähigkeiten aufweisen.

Genosse Goldmacher sprach weiter über die Unwirtschaftlichkeit innerhalb des kapitalistischen Systems. Das Spiel "Angebot und Nachfrage" regeln den Preis auf dem Weltmarkt hat massgeblichen Anteil an der schnellen Entwicklungsmöglichkeit im Kapitalismus. Wir wollen es sein, die diese Fesseln straffer ziehen. Wir wollen sie in eine organisierte Wirtschaft einlocken. Wir stehen im Mittelpunkt einer zukünftigen Wirtschaft. Im ersten Stelle muss die Sorge um den Menschen stehen. Ein wichtiger Punkt ist die Kohlenförderung und neben dieser die Stahlerzeugung. Aber Kohlenförderung allein genügt nicht, man muss sie transportieren können, und deshalb müssen die Transportwege in Ordnung gebracht werden. Das wiederum ist nur möglich, wenn die Stahlerzeugung 100%-ig ist. Die Alliierten sind sich einig darüber, dass das Ruhrgebiet zum Wohlstand der Menschheit beiträgt, dazu muss die Wirtschaft des Rhein-Ruhrgebietes 100%-ig sein. Die gesamte Kohlenförderung hat heute noch nicht den Friedensstand erreicht. Zum Teil ist das auch auf die psychische Belastung des Bergmanns zurückzuführen.

Der Bergmann muss eine Zukunftsmöglichkeit haben. Das Problem ist durch Steigerung des Kaloriengehalts gelöst wenn der Bergmann nicht weiss, wo die Lebensmittel für seine Familie, seine Frau und Kinder herzuholen sind. Wir müssen in Zukunft eine Sozialpolitik errichten, die den Bergmann vor den Unbillen der Wirtschaft schützt. Die zweite Ursache der unzulänglichen Lebenshaltung liegt an dem Mangel von Bergleuten. Trotzdem liegen im Ruhrgebiet 5-6 Millionen Haldenbestände. Von diesen sollte man doch einen Teil der Bevölkerung alienlich machen, man sie nicht abtransportiert werden können, weil man nicht weiss, dass die Haldenbestände brennen, dass die Luftschadstoffe, der Koks, mit jedem Tage schlechter wird. Die Arbeiter sollte denen zukommen, die am Wiederaufbau arbeiten, die eine Zukunftsmöglichkeit haben.

Sozialdemokratische Partei

Stadtverband Heme

Das Schulungsariat:

Neuzeitliche Zeitschriften

Herausgegeben von der Militärregierung
Druck und Verlag: Koethers & Rötisches, Herne, Poststraße 8, neben der Hauptpost

Nr. 48

Herne, Samstag den 30. März

Jahrgang 1946

Programmatrische Erklärung des Oberbürgermeisters

In der letzten Stadtvorstanderversammlung führte Oberbürgermeister Krämer in einer programmatrischen Erklärung u. a. folgendes aus: Ich darf meine Berufung zu einer programmatrischen Erklärung heute in der Tatsache finden, daß die großen politischen und weltanschaulichen Gegensätze der Sozialdemokratie — als deren Vertreter ich gewählt wurde — durch die geschichtliche Entwicklung ihre Bestätigung gefunden haben. Ich möchte hier aber vorerst hervorheben, daß ich es ablehnen werde, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ganze Programme abzugeben. Ich gehöre nicht zu den Programm-Abklopfen. Mit Schlagworten wie Antifaschist oder Antidemokrat ist heute der Bevölkerung bestimmt nicht gedient. Mit einem Lippenbekenntnis zur Demokratie ist es noch nicht bewiesen, zur wahren Demokratie gehört ihnen etwas mehr, und das ist eine demokratische Gesinnungslage. Meine Arbeiten für die Zukunft werden darauf eingestrichelt sein, so schnell wie möglich das bewährte Hilfsmittel für die Herne Bevölkerung vergessen zu machen.

Die kommunalpolitischen Interessen, wie sie sich in der Gebietskörperschaft Herne darstellen, sind von der besonderen Tatsache beherrscht, daß Herne eine Stadt der Arbeiter ist. Auch die sonstige Stadtverordnetenversammlung hat diesem Rechnung zu tragen in allen ihren Beschlüssen.

Als ich vor rund 42 Jahren als junger Arbeiter in Herne den Weg zur Sozialdemokratie fand und seitdem um die Verwirklichung ihres Programms kämpfte, da wurde in den vielen zurückliegenden Jahren der Mühen und mancher Not dieses Programms die Zukunft vor mir besonders in der Form des Glaubensbekenntnisses, ich erachte es daher als selbstverständlich, daß in der Stadt der Arbeiter die Besondere der Arbeitererschaft an erster Stelle stehen.

Der übrige Teil der Herne Bevölkerung soll damit von mir keineswegs vernachlässigt werden. Ich werde bis mir wohl bewußt, daß die soziale Zusammenbruch vieler Existenzen des Mittelstandes im Gefolge des gesamten Wirtschaftswendens und die tatsächlich vor sich gehende Abwanderung weiler Schichten des sogenannten Mittelstandes auf den Lebensstandard und zweifellos unter dem Lebensstandard der Arbeiterschaft uns vergrößert, Aufmerksamkeit und Fürsorge auch hier aufzubringen. Die mir gestellte Aufgabe als Oberbürgermeister der Stadt fordert, daß in der derzeitigen Bedrängnis die gemeinsame Wohl und Wehe aller Bürgerrechte beachtet werden.

Die Existenz eines Teiles der Bürgerschaft wird künftig im Schatten der Existenzbedrohungen der anderen Teile stehen. Es sind bereits durch die Wirtschaftslage und die Arbeitsbeschäftigung in der Krise der Arbeiter betroffen. Wir hoffen, daß nicht auch größere Werke solchen Auswirkungen zum Opfer fallen. Das hier sich erhellende Gefahren für die Bevölkerung muß höchstgrößte Beachtung geschenkt werden. Ich betone auch hier, daß in allen Werken unserer Industriekräfte sich unsere Arbeiterschaft stellt und sie nur noch das eine große Kapital ist, von dem wir leben können; sie darf nicht brachgelegt werden.

Große Sorgen bereitet uns die Ernährungslage. Unter dem Rückgang notwendiger Leistungen, die für die tatsächliche Lebensmittellieferung entscheidend sind, kann die Verschlechterung der Ernährungslage der Bevölkerung, die auch eine Krise der Demokratie bedeuten würde.

Der Raum der amtlichen Befugnisse einer Stadtverwaltung ist in der Ernährungslage gewiss im Gegenstand über die Größe der Aufgabe und ihre Bedingungen, wie dennoch auch hier der organisatorische richtige Einsatz der Wirtschaftsmittel verlangt werden. Demnach ergibt sich ein besonderer wichtiger Beitrag der politischen Führung daraus, daß die angesetzten politischen Gedanken einer Ernährungspolitik bereits zu einem gewissen politischen Kapital führen, das die verborgene Reaktion sich der Schwierigkeit in der Ernährungslage in demagogischer Weise zu vergrößern, ganz abgesehen von dem Wahnwitz sehr ernstlichen Sorgen. Der Hausbesitzer muß sich darüber klar sein, daß der Zufall, im Besitz von Krieger verschont worden zu sein, kein Privileg und keine Redigiererei bedeutet gegenüber den vom Krieger Betroffenen.

Der Ausbau beschränkter Wohnungen und der zu verbleibende Ausbau rentierlicher Wohnungen wird mit besonderer Energie betrieben werden müssen, da sich Schwierigkeiten über Schwierigkeiten allein schon der Mietenbeschaffung entgegenstellen, ganz abgesehen von der Frage nach den Arbeitskräften.

In diesem Zusammenhang muß auch einmal darauf hingewiesen werden, daß große und steigende Teile unserer Bevölkerung in ihrer Wohnung keineswegs mehr ein „Heim“ haben und insbesondere unsere Jugend in hundert von Störungen steht, deren Auswirkungen wir heute noch gar nicht abwägen können. Sie werden den Auswirkungen dieser gleichen Not auf den Sachverhalt der allgemeinen Wohlfahrtsfrage, der Gesundheitsfürsorge und der Jugendbeschäftigung wieder begegnen. Wir dürfen daher den Zusammenhang dieser Sachgebiete nicht vernachlässigen, sondern müssen ihn im Gegenteil bewußt aufrechen.

Neben den Fragen der staatsbürgerlichen Anteilnahme an der Selbstverwaltung stehen die Fragen aus der Jugend- und Erwerbsbeschäftigung, leider zwischen sich in der Schulpolitik auf dem Gebiet der sogenannten Schulfraße besondere Bestrebungen ab, von denen wir hoffen, daß sie nicht eine religiöse Zersplitterung in unser Volk tragen mögen. In der heutigen Zeit der blanken Existenznot ist die Frage nach der Konfessionszugehörigkeit — nach meiner persönlichen Überzeugung — von dem Gang der allgemeinen Entwicklung beid auf die allein zukommende Bedeutung zurückzuführen, da die demokratische Gemeinwesenheit ihren staatsbürgerlichen Vorrang binnen kurzem erwerben haben wird. Ich denke, daß in dem konfessionell und weltanschaulich getrennten die Bevölkerungsgesamtheit Toleranz und staatsbürgerliche Verantwortung zu einem gesunden Ausgleich bringen wird.

Im übrigen werden die demokratischen Aufgaben der Jugend- und Erwerbsbeschäftigung der Gewerbetreibenden werden. Unsere Jugend wird durch die Einordnung in die europäische Dienst- und Kulturwelt den Blick für unseren stiftenden Werte der

Menschheit gewinnen müssen, denn sie soll demselben anderen Deutschland in der Welt vertreten, von dem wir hoffen, daß es die Achtung der anderen Völker gewinnen kann. Es darf hierbei keine Bildungsvorteile gesondert dem Fögen sind ohne Rücksicht auf weltliche Veranstaltungen geeignete Auszubildende zu öffnen. Dem Volkshilfsdienst muß ein besonderer Aufmerksamkeitspunkt zugewandt werden, insbesondere durch die Einlegung eines Fremdsprachenunterrichts, der nicht der Umstand Rechnung getragen werden, daß junge Deutsche künftig in anderen Ländern Bekanntheit mit dem Gedanken und der Haltung ihrer Länder schließen sollen und daß sie dort auch Arbeit werden aufnehmen müssen.

Der geistige Raum einer solchen Jugendbeschäftigung muß in einer Erwerbsbeschäftigung der Bevölkerung finden. Die guten Sitten unseres Volkstums müssen hier für die geistige Aufzuchtungsarbeit maßgebend werden, damit wir aus dem Boden des Systems der Erwerbsbeschäftigung neue geistige Lebensformen ziehen können.

In Zusammenhang mit diesen Fragen der geistigen Erneuerung steht die politische Auswirkung der Nazifizierung. Zur Wertschätzung der bisherigen Maßnahmen kann man im übrigen sagen, daß man braucht nicht die Frage vorzutragen, ob der Machtantritt der Nationalsozialisten in der Mittelstadt allein oder unter der Zwang zu ihr ausgedrückt werden nicht auch in freier, die heute als unpolitisch erscheinen können, die geistige Verschiebung nationalsozialistischer Ideen und ihrer Trabanten insbesondere in ihre unpolitischen Sozialpolitik manchen Umständen schärfer ausgedrückt ist. In den neuen Richtlinien zum Verfahren der Entnazifizierung wird der Mitwirkung der Bevölkerung größeren Raum vorbehalten.

Bei diesen Fragen dürfen wir auch eine Sorge nicht verhehlen. Die Entnazifizierung darf nicht zu einem Irrtum gegen die Demokratie angezettelt werden; die Mitwirkung der Bevölkerung wird dementsprechend fördern können. Insbesondere wird die weitere Tätigkeit der von der Entnazifizierung Betroffenen im Auge behalten werden müssen, wobei nicht alle im gleichen Maße zu beherzigen werden. Die Zukunft wird die Aufgaben finden, denen wir schon heute entgegenstellen sollten, um keine Angriffsmöglichkeiten gegen die Demokratie zu begünstigen.

Neue Dienststunden bei der Stadtverwaltung

Von Montag, dem 1. April 1946, ab sind die Dienststunden bei der Stadtverwaltung wie folgt festgesetzt: montags bis freitags von 7.30 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 17.30 Uhr; samstags von 7.30 bis 13.00 Uhr.

Neueintragung beim Schumacher

Die Versorgung der Schumacher mit Bezahl- und Belegungsstellen ist trotz aller Anstrengungen der zuständigen Stellen nicht in ausreichendem Maße möglich. Durch Zuzug von entlassenen Wehrmachtangehörigen, Evakuierten und Flüchtlingen ist in den von den Schumachern geführten Kundenlisten eine rasche Veränderung eingetreten. Um das anfallende Material gerecht verteilen zu können, ist eine Neueintragung beim Schumacher erforderlich. Zu diesem Zweck wird der Abendmittels 875 „S. A. Herne“ oder Karten aufgeben. Der Abschnitt berechtigt zur Eintragung bei einem beliebigen Schumacher in der Zeit vom 1.—4. April 1946. Der Schumacher teilt die in Frage kommenden Abschnitte von der Lebensmittellieferkarte der 87. Versorgungsperiode den Firmenstempel bzw. die Unterschrift seines Schumachers, die in dem einmündigen Verzeichnis des Betriebes an ihren entsprechenden Beschäftigten ihres Betriebes an ihren bisherigen Schumacher. Der Schumacher zieht die Bescheinigung dieser in Gemeindefürsorge befindlichen Personen ein und händigt dem Kunden ein Ausweis einen besonderen mit seinem Firmenstempel bzw. seiner Unterschrift versehenen Zettel aus. Dieser Zettel sowie der Stammschnitt der Lebensmittellieferkarte der 87. Versorgungsperiode sind zum Nachweis der erfolgten Eintragung bei einem Schumacher sorgfältig aufzubewahren.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Neueintragung beim Schumacher keinen Anspruch auf Bescholung gibt. Sie soll als Zwischenlösung bis zur Herausgabe einer Beschriftete.

Vollbewirtschaftung von Tabakwaren

Auf Anordnung der Militärregierung werden folgende Personennetze unmittelbar durch das 3. Corps der britischen Besatzungsmächte (Tabakwaren versorgt): 1. verschleppte Personen (D. P.), 2. Kriegsgefangene, einschließlich solcher, die in Lazarettlagern liegen, 3. Angehörige der deutschen Dienststellen in „Wehrmacht“-Transportkompanien, Arbeitskompanien usw.) Die o. g. Personennetze haben demnach keinen Anspruch auf eine Raucherkarte. Deutsche Kriegsgefangene erhalten nach der Entlassung zugleich mit den Lebensmittellieferkarten auch eine Raucherkarte.

Eiertverteilung zu Ostern

Auf Grund des Anmeldeabschnittes A werden 2 Eier und zwar auf die Einzelabschnitte 1 und 2 der Eierkarte (s. o. g. Personennetze) haben demnach keinen Anspruch auf eine Raucherkarte. Deutsche Kriegsgefangene erhalten nach der Entlassung zugleich mit den Lebensmittellieferkarten auch eine Raucherkarte.

Verteilung von Vitamin-C-Tabletten

Demnach der Bekanntmachung des Ernährungsausschusses sind die Kinder von 2—12 Jahren 4 Vitamin-C-Tabletten für die 86. Zufüllungsperiode zur Ausgabe. Die Tabletten treffen in den nächsten Tagen ein Es ist darauf zu achten, daß die Verbraucher die Lebensmittellieferkarte der 86. Zufüllungsperiode mit den Abschnitten 14.87 und 15.87 aufbewahren. Ferner werden für die 87. Zufüllungsperiode Vitamin-C-Tabletten ausgegeben, wobei noch eine Bekanntmachung erfolgt.

Neueinteilung der Kehrbezirke in Herne

Durch Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Ansbach vom 10. 10. 1945 sind die 6 Kehrbezirke der Stadt Herne mit Wirkung vom 1. 4. 46 neu abgetrennt. Eine Liste über die zu den einzelnen Bezirken gehörigen Straßen und Häusern liegt im Stadtbüro, Rathaus, Zimmer Nr. 413 — zur Einsichtnahme auf.

Verlegung des Wohnungsamtes ins Polizeigebäude

Das Wohnungs- und Quartieramt (Zimmer 67—68) im Rathaus ist am 30. März 1946, dementsprechend von 8.30 bis 12.00 Uhr, mittwochs und sonntags beschließen.

Abteilung Zuzugsbewilligung (Zimmer 87) und Abt. Flüchtlingsbetreuung (Zimmer 88) montags bis freitags von 8.30—11.00 Uhr, mittwochs und sonntags geschlossen. Fernmündlich ist das Wohnungsamt unter den Nummern 50447 und 51458 zu erreichen.

Ausländer-Meldung durch Arbeitgeber

Auf der Erläuterung aller in der britischen Zone anwesenden, ansatz genommen, teilweise auf der Grundlage von Meldungen gewonnenen und verbereiten Angehörigen der Vereinten Nationen.

Auf Anordnung der Militärregierung haben alle in Herne ansässigen Arbeitgeber (alle Zechen, Fabriken, Handl., Betriebe, Großhandel-, Einzelhandels-, Handels- und landwirtschaftlichen Betriebe), bei welchen jemals (auch vor 1939) Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit beschäftigt waren, spätestens zum 4. 4. 1946 beim Oberstadtdirektor der Stadt Herne, Rathaus, Zimmer 203, schriftlich folgende Meldung zu erstatten:

- a) Vor- und Zuname des Ausländers,
 - b) Geburtsdatum und Ort,
 - c) Sterbdatum, Sterbeort,
 - d) Familienstand,
 - e) Nationalität,
 - f) beschäftigt von wann bis wann,
 - g) falls nicht mehr beschäftigt, jetziger Aufenthaltsort (wenn bekannt),
 - h) letzte Herne-Anschrift.
- Soweit Personalausweisdokumente von den mitbeschäftigten Personen vorhanden, sind diese mit vorzulegen.

Städtische Berufsschule Einschulung am 5. April

Die Sommerausleiher der Städtischen Bücherei

Die neue Schuljahr für die Berufsschule beginnt am 1. April 1946. Zum Schulbesuch verpflichtet sind alle männlichen Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren und die weiblichen von 16 bis 18 Jahren, soweit sie in einem gewerblichen oder kaufmännischen Lehr- oder Arbeitsverhältnis stehen. Alle in diesem Jahr zur einschulenden Berufsschulpflichtigen haben sich am Freitag 5. April 1946, um 8.30 Uhr in der Städtischen Berufsschule in Herne, Schulstraße 39, einzufinden. Die Eltern bzw. Lehrerinnen haben stets die Pflicht, ihre zum Besuche der Berufsschule verpflichteten Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter sofort nach dem Eintritte der Berufsschule bei der Schulleitung zu melden und sofort nach dem Austritt abzumelden. Sie haben den Schulpflichtigen die zur Erfüllung der Schulpflicht erforderliche Zeit zu gewährleisten und regelmäßigen Schulbesuch abzuhalten. Die Erziehungsberechtigten der Schulpflichtigen haben die Schulpflichtigen zum Unterricht und den sonstigen Veranstaltungen der Schule teilnehmen und der Schulverwaltung zu unterstützen. Die Schulpflichtigen sind verpflichtet, sich rechtzeitig zu melden und die Schulpflicht zu erfüllen. Die Schulpflichtigen sind verpflichtet, sich rechtzeitig zu melden und die Schulpflicht zu erfüllen. Die Schulpflichtigen sind verpflichtet, sich rechtzeitig zu melden und die Schulpflicht zu erfüllen.

„Charleys Tante“

Am Donnerstag, dem 4. April, gastiert die Bühne der Stadt Herne mit dem Schwan von Brandon Thomas „Charleys Tante“. Die Aufführungen finden am 14.00 und 17.30 Uhr in der Lübburgstr. Der Kartenvorverkauf endet am Dienstagabend bei Hofling, Stadt und Schreckenberg.

Feuerwehr- und Polizeireife 02 und 01 wieder in Betrieb

Die telefonischen Notrufe zur Alarmierung der Polizei (Ubfahrt) und der Feuerwehr sind wieder in Betrieb. Die Notrufe sind wieder erreichbar, wenn man 01 und die Hilfe der Feuerwehr, wenn man 02 wählt. Es wird ausdrücklich betont, daß Polizei- und Feuerwehrnotrufe nicht für andere Notfälle angewendet werden dürfen. Jeder vorzeitige Mißbrauch wird bestraft.

Die Feuerwehr im Krankendienst

Nachdem die Stadt Feuerwehr seit 1942 den Krankendienst auf der Linie Herne abgelehrt hatte, ist sie nunmehr auf Anordnung der Provinzial-Militärregierung erneut mit dieser Aufgabe betraut worden. Am 1. April d. J. wird die Herne Feuerwehr den Krankendienst für die Stadt Herne wieder übernehmen. Bei Tag und Nacht ist die Herne Feuerwehr jederzeit unter der Fernsprechnr. 3 85 für den Krankendienst und Vorkostentransport der Bevölkerung zur Verfügung.

Schützt eure Kinder vor Diphtherie und Scharlach!

Ein letzter Impferin angesetzt. Er wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein letzter Diphtherie- und Scharlach-Schutzimpferin angesetzt ist. Gerade jetzt, wo infolge der herabgesetzten Lebensmittellieferungen die Widerstandskraft des Körpers gegen Ansteckungen sich weiterhin verschlechtert hat, ist es unbedingt erforderlich, daß die Gefahr der Erkrankung durch eine prompte Schutzimpfung vermieden wird. Es wird immer wieder festgestellt, daß ungeschützte Kinder an Diphtherie und Scharlach erkranken und sterben. Es ist daher eine unverständliche Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit, wenn Eltern unter den jetzigen ungunstigen Verhältnissen ihre Kinder nicht schützimpfen lassen.

Die Impfung finden statt:

am Mittwoch, dem 3. April 1946, von 15 bis 18 Uhr im Rathaus (Kriegsgemeinschaft), Zimmer 18.

Auszahlung der Fürsorgeunterstützung

Die Auszahlung der Fürsorgeunterstützung für den Monat April finden wie folgt statt: am 1. 4. 1946 von 9—12 Uhr an die Sozial- und Kleinrentner und die Empfänger der allgemeinen Fürsorge im Rathaus (Stadtkasse); am 1. 4. 1946 von 9—12 Uhr an die Sozial- und Kleinrentner, die Empfänger der allgemeinen Fürsorge und die Empfänger des Familienunterhalts im den Städtischen Bücherei; am 2. 4. 1946 von 8—12 Uhr an die Empfänger des Familienunterhalts im Rathaus (Stadtkasse). Die Ausgabe der Zahlkarten erfolgt bei den zuständigen Sachbearbeitern.

Gültigkeitsdauer der Reisemarken

Die Reisemarken mit dem Aufdruck 81, bis 83, Zufüllungsperiode (blaue Reisemarken) gelten im Bereich des Landesversorgungsausschusses Westfalen nur bis zum 28. April 1946 (Absatz der 87. Zufüllungsperiode).

Verteilung von Vitamin-C-Tabletten

Die Reisemarken mit dem Aufdruck 81, bis 83, Zufüllungsperiode (blaue Reisemarken) gelten im Bereich des Landesversorgungsausschusses Westfalen nur bis zum 28. April 1946 (Absatz der 87. Zufüllungsperiode).

Verteilung von Vitamin-C-Tabletten

Die Reisemarken mit dem Aufdruck 81, bis 83, Zufüllungsperiode (blaue Reisemarken) gelten im Bereich des Landesversorgungsausschusses Westfalen nur bis zum 28. April 1946 (Absatz der 87. Zufüllungsperiode).

Military Government Permit to hold a Political Meeting. (Pursuant to Ordinance Nr. 10)

The undermentioned persons (names and addresses): -

Erich Schönewolf, Herne, Bergstr. 125

social-democratic-party

are permitted to hold a meeting sponsored by (give title of organisation.)

on date) 1st May 1946

at (time) 1900 hours, at (place) Volkshaus,

The following persons will address the meeting (names and addresses): -

Erich Schönewolf, Herne Bergstr. 125

the object of which is May festival with music, song and recitation.

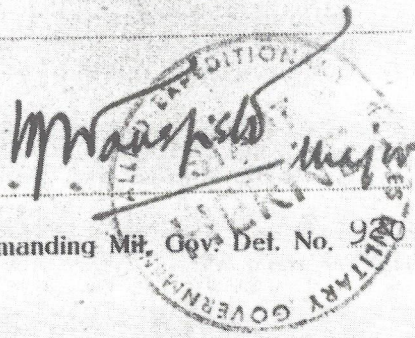
The maximum number of people permitted to attend is 1 200 persons

The following conditions must be observed: -

- (a) All laws, ordinances, orders and regulations of Military Government shall be strictly obeyed.
- (b) Collections will/will not be permitted.
- (c) Free access to such meeting shall at all times be given to any representatives of Military Government or the Allied Forces.
- (d) Such facilities shall be furnished for representatives of Military Government or the Allied Forces as they may demand.
- (e) Special conditions

Signed

Officer Commanding Mil. Gov. Det. No. 9



Date 25 April 1946

18. Juli 1946

Telefon 502 37

An die
C.I.C.,
Herne.

Betrifft: Frauenversammlung der Sozialdemokratischen Partei,
Stadtverband Herne, am Dienstag, dem 16. Juli im
Volkshaus.

In der am Dienstag, dem 16. Juli stattgefundenen Frauenver-
sammlung der Sozialdemokratischen Partei, Stadtverband Herne,
sprach die Oberlehrerin Minna H e r t l e, Köln zur Frauen-
frage.

Die Versammlung wurde von musikalischen und künstlerischen
Darbietungen unrahmt und liess die Frauen für einige Stunden
den grauen Alltag vergessen.

Frau Kurbitz, Merne, eröffnete gegen 16,00 Uhr die Versammlung
und begrüsst die Erschienenen im Namen des Stadtverbands-
vorstandes.

Frau Mertle führte zu ihrem Vortrag " Die Frauen geht es an!"
unter anderem aus :

In Deutschlands schwerster Stunde lastet auf uns Frauen eine
grosse Verantwortung. Der Hitlerkrieg hat uns Millionen unserer
Männer geraubt. Der Frauen-Ueberschuss ist dadurch so gross geworden,
dass wir auf uns gestellt sind und nur mit Hilfe der Sozialde-
mokratischen Partei unser Recht bekommen können.

Wir Frauen haben erkannt, dass durch den nationalsozialistischen
Krieg ungeheuerere Verwüstungen in Deutschland und Europa herauf-
gerufen wurden, die auch eine Zerstörung der Ordnung mitsich-
brachten.

Die Ernährungsschwierigkeiten lasten in erster Linie auf uns
Frauen. Wir müssen die Hungrigen sattmachen und wissen nicht wie.
Die Frage, wie bekomme ich meine Familie satt, nimmt uns Frauen
fast ganz in Anspruch und daher finden wir kaum Zeit, über
unsere Sorgen hinaus, uns noch mit den politischen Geschehnissen
unserer Zeit zu befassen.

Wir Frauen dürfen aber heute nicht mehr abseits des politischen
Geschehens stehen, denn unser zukünftiges Leben ohne Mann wird
schon heute mit entschieden.

2/3 der Wähler, die im Oktober zur Wahl schreiten, sind Frauen.
Darum müssen wir uns schon einschalten, um mitbestimmen zu
können beim Neuaufbau Deutschlands.

Die Referentin schilderte in anschaulicher Weise die 12 Jahre,
die sie in der Verbannung leben musste.

Abkehr von Hitler ist zugleich Abkehr von Krieg und Mord.
Darum müssen sich alle Frauen besinnen, wenn sie in den näch-
sten Monaten zur Wahlurne gehen, nur die Sozialdemokratie

16. September 193

Telefon 502 37

An die
C.I.C.,
Herne.

Bericht über die I. öffentliche Wählerversammlung der Sozialdemokratischen Partei, Stadtverband Herne, am Sonntag, dem 15. September, 10,30 Uhr, im Volkshaus.

Genosse Schönewolf heisst die Versammlung mit dem alten Kampfruf "Freiheit" willkommen.

Nach seinen kurzen Einführungsworten und einigen gesanglichen Einlagen ergreift Landrat Werner Jacobi, Iserlohn, das Wort. Er ging aus von der Zerrüttung unserer Finanzwirtschaft und der Zerspaltung unseres Landes, die das Hitlertum über uns gebracht hat bzw. eine Folge dessen sind und wies auf die überörtliche Bedeutung der kommenden Wahlen hin und darauf, dass wir noch vollkommen uneingeeint sind, was nicht an den örtlichen Verhältnissen liegt, sondern in der Tatsache, dass der politische Raum fehlt, die gemeinsame Konzeption der Sicherheit gegenüber in unserem Lande.

Obgleich viele bedeutende Staatsmänner immer wieder darauf hingewiesen haben, dass wir die Möglichkeit erhalten sollen, aus eigenen Kraft einen konstruktiven Beitrag zum europäischen Frieden zu bringen, warten wir immer noch auf entscheidende Taten.

Ohne diese Taten werden wir aber einen Ausweg, aus dieser katastrophalen Lage, in der wir uns befinden, kaum finden.

Genosse Jacobi kam dann auf den entbrannten Wahlkampf zu sprechen, der mit aller Leidenschaft geführt wird und auf die Entgleisungen der C.D.U., besonders die des I. Vorsitzenden, Herrn Dr. Ardenauers. So machte dieser auf dem Parteitag der CDU, die SPD. für die noch nicht in Gang gesetzte deutsche Wirtschaft verantwortlich, indem er erklärte, dass dies eine Folge der sozialistischen Wirtschaftspolitik sei.

Daran trage nicht die Besatzungsmacht die Schuld, sondern einzig und allein die Sozialdemokratie, die heute die Regierungspartei in der britischen Zone sei.

Dieser Vorwurf soll nichts anderes besagen als uns zu verdächtigen und zu unterstellen, dass wir unsere Instruktionen aus dem Auslande beziehen.

Landrat Jacobi berichtete darauf hin von einer Besprechung mit den Prominenten der Labour-Party und sprach den Wunsch aus, Dr. Ardenauer hätte dort doch Mühen spielen mögen, um zu sehen, wie bei solchen Verhandlungen vorgegangen würde, nämlich, dass dort nur von den Nöten und Sorgen gesprochen werden, die das ganze deutsche Volk angehen.

Er unterstrich den historischen Verdienst des I. Vorsitzenden der SPD., Dr. Kurt Schumacher, der unserem Volke etwas wie Selbstachtung wiedergegeben hat.

Wir haben keine Rücksicht auf irgendwelche Strömungen innerhalb der Partei Rücksicht zu nehmen, wie es bei der CDU der Fall ist und werden es auch in aller Zukunft nicht tun, auch nicht auf eine auswärtige Macht.

An unseren, schon seit 80 Jahren bestehenden Prinzipien lassen wir nicht rütteln, gleich, was auch mit uns geschieht.

b-w.

Das Zeitalter des bürgerlichen Kapitalismus liegt hinter uns und es wird auch nicht wiederkehren, wenn es so mancher auch heute noch hören will.

Der Redner stellte weiter heraus, dass Dr. Ardenauer in seinen Reden immer wieder auf die innerhalb seiner Partei bestehenden Konzeptionen im gesamten Reichsgebiet hinweist, was uns sehr wundert, da man besonders hier im Westen immer nur von einer christlichen Weltanschauung spricht.

Die SPD. bedauert es sehr, dass man in Deutschland eine Partei hat, die Religion und Politik miteinander verbindet. Wir sind der Meinung, dass derjenige, der ein guter Christ ist, dies aus seinem Inneren heraus sein muss und nicht laut in die Öffentlichkeit ruft: Uns kommt es nicht auf ein Lippenbekenntnis sondern auf die Taten an. Die CDU. hat sich bisher aber noch keine Gelegenheit genommen, dies zu beweisen.

Darüber waren sich auch alle Parteien einig, als es galt, die Regierungsbildung des Landes Nordrhein-Westfalen vorzunehmen.

Heute behauptet sie aber, man habe sie hinausmanovriert.

Die CDU. erklärte, entweder wollte sie das Innenministerium besetzen oder gar nichts, da es nun nicht üblich ist, ein Innenministerium zu teilen, hat man auch ohne sie die Regierungsbildung vorgenommen. Wenn sie bereit gewesen wäre, mitzuarbeiten, hätte sich bestimmt eine Kompromisslösung finden lassen.

Die FDP. verglich Landrat Jacobi mit Offizieren, ohne Mannschaften und kam zu der von dieser Partei geforderten freien Wirtschaft. Dabei wies er auf die untragbaren Folgen an Hand einiger Beispiele in der heutigen Notzeit hin.

Abschliessend kam Genosse Jacobi auf die Demontage zunächst in der britischen Zone zu sprechen und betonte, dass doch die Besatzungsmächte zweifellos in der nächsten Zeit die Kontrolle über Deutschland ausüben werden und sie somit eine neue Aufrüstung bestimmt verhindert. Es wäre klüger und vernünftiger, uns nun statt Demontage Friedensaufträge zu geben, damit wir die Möglichkeit haben, durch Einsatz eigener Arbeitskräfte Reparationen zu leisten. Man möge uns doch die Gelegenheit geben, eine Wiedergutmachung unter Beweis zu stellen.

Er schloss seine Ausführungen mit den zündenden Worten des Leides:

Der Erde Glück, der Sonne Pracht, des Geistes Licht,
des Wissens Macht, der ganzen Menschheit sei es gegeben,
das ist das Ziel, das ist der Arbeit heiliger Krieg,
mit uns das Volk, mit uns der Sieg .

Genosse Schönewolf dankte dem Referenten mit herzlichen Worten und forderte evtl. anwesende Vertreter anderer Parteien zur Diskussion auf, worauf aber keine Wortmeldungen eingingen.

Die Versammlung war damit beendet.

Sch.

ARBEITER der Stirn und der Faust!

Wir stehen am Anfang einer Zeitenwende!
Das bürgerlich-kapitalistische Zeitalter ist vorbei!
Dem **Sozialismus** gehört die **Zukunft!**

Doch wahrer Sozialismus heißt **nicht Kollektivismus,**
verantwortungsbewußter Sozialismus

nicht Vermassung!

ARBEITER!

Bist Du für eine sinnvoll gelenkte Planwirtschaft?
Bist Du für einen gerechten Ausgleich der Kriegslasten?
Bist Du für eine soziale Preis- und Lohnpolitik?

Dann kämpfe mit uns

für einen Sozialismus aus christlicher Verantwortung,
für vollste Freiheit der Persönlichkeit,
für echte demokratische Selbstverwaltung!

ARBEITER!

Darum hinein in die



CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

Landesverband Berlin, W 8, Jägerstraße 59-60

hinein in die

große deutsche sozialistische **Volkspartei!**

R.B.-Nr. 0/0523/0002

WESTDEUTSCHE GETRIEBWERKE BOCHUM G. M. B. H.

TELEGRAMM-ADRESSE: FERNRUF: BOCHUM 66195 REICHSBANKGIROKONTO 346/876
GETRIEBWERKE BOCHUM HERNE I. W. 52041 POSTSCHECKKONTO ESSEN 11376
ANSCHRIFT FÜR ALLE BAHNSENDUNGEN: BOCHUM-RIEMKE (ANSCHLUSSGLEIS)

An den
Industriearbeiterverband
Bezirk Herne,
(21) Herne
Schilstr. 28

Eingang 22.1.46
Bearbeitet _____
Erledigt _____

Ihre Zeichen Ihre Nachricht vom Unsere Zeichen (21) BOCHUM, 22.1.46
Postfach 80
9.1.46 Wie/Schm.-
Betrifft: Wahl von Arbeitervetretern.

Wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens vom 9.1.46, das uns durch unser Betriebsausschussmitglied Sturmberg überreicht wurde. Wie Ihnen bekannt, ist vom 3. bis 6.10.45 bei uns bereits eine Betriebsausschusswahl mit Genehmigung der Militärregierung Bochum erfolgt. Wir haben aus diesem Grunde mit unserem Schreiben vom 21.1.46 der Militärregierung Herne hiervon Kenntnis gegeben und das Wahlprotokoll diesem Schreiben beigelegt. Die Militärregierung hat daraufhin gemäss Bescheinigung vom 21.1.46 einen Entscheid gegeben, den wir in der Anlage in Abschrift in englisch und deutscher Übersetzung beifügen. Daraus ist ersichtlich, dass die Wahl, die am 29.1. vorgesehen war, nicht durchgeführt werden braucht.

1 Anlage.

Westdeutsche Getriebewerke Bochum
G.m.b.H.

Allied Military Government

H e r n e

This is to acknowledge receipt of Military Government Permit 920/TU/13/G/52/13 also letter of explanation re Union Branch arrangements made 3. Oct. 1945 by Military Government Bochum Detachment.

It is not necessary to form another Branch Union.

Es wird hierdurch der Empfang der Genehmigung der Militärregierung 920 sowie des begründenden Briefes bezügl. der von der Militärregierung Bochum veranlassten Betriebsausschusswahlen/ bestätigt. vom 3. Oct. 45

Eine weitere Betriebsausschusswahl ist nicht erforderlich.

Herne, den 21. Januar 1946

Stempel der Militär-
regierung

gez. Unterschr. (Major)
Comd., 920 (SK)
Mil. Gov. Det.

Anlage 20

Der Herner Landtagsabgeordnete Josef Walter am 5.8. 1948 vor dem Landtag in NRW als Sprecher der SPD-Fraktion (Auszüge):

Sie gestatten, Herr Präsident, daß ich gleich hier stehenbleibe, um jetzt als Sprecher meiner Fraktion zu sprechen. Meine Damen und Herren! Beiträge zur Geschichte einer Sozialisierung im Lande Nordrhein-Westfalen seit 1945 sind noch gering, insbesondere, soweit es sich um grundsätzliche und - was besonders wichtig ist - um realisierbare Vorschläge handelt. Gewiß liegen eine ganze Anzahl von Leitsätzen vor, von Resolutionen, von programmatischen Erklärungen, sogar von Parteiprogrammen, aber ein entscheidender Schritt zur Herbeiführung einer neuen Ordnung, deren Notwendigkeit von niemand hier im Hause bestritten wird, ist noch nicht getan. Diesen Zustand zu verändern, soweit deutschen Kräften dies überhaupt möglich ist, wird für uns von Stunde zu Stunde ein dringenderes Gebot, schon mit Rücksicht auf die außenpolitische Entwicklung.

Die Gefahr, daß das Ruhrgebiet als geschlossener Körper aus diesem Restdeutschland herausgeschnitten wird, scheint überwunden zu sein. Aber im Hintergrund lauert eine andere Gefahr, und diese Gefahr ist um so bedrohlicher, als uns der Inhalt der Londoner Empfehlungen nicht bekannt ist. Es gilt doch wohl schon als feststehend, daß die deutsche Kohlen- und Stahlproduktion einer schafren Kontrolle von Export und Eigenverbrauch unterworfen werden soll, während auf der anderen Seite die außerdeutsche europäische Produktion völlig freibleiben soll. Im vergangenen Frühjahr haben hier in Düsseldorf die Ministerpräsidenten der vereinigten Wirtschaftsgebiete einen Beschluß gefaßt -und zwar einstimmig-, im Bergbau des Ruhrgebiets den Privatbesitz abzuschaffen bei einer internationalen Kontrolle der gesamten westeuropäischen Schwerindustrie. Zu diesem deutschen Vorschlag meint Mr. Hynd, der ehemalige britische Deutschlandminister, in der englischen Zeitschrift "Tribune" vom 18. Juni 1948: "Ist das nicht ein guter demokratischer Vorschlag verglichen mit dem Sechsmächte-Vorschlag?" Da drängt sich sofort die Frage auf: Weshalb zögern wir noch, wenn bei dieser Situation eine politische Entscheidung der Volksvertretung notwendig wird? Aber auch innenpolitisch liegt eine gleiche Notwendigkeit vor.

Ein Sonderdruck der Regierungserklärung vom 17. Juni 1947 herausgegeben von der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle der Landesregierung, trägt auf einem besonderen Titelblatt die Überschrift "Der Weg in die Zukunft". Auf diesem Weg in die Zukunft hat sich die Landesregierung selbst einige Wegweiser errichtet, um von dem sich selbst gesteckten Ziel eine wahrhaft soziale und demokratische Staatsentwicklung zu fordern, nicht abzuirren. Auf einem dieser Wegweiser stehen neben einem Vorwarnzeichen, daß sich das kapitalistische Wirtschaftssystem totgelaufen hat, folgende Worte: Überführung in Gemeinwirtschaft unter Ausschaltung des privaten Großkapitals, notwendigerweise durch Enteignung gegen Entschädigungen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit. Wir alle wissen, daß dieser Weg in die Zukunft mit Hindernissen versehen ist, die auszuräumen nicht allein in unserer deutschen Macht liegt. Aber wie lange sollen wir noch in dieser servilen Huldigung vor einer privatkapitalistischen Vergangenheit verharren, ohne überhaupt den Schritt in die Zukunft anzutreten. (Sehr richtig!) Meine Damen und Herren, wenn der Sozialismus sich die Aufgabe stellt, als eine gesellschaftsfeindliche Machstellung das anonyme Finanzkapital zu zerschlagen, wenn es notwendig erscheint, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach solchen Richtlinien aufzustellen, die nach einem wörtlichen Zitat aus der päpstlichen Enzyklika "Quadragesima anno", Abschnitt 101, folgendes verlangt: Die Rücksichtnahme auf die Menschenwürde des Arbeiters, auf den gesellschaftlichen Charakter der Wirtschaft, auf das Gemeinwohl und auf die Gemeinwohlgerechtigkeit, meine Herren, dann meine ich sollte zwischen denen kein Streit entstehen, die ihre ethische Gründung von Karl Marx ableiten oder aus einer amtlichen Verlautbarung des obersten kirchlichen Lehramtes. Wenn also schon über die Frage des Ob kein Streit mehr besteht, dann müßte an der Frage des Wie die ganze Sache nicht scheitern dürfen.

Dieses Wie setzt allerdings eine grundsätzliche Klarstellung voraus. Der neueste Stand der Wissenschaft zeigt deutlich, daß die Frage des Eigentums überhaupt nicht mehr die entscheidende Bedeutung hat bei der Frage der Sozialisierung wie ehemals, daß sich vielmehr das Kernproblem um die Entscheidung der Frage konzentriert hat, wie sollen die zukünftigen Formen, Rechtsformen der Sozialisierung aussehen.

